



Die Welt steht auf dem Kopf

Globale Welt(un)ordnung und Neoimperialismus

Nr. 4 - 2.Quartal 2015

realistisch

und radikal

Das Debattenheft
der Sozialistischen Linken

realistisch und radikal

Das Debattenheft
der Sozialistischen Linken

Inhalt

- 03 Vorwort
- 04 **Peter Wahl** Auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung
- 08 **Ingar Solty** Imperialistische Interessenpolitik im globalen Kapitalismus
- 13 **Boris Kagarlitskiy** Die drei Stufen des neuen russischen Kapitalismus
- 16 **Renate Dillmann** China heute: jenseits von gut und böse
- 20 **Theodor Bergmann** Die sozialistische Entwicklungsstrategie der VR China
- 22 **Dieter Boris** Linksregierungen in Lateinamerika
- 25 **Harri Grünberg / Issam Haddat** Gewerkschaften in der arabischen Welt
- 29 **Annette Sawatzki** Interview: TTIP, CETA, TISA. Der schleichende Putsch der Konzerne
- 34 **Wolfgang Gehrcke** Linke Positionen zu Deutschlands Rolle in der Welt
- 36 **Ralf Krämer** Imperialismus und kapitalistische Globalisierung
- 40 **Christian Gengenbach** Letzte Hoffnung für den Euro?
- 42 **Informationen zur Sozialistischen Linken, Unterstützungserklärung, Spendenaufruf**

Impressum

realistisch und radikal - das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Harri Grünberg, Ralf Krämer, Elke Theisinger-Hinkel
V.i.S.d.P.: Elke Theisinger-Hinkel, c/o DIE LINKE - Sozialistische Linke
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Fotos: SL, RLS Southeast Europe (S.15), Veit Feger / Wikipedia (S.21)
Alle Rechte liegen bei den Fotografinnen und Fotografen.

Druck: Laserline, Berlin

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in den letzten Monaten und Jahren sind internationale Konflikte immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen und Diskussionen gerückt. Der Konflikt und Bürgerkrieg in der und um die Ukraine und die wachsende Konfrontation zwischen dem Westen (NATO, USA und EU) und Russland hat die Gefahr eines Krieges in Europa wieder wachgerufen. Mit der neuen von der Linkspartei Syriza geführten Regierung in Griechenland geht die Auseinandersetzung um den Kurs der Europäischen Union in eine neue Etappe. Viel wird von der weiteren Entwicklung und den Wahlen im Jahr 2015 abhängen. In Spanien und Irland (Frühjahr 2016) haben mit Podemos und Sinn Fein linke Parteien große Chancen, die Wahlen zu gewinnen.

Auch weltweit haben sich die Konflikte zugespitzt. Im Nahen Osten ist in der Folge von westlichen Interventionen, inneren Konflikten und Bürgerkriegen die Gewalt eskaliert. Im Weltmaßstab gewinnen die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und insbesondere China wachsendes ökonomisches und politische Gewicht. Doch die USA sind weiterhin die deutlich stärkste Weltmacht und versuchen ihre weltweite Dominanz mit allen Mitteln zu erhalten. Das sind zum einen ihre überlegenen militärischen Mittel, weltweiten Stützpunkte und Interventionen, Überwachungs- und Kontrollpolitiken. Zum anderen forcieren die politischen Eliten und die ökonomisch dominierenden Kräfte des Groß- und Finanzkapitals internationale Freihandels- und Investitionsabkommen, mit denen die Vorherrschaft des westlichen Imperialismus auf dem Weltmarkt gestützt werden soll.

Mehr denn je können die Entwicklungen innerhalb der einzelnen Länder nicht isoliert von den internationalen Zusammenhängen und Einwirkungen begriffen werden. Grundlegend bleiben dabei ökonomische Ent-

wicklungen und Interessen. Weiterhin gilt, dass der internationale Expansionsdrang des großen Kapitals und die Durchsetzung dieser Interessen mittels staatlicher Macht und gegebenenfalls Gewalt die Entwicklung der Welt prägt und sie in immer neue Konflikte und auch Kriege stürzt. Dieses Debattenheft der Sozialistischen Linken in der Partei DIE LINKE liefert Beiträge für die notwendige Diskussion. Die Linke in Deutschland und der EU ist gefordert, die internationalen Entwicklungen zu analysieren, sich darin zu orientieren und zu positionieren. Dabei treffen unterschiedliche Sichtweisen und politische Traditionen und Verbindungen aufeinander.

Die Sozialistische Linke plädiert für Realismus und Illusionslosigkeit, aber auch für klare linke Positionen. Es geht in der internationalen Politik nicht um Auseinandersetzungen zwischen „Guten“ und „Bösen“. Insbesondere sind die USA und der Westen nicht „die Guten“, als die sie hierzulande dargestellt werden, sondern weltweit die Hauptverursacher von Ausplünderung, Bürgerkriegen und Kriegen. Auch die EU und Deutschland und ihre Politik werden dominiert von kapitalistischen Kräften und Interessen. Für Linke müssen die imperialistischen Kräfte im eigenen Land und Bündnissystem, NATO und Bundesregierung die Hauptgegner sein, mit denen sie sich auseinandersetzen. Antimilitaristische Friedenspolitik, Widerstand gegen die Herrschaft der Konzerne, internationale Solidarität mit den arbeitenden Menschen und Einsatz für eine gerechtere, auf Gewaltverzicht und Gleichberechtigung der Völker und Staaten beruhende Weltordnung sind dabei die Richtschnur.

Die Texte in diesem Heft geben die persönlichen Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder.

Harri Grünberg, Ralf Krämer

Mehr davon? Hefte kostenlos bestellen
unter info@sozialistische-linke.de!



Auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung

Die unilaterale Weltordnung mit den USA als einziger Supermacht an der Spitze, beginnt sich aufzulösen. Über den Umbruch des internationalen Systems schreibt **Peter Wahl**.

Das internationale System ist im Umbruch. Die unilaterale Weltordnung mit den USA als einziger Supermacht an der Spitze, beginnt sich aufzulösen.

Wer sich an den Kalten Krieg erinnert, weiß, dass Struktur und Dynamik des internationalen Systems auch innenpolitisch enorme Auswirkungen hat. Wechselseitige Feindbilder beherrschten das kollektive Bewusstsein. Es herrschten Konformitätsdruck und Lagerdenken. Wer dennoch versuchte, sich dem zu entziehen, hatte als Dissident oder Systemkritiker mit Repression und Schikanen zu rechnen.

Der gegenwärtige Umbruch ist zudem insofern von besonderer Qualität, als er der Anfang vom Ende einer 500-jährigen Epoche ist, die von der Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers – also „des Westens“ - über den „Rest der Welt“ gekennzeichnet war.

Der gegenwärtige Umbruch ist der Anfang vom Ende einer 500-jährigen Epoche der Dominanz „des Westens“ über den „Rest der Welt“.

Symptomatisch dafür ist die G7, die sich im Juni 2015 in Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen treffen wird. Anders als noch vor 20 Jahren kommen jetzt nicht mehr die sieben größten Volkswirtschaften zum Weltwirtschaftsgipfel zusammen. Berechnete man das BIP auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten, gehörten Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada schon nicht mehr in die G7. China, Indien, Brasilien und Russland hätten sie verdrängt. Und selbst wenn man nach Dollarparität rechnet, sind auch jetzt schon Kanada und Italien draußen und in den nächsten drei Jahren auch Frankreich und Großbritannien. Lediglich die USA, Japan und Deutschland könnten vorerst noch mithalten (s. Tabelle). Die Ära der unipolaren Weltordnung mit den USA als einziger Supermacht an der Spitze war histo-

risch gesehen sehr kurz. Gegenwärtig ist der Übergang zu einem multipolaren System in vollem Gang – möglicherweise mit einem bipolaren Kern bestehend aus USA und China.

1. Risiken des Umbruchs

Die Erfahrungen mit vergleichbaren Umbrüchen zeigen, dass sie enorme Risiken bergen. Nehmen wir als Beispiel die Veränderung der europäischen Pentarchie¹ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die im Ersten Weltkrieg kulminierte. Das System war lange vom britischen Empire dominiert. Allerdings wurde diese Stellung durch den Aufstieg des Deutschen Kaiserreiches und in geringerem Maße durch das zaristische Russland (in Asien) herausgefordert. Bereits zwischen 1890 und 1900 hatte die deutsche Industrieproduktion die englische überholt. Deutschland strebte eine Weltmachtrolle an. Der Kampf einer aufsteigenden Macht gegen die etablierte Vormacht begann. Gleichzeitig standen auch die anderen Großmächte untereinander in Konkurrenz um Macht und Einfluss.

Insgesamt war die Lage durch Konkurrenz, permanente Spannungen und Fragilität gekennzeichnet. Daher genügte ein vergleichsweise unbedeutendes Ereignis, das Attentat auf den österreichischen Thronfolger, um den Krieg auszulösen. Auch wenn es falsch ist, den Weg in den Krieg als „schlafwandlerisch“ zu beschreiben², so ist doch richtig, dass die Struktur und Dynamik des europäischen Systems das Pulverfass bereitstellten, das dann vom imperialistischen Deutschland zur Explosion gebracht wurde.

Linke Interpretationen der Kriegsursachen, wie z.B. die von Rosa Luxemburg und Lenin wiesen bereits damals

¹ Großbritannien, Frankreich, Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland.

² Clark, Christopher (2013): Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München.

Verschiebungen der Kräfteverhältnisse an der Spitze der Weltwirtschaft

Die gegenwärtige Gruppe der Sieben (G7) (BIP in Dollarparität 2013)		Die sieben größten Volkswirtschaften (BIP in Dollarparität 2013)		Die sieben größten Volkswirtschaften (BIP in Kaufkraftparität 2013)	
USA	16.768.100	USA	16.768.100	USA	16.768.100
Japan	4.919.563	China	9.240.270	China	16.161.655
Deutschland	3.730.261	Japan	4.919.563	Indien	6.776.098
Frankreich	2.806.428	Deutschland	3.730.261	Japan	4.641.373
Großbritannien	2.678.455	Frankreich	2.806.428	Deutschland	3.585.206
Italien	2.149.485	Großbritannien	2.678.455	Russland	3.460.368
Kanada	1.826.769	Brasilien	2.245.673	Brasilien	3.012.934

Quelle: World Bank: <http://data.worldbank.org/data-catalog/GDP-ranking-Table>

auf dieses Moment hin. Auch wenn Geschichte sich nicht wiederholt, die Parallelen zu heute sind frappierend.

2. Die USA nicht unterschätzen

Linke Kritiker der imperialen Außenpolitik der USA neigen mitunter dazu, aus dem Beginn der Umbrüche im internationalen System die USA vorschnell für irrelevant zu erklären. Schaut man sich jedoch die militärische Stärke der USA an – nach wie vor der wichtigste Indikator für Macht - so wird deutlich, dass die USA auf diesem Terrain noch lange uneinholbar sind. Mit Militärausgaben von 640 Mrd. USD gibt das Land mehr als drei Mal so viel aus wie das zweitplatzierte China.

Auch ökonomisch werden die USA noch einige Zeit an der Spitze stehen. Denn es wäre irreführend, nur auf das BIP zu schauen. Hier bestehen nicht nur nach wie vor riesige Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen, das der wichtigere Indikator für Wohlstand ist. Auch qualitative Aspekte spielen eine Rolle, so z.B. die Tatsache, dass US-Technologie und US-Konzerne in den zukunftsträchtigen Branchen der digitalen Ökonomie (Apple, Google, Microsoft etc.) die führende und dynamischste Kraft sind. Auch auf dem Terrain der Soft-Power, der weichen Machtressourcen, wie kulturelle Ausstrahlung liegen die USA (und Westeuropa) noch weit vorne, auch wenn durch die Folterpraktiken der CIA in Guantanamo, den Drohnenkrieg, die Bespitzelungspraktiken der NSA oder den Rassismus in Polizei- und Justizapparat die US-Hegemonie angekratzt ist.

Auch der Finanzcrash 2008 war ein schwerer Rückschlag für die angelsächsische Variante des Finanzkapitalismus. Auf sicherheitspolitischem Terrain sind besonders spektakuläre Beispiele für die Erosion der US-Hegemonie die Kriege im Irak, in Afghanistan und Libyen. Sie hinterließen gescheiterte Staaten, haben Terrorgruppen stark gemacht und die ganze Region destabilisiert.

Hoch konfliktträchtig ist jedoch, dass die USA nicht bereit sind, die Herausbildung einer polyzentrischen Weltordnung zu akzeptieren. In einer außenpolitischen Grundsatzrede im Mai 2014 sagte Obama: „Amerika muss auf der Weltbühne immer die Führung haben.“ Denn die Vereinigten Staaten „sind und bleiben die ein-

zige unverzichtbare Nation. Das war so im vergangenen Jahrhundert und wird so bleiben im kommenden. ... Ich glaube mit jeder Faser meines Wesens an die amerikanische Sonderstellung (exceptionalism).“³ Abgesehen von der voraufklärerischen Anmaßung vom amerikanischen Exzeptionalismus ist das eine klare Absage an die Forderung nach einer multipolaren Welt. Die etablierte Hegemonialmacht will ihre Stellung in der Welt gegen alle verteidigen, die eine Demokratisierung des internationalen Systems wollen.

Die etablierte Hegemonialmacht USA will ihre Stellung in der Welt gegen alle verteidigen, die eine Demokratisierung des internationalen Systems wollen.

3. BRICS – eine anti-hegemoniale Allianz

Demgegenüber ist eine multipolare Weltordnung das erklärte Ziel der Allianz der Gruppe der BRICS Staaten.⁴ Bereits in der Abschlusserklärung ihres ersten Gipfels 2009 forderten sie „eine demokratischere und gerechtere multipolare Weltordnung“.⁵ Nun hat es auch in der Vergangenheit schon oft solche Zusammenschlüsse und Gipfelerklärungen gegeben. Erinnert sei nur an die Blockfreienbewegung. Die BRICS-Allianz hat aber bereits jetzt einen höheren Grad an Institutionalisierung erreicht. So wurde auf dem jüngsten Gipfel 2014 die Einrichtung einer eigenen Entwicklungsbank und eines gemeinsamen Reservefonds beschlossen. Beide sind anfangs mit jeweils 100 Mrd. US-Dollar ausgestattet. Bank und Fonds sind zugleich Alternativen zu Weltbank und IWF.

In der Ukraine-Krise hat die Allianz sich bereits praktisch bewährt. So enthielten sich die BRICS bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung über die Krim nicht nur der Stimme, sondern weigerten sich trotz diplomatischer Vorstöße der USA und der EU, sich an der Sanktionspolitik gegen Russland zu beteiligen. Mehr noch, als Russland Gegensanktionen gegen westliche

³ <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-west-point-academy-commencement-ceremony>.

⁴ Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

⁵ <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2009/06/217963.shtml>.

Agrarimporte verhängte, sprangen Brasilien und andere sofort in die so hervorgerufene Lücke. Die Isolierung Russlands erweist sich als Wunschdenken, das an der neuen Wirklichkeit des internationalen Systems bereits gescheitert ist.

Die BRICS-Staaten sind sehr heterogen und zwischen einigen von ihnen – etwa Indien und China – bestehen sogar strittige Grenzen.⁶ Wie stabil das Bündnis ist und welche Rolle es auf Dauer spielt, ist daher nicht seriös zu prognostizieren. Es handelt sich bei allen um kapitalistische Volkswirtschaften, wenn auch mit signifikanten Unterschieden z.B. hinsichtlich des Ausmaßes der Rolle des Staates in der Wirtschaft. Als solche sind sie natürlich auch den krisenhaften Widersprüchen kapitalistischer Entwicklung unterworfen. Insofern besteht kein Anlass, Erwartungen auf eine emanzipatorische Gesellschaftspolitik auf die BRICS zu projizieren oder in die Falle des „Der-Feind-meines-Feindes-ist-mein-Freund“ zu gehen.

Als anti-hegemoniale Akteursgruppe, die eine Demokratisierung des internationalen Systems anstrebt, gibt es eine Schnittmenge zwischen den BRICS und emanzipatorischen Konzepten internationaler Politik.

4. Das Comeback Russlands

Spektakulärster Ausdruck für die Umbrüche im internationalen System ist das Comeback Russlands auf der internationalen Bühne. Nach der Implosion der Sowjetunion stand das Land kurz davor, ein failed state zu werden, und war weitgehend von der internationalen Szene verschwunden.⁷ Daran hatten sich eine selbstgerechte Politik und Öffentlichkeit des Westens so gewöhnt, dass die Fassungslosigkeit umso größer war, als es so ein Loser wagte, wieder sein Haupt zu erheben. Was erlauben Putin!

Dabei hatte alles schon lange vor der Ukraine-Krise begonnen, im Grunde schon gleich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Denn der Sieg des Westens hatte einen Schönheitsfehler: Russland war und ist neben den USA noch immer das einzige Land, das über die atomare Zweitschlagskapazität verfügt. An deren Beseitigung begannen die USA zwar zu arbeiten. Neben der Hoffnung, „dass Russlands atomare Sprengköpfe schneller von selbst verrotten, als Abrüstungsverträge mit den Amerikanern überhaupt unterzeichnet werden können“,⁸ gab es schon in den neunziger Jahren die Versuche, mit der Stationierung eines Anti-Raketenschildes in Osteuropa das nukleare Patt zugunsten der USA aufzulösen. Die Osterweiterung der NATO bekommt in diesem Kontext erst ihre ganze Bedeutung.

Aber mit Putins erster Präsidentschaft begann eine Stabilisierung des Landes, begleitet von überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Zudem hat in den letzten Jahren eine umfassende Modernisierung des russischen

Militärs einschließlich der Nuklearstreitkräfte eingesetzt. Damit war das nukleare Patt vorerst zementiert. Mit dem smarten Agieren Moskaus im Syrienkonflikt und mit der Kühnheit, Edward Snowden Asyl zu gewähren – selbst China wollte ihn wie eine heiße Kartoffel los werden –, hat sich Russland als Vorreiter bei der Herausforderung der unipolaren Weltordnung profiliert.

Russland hat zudem mit seinem riesigen Territorium und unermesslichen Ressourcen - dazu gehören nicht nur Öl und Gas, sondern fast alle strategisch wichtigen Rohstoffe bis hin zu den Süßwasservorräten Sibiriens – ein enormes ökonomisches Zukunftspotenzial.

Denkt man sich nun in das geopolitische Rasonnement der USA hinein, die ihre Position unbedingt gegen Newcomer verteidigen zu müssen glauben, zeigt sich, dass der Ukraine-Konflikt nur der Auslöser für eine geopolitische Auseinandersetzung war, deren strukturellen Ursachen tiefer liegen und schon lange vorher existierten. Auch die Sanktionen bekommen in diesem Lichte eine zusätzliche Note.

Es geht aus Sicht Washingtons nicht nur darum zu demonstrieren, dass man andere jederzeit „bestrafen“ kann, sondern auch darum, die ökonomische Entwicklung Russlands so stark wie möglich zu behindern.

5. China – die diskrete Supermacht

Trotz seines unglaublichen ökonomischen Aufstiegs hat sich China außenpolitisch bisher sehr zurückgehalten, nicht zuletzt um die USA nicht vorschnell herauszufordern. Erst in jüngster Zeit findet sein Coming out als Supermacht statt, z.B. in der Ablehnung der westlichen Syrienpolitik im UN-Sicherheitsrat gemeinsam mit Russland. Auch die Eskalation der Territorialkonflikte im südchinesischen Meer zeigt, wohin die Entwicklung geht. Spiegelbildlich passt dazu die verstärkte Ausrichtung der US-Außenpolitik auf den Pazifik, darunter mit handelspolitischen Instrumenten wie das Pazifische Handels- und Investitionsabkommen, das komplementär zum transatlantischen TTIP verhandelt wird. Es grenzt China bewusst aus. Im November 2014 hat dafür China mit den APEC⁹-Staaten einen Fahrplan für eine asiatische Freihandelszone ohne USA ausgehandelt.¹⁰

Am deutlichsten wurde die anti-hegemoniale Orientierung Chinas in der immer enger werdenden Kooperation mit Russland. Neben militärischer Zusammenarbeit, gemeinsamen Flottenmanövern und wirtschaftlicher Kooperation wurde bereits 2010 die Konvertibilität von Renminbi und Rubel verabredet, was die Umgehung des US-Dollars im bilateralen Handel ermöglicht.¹¹ Auch arbeiten beide daran, eine eigene Infrastruktur für das Finanzsystem zu etablieren. China hat bereits eine Rating Agentur ins Leben gerufen, die das Monopol der drei US-Agenturen bricht.¹² Auch wurde ein eigenes Kreditkartensystem aufgebaut, das die Abkopplung von Visa,

⁹ Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft.

¹⁰ FAZ, 12.11.2014. S. 17.

¹¹ Sapir, Jacques. Chine, Russie: le grand pivotement, RussEurope, 25 octobre 2014. <http://russeurope.hypotheses.org/2954>.

¹² Standard & Poor, Moody's, Fitch. Die EU hatte nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 ähnliche Pläne, die inzwischen jedoch gescheitert sind.

⁶ So im Kaschmir.

⁷ Müller, Klaus (2014): Staat und Transformation in Russland. In: Berliner Debatte; Berlin 30.06.2014.

⁸ Tagesspiegel 29.8.2000. <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/moskauer-fernsehturm-obervolta-mit-atomraketen-der-tv-turm-symbolisiert-das-russische-debakel-kommentar/162454.html>.

Mastercard und American Express ermöglicht. Noch wichtiger ist der Aufbau einer Alternative zum SWIFT-System¹³, einem elektronischen Informationssystem, das das Rückgrat der globalen Finanzinfrastruktur bildet. Wer davon ausgeschlossen ist, wie der Iran, muss seine internationalen Geldflüsse mit Kurieren und Geldkoffern organisieren. Die Sanktionen gegen Russland haben den Aufbau des Alternativsystems beschleunigt, nachdem das EU-Parlament gefordert hatte, Russland von SWIFT auszuschließen.

Besonders wichtig ist der von China betriebene Aufbau einer Alternative zum SWIFT-System, einem elektronischen Informationssystem, das das Rückgrat der globalen Finanzinfrastruktur bildet.

Das bislang weitestgehende Signal chinesisch-russischer Kooperation war freilich das Statement des chinesischen Außenministers Wang Yi im Dezember 2014, als der Rubel abstürzte. Wang versicherte, dass China den Russen mit Geld unter die Arme greifen würde, wenn es Moskau nicht gelingen sollte, die Krise in den Griff zu bekommen.¹⁴

6. EU: Supermachtträume geplatzt

Es gab Zeiten, da hatten Bücher Konjunktur wie: Why Europe Will Run the 21st Century oder The United States of Europe: The New Superpower and the End of American Supremacy.¹⁵ Unabhängig davon, ob es aus emanzipatorischer Sicht überhaupt wünschenswert ist, eine Supermachtstellung für die EU anzustreben, steht sieben Jahre nach der Finanzkrise und fünf Jahre nach deren Hinüberwachsen in eine Verschuldungskrise fest, dass die EU bei der Rekonfiguration des internationalen Systems allenfalls eine Nebenrolle spielt.

¹³ „Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication“.

¹⁴ Nesawissimaja Gaseta. 23.12.2014. <http://de.sputniknews.com/zeitungen/20141223/300287811.html>.

¹⁵ Leonard, Mark (2005): Why Europe Will Run the 21st Century. London. Reid, T.R. (2004) The United States of Europe: The New Superpower and the End of American Supremacy. New York.

Die EU spielt bei der Rekonfiguration des internationalen Systems allenfalls eine Nebenrolle.

Das ist nicht überraschend. Anders als die anderen Spieler ist die EU kein Nationalstaat sondern eine Allianz aus Nationalstaaten, in die supranationale Elemente eingelassen sind. Die Außenpolitik ist nicht vergemeinschaftet, sondern weitgehend in der Hand der nationalen Regierungen, darunter einige abgehalfterte Weltmächte. Unter diesen Bedingungen ist außenpolitische Handlungsfähigkeit allenfalls in bescheidensten Ansätzen zu erreichen.

Symptomatisch dafür ist Minsk II. Das Abkommen wurde von der deutschen Kanzlerin in Begleitung des französischen Präsidenten verhandelt. Die EU-Außenbeauftragte stand dabei auf dem Abstellgleis. Aber auch Polen, das noch bei dem Abkommen mit Janukowitsch beteiligt war, wurde draußen gehalten, ebenso wie Großbritannien. Warschau und London gehören zu Befürwortern einer konfrontativen Politik mit Russland. Merkel wollte sie nicht dabei haben. Denn nachdem sie selbst monatelang Benzin ins Feuer gegossen hatte, hatte sie angesichts möglicher US-Waffenlieferungen an Kiew offenbar kalte Füße bekommen. Wenn es wirklich ernst und Handlungsfähigkeit unumgänglich wird, nehmen die nationalen Regierungen das Heft in die Hand, die letztlich das Sagen in der EU haben.

7. Emanzipatorische Alternativen

Die Veränderungen im internationalen System werfen für linke Politik zahlreiche neue Fragen auf, für die erst noch Antworten entwickelt werden müssen. Leitlinie dabei müsste sein, sich von der konservativen Geopolitik zu lösen, für die Konkurrenz, Hegemonie und Hierarchie im internationalen System quasi natürliche Gegebenheiten sind. Angesichts der Herausforderungen von Klimawandel, globaler Armut und sozialer Polarisierung absorbieren die neuen Spannungen und Konflikte zu viel Problemlösungsfähigkeit und Ressourcen, z.B. für Rüstungswettläufe.

Stattdessen sind Kooperation auf Augenhöhe, Abrüstung und politische Konfliktlösung gefragt. Im Grunde liefert die UN-Charta die Blaupause dafür. Sie muss nur ernst genommen werden.



Peter Wahl ist Vorsitzender der NGO WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Imperialistische Interessenpolitik im globalen Kapitalismus

Wer den neuen Imperialismus im Allgemeinen und insbesondere die neue deutsche aggressive Außenpolitik verstehen will, muss die qualitativen Veränderungen des Kapitalismus nach 1945 begreifen, meint **Ingar Solty**.

2014 jährte sich nicht nur der Erste Weltkrieg zum 100. Mal. Das Gedenken korrespondierte in Deutschland mit einem politischen und medialen Dauerfeuer, dass „Deutschland“ endlich mehr „Verantwortung“ in der Welt übernehmen solle. Unisono fordern seither Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), Verteidigungsministerin und Kanzlerin in Wartestellung Ursula von der Leyen (CDU) sowie Bundespräsident Joachim Gauck eine wichtigere Rolle Deutschlands in der Weltpolitik. Im Strategiepapier „Neue Macht – neue Verantwortung“, von Gauck im Januar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz propagiert, wurde die Gleichung aufgemacht: Deutschlands Machtstellung in der EU und der Welt sei größer geworden; und entsprechend müsse Deutschland auch aktiver als weltpolitische „Ordnungsmacht“ auftreten und seine Interessen notfalls auch mit militärischen Mitteln durchsetzen.

Mit der Entscheidung, vom September 2014 Waffen auch in Krisengebiete zu liefern, hat die Bundesregierung dabei einen außenpolitischen Tabubruch und Kurswechsel vollzogen. Zugleich drängen Ursula von der Leyen und das Außenpolitik-Establishment auf eine signifikante Erhöhung des „Verteidigungshaushalts“, d.h. Aufrüstung. Diese wird zum einen mit einer politisch-medialen Kampagne über veraltetes Material gerechtfertigt; zum anderen aber auch mit der „russischen Bedrohung“.

Deutsche Dominanz in der EU

Die „neue Macht“ Deutschlands, die vermeintlich „neue Verantwortung“ erfordere, zeigt sich dabei in der Eurokrise. Zweifellos hat deren bisheriger Verlauf eines offenbart: Die Bundesregierung diktiert weitgehend die Art und Weise des Krisenmanagements in Europa. Die sozialen Massenbewegungen gegen die Austeritätspolitik von Portugal über Spanien bis Griechenland haben es nicht vermocht, eine Kurskorrektur im Management der Eurokrise zu erzwingen. Ebenso wenig hat die Wahl von Mitte-Links-Regierungen in Italien und Frankreich

eine solche zur Folge gehabt. Zuletzt zeigte sich, dass auch die Werbetour des neuen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis durch Europa, die das Ziel der Bildung einer Antiausteritätskoalition gegen die Bundesregierung verfolgte, nicht von Erfolg gekrönt war. Und dies, obwohl die sozial verheerende Sparpolitik offensichtlich ökonomisch und politisch gescheitert ist, obwohl sie das europäische Elitenprojekt EU bestandsgefährdet (nicht zuletzt durch den Aufstieg der radikalen Rechten) und obwohl neben Griechenland, Portugal und Irland mit Spanien und den, wie gesagt, sozialdemokratisch-regierten Staaten Italien und Frankreich zentrale Volkswirtschaften der Eurozone jetzt mit politisch heiklen Spardiktaten belegt werden.

Schon lange wird in der kritischen EU-Integrationsforschung die EU als eine transnationale Form von Staatlichkeit und als ein sich ausdehnendes Imperium mit am Rande ausfransenden Grenzen und inneren Zentrums-Peripherie-Hierarchien beschrieben. Spätestens jetzt zeigt sich, dass in diesem Zentrum Deutschland die mit Abstand mächtigste Stellung einnimmt. Tatsächlich hat sich in das Euro-Tandem Frankreich-Deutschland ein starkes Ungleichgewicht eingeschlichen.

Die neue deutsche Dominanz innerhalb der EU kann dabei böse Erinnerungen wecken, nicht nur wenn z.B. Volker Kauder (CDU) davon spricht, „in Europa“ werde „jetzt wieder Deutsch gesprochen“. Der deutsche Staat mag heute bestrebt sein, sich von der Beschreibung als „ökonomischer Gigant“, aber „außenpolitischer Zwerg“ zu verabschieden. Zugleich aber scheint er nicht in der Lage zu sein, Hegemonie zu organisieren, wenn er die lohnabhängigen Volksmassen in der Eurozone historisch gegen sich aufbringt und (nicht nur) in der neuen deutschen Schuldenkolonie Griechenland Erinnerungen an die mörderischen Besatzungstruppen Hitlerdeutschlands weckt. Deutschland ist ökonomisch dominant, aber von der wohlmeinenden Hegemonie, die Varoufakis der Bundesregierung nach Vorbild der USA nach 1945 anzutragen versuchte, ist es weit entfernt.

Wiederkehr des deutschen Imperialismus?

Doch wie lässt sich die neue deutsche Politik analysieren? Hierzulande wird Deutschlands neue Machtpolitik in Europa und in der Welt von manchen Linken als Ausdruck einer Rückkehr zum klassischen Nationalismus und Imperialismus des deutschen Staates angesehen. Droht hier tatsächlich ein neuer „deutscher Sonderweg“? Wiederholt sich hier gar die furchtbare Geschichte Deutschlands des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts? Um diese Fragen und Sorgen sinnvoll diskutieren zu können, muss man sich die Veränderungen des Imperialismus im Laufe der Geschichte ansehen.

Historisch galt Deutschland als „verspätete Nation“ im Konzert der kapitalistischen Weltmächte. Der deutsche Imperialismus und seine Aggressivität resultierten deshalb aus seinen sich nach 1871 stark entwickelnden kapitalistischen Produktivkräften und der Tatsache, dass mit dem „Scramble for Africa“ ab 1878 die Welt schon in Kolonialreiche vor allem Großbritanniens und Frankreichs, aber auch Spaniens, Portugals, Hollands und Belgiens aufgeteilt war. Um sich Absatz- und Rohstoffmärkte für das deutsche Kapital zu sichern drängte der deutsche Staat seitdem auf eine Neuverteilung der Einflussphären und begann zu diesem Zweck den Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die Europastrategien des deut-

schen Kapitals sahen seither eine deutsche Hegemonie in Europa vor, die der IG-Farben-Chef und Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Carl Duisberg 1931 als „einen geschlossenen Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa“ konzipierte. Auf der Grundlage einer solchen deutschdominierten Freihandelszone sollte das „verspätete“, nachholend sich entwickelnde Deutschland dann um seinen „Platz an der Sonne“ kämpfen – im Sinne einer Herausforderung der angloamerikanisch dominierten Weltwirtschaftsordnung.

Mit seiner Strategie scheiterte Deutschland in zwei Weltkriegen. Aber klingt diese Beschreibung nicht doch recht nah an der heutigen deutschdominierten Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit ihren Leistungsbilanzüberschüssen des deutschen Exportwachstumsmodells, ihrem deindustrialisierten Südeuropa, ihrer Nachsicht gegenüber der führenden Rolle von Faschisten und Bandera-Anhängern beim Euromaidan und ihrer späteren Beteiligung an der neuen Regierung in Kiew? Hat Deutschland seine historischen Ziele, die es auf kriegerischem Wege nicht hatte realisieren können, heute etwa über den Umweg der Europäischen Integration erreicht?



Doch was heißt das dann in Bezug auf den zweiten Teil des alten deutschen Imperialismus: die Herausforderung der USA und den Kampf um die „Weltherrschaft“? Ist etwa der Euro der Versuch, die Dominanz der Weltwirtschaft durch den US-Dollar (als Welthandelswährung) zu brechen? Stimmt es, wie manche deshalb befürchten, dass Deutschland sich aus dem „westlichen“ Bündnis lösen und einen dritten Anlauf unternehmen könnte – womöglich gar militärisch? Dient die forcierte Aufrüstung Deutschlands sowie die geplante Armee der deutschdominierten EU, die gemäß des Willens der CDU-SPD-Bundesregierung auch ohne Zustimmung des Bundestags in Kriegen eingesetzt werden soll – etwa diesem Zweck?

US-Politik vor und nach dem 2. Weltkrieg

Nun, wäre dem so, hätten sich zumindest die USA und Frankreich tatsächlich arg verkalkuliert. Die Schaffung eines einheitlichen Europas – von der Montan-Union 1951 über die (gescheiterte) Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1952 bis schließlich zur 1990 eingeleiteten Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – wurden seitens der Supermacht USA nie als Herausforderung ihrer Position angesehen. Sie wurden von ihnen vielmehr begrüßt und gefördert. Der US-Staat achtete lediglich darauf, dass (Ost-)Erweiterungen der US-dominierten NATO, deren Zweck in einem berühmten Diktum des britischen Diplomaten Hastings Ismay darin bestand „die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten“ zu halten, stets einen Schritt schneller waren als EU-(Ost-)Erweiterungen. Tatsächlich hatten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg auch kein Interesse daran, Deutschland für den zweiten Versuch, auf dem Weg des Weltkriegs ihre und die britische (Vor-)Machtstellung herauszufordern, wie noch nach dem Ersten Weltkrieg finanziell auszubluten. Die USA sahen ihre Aufgabe nach 1945 in der weltweiten Rekonstruktion des Kapitalismus. Das geschah natürlich nicht aus altruistischen Motiven. 1945 war der Kapitalismus insbesondere im industriell entwickelten Westeuropa bis weit in das konservative Spektrum diskreditiert. Der kausale Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Krise, Faschismus und einem Weltkrieg mit wenigstens 55 Millionen Toten war im Bewusstsein von breiten Teilen nicht nur der lohnabhängigen Bevölkerung tief verankert. Entsprechend war der Sozialismus weltweit auf dem Vormarsch.

Der Hintergrund für die neue selbstgewählte Rolle des US-Staats war folgender: Die USA waren neben Großbritannien im Grunde das einzige Land, in dem die bürgerliche Demokratie die große Krise des Kapitalismus in den 1930er Jahren überlebt hatte. Nach einer kurzen Phase der Austeritätspolitik, d.h. des Versuchs die Profiteure des Kapitals auf dem Wege einer Abwälzung der Krisenkosten auf die breiten Volksmassen wiederherzustellen, der 1932 zu einer Massenarbeitslosigkeit von 25% geführt hatte, verfolgte der US-Staat – unter dem Eindruck starker Klassenkämpfe – als einziger entwickelter kapitalistischer Staat einen neuen Ansatz: den New Deal. Im Gegensatz zu den faschistischen und autoritären Krisenregimes in Kontinentaleuropa führte dieser tatsächlich zu einer Vertiefung der Demokratie im Sinne des Ausbaus des Sozialstaats, der Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte und einer später als

Keynesianismus bezeichneten nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Und dennoch war die „Great Depression“ letztlich nur zum Teil durch den New Deal, vor allem aber durch den Kriegseintritt der USA 1941 geendet und fürchtete die US-Bourgeoisie nach dem Krieg einen entsprechenden Rückfall in die Krise, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, sich neue Rohstoff- und Absatzmärkte zu sichern. Und zu diesem Zweck war die Rekonstruktion des (europäischen) Kapitalismus und die Verhinderung (weiterer) sozialistischer Umwälzungen in Europa und der Welt für die US-Bourgeoisie und den US-Staat die absolut notwendige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus im Inland.

Die kurze Zeit des „Goldenen Zeitalters des Kapitalismus“, die für viele heute noch immer als kapitalistische Normalität und nicht als historische und regionale Ausnahme erscheint, endete aber bereits mit der Profitklemme gegen Ende der 1960er und frühen 1970er Jahre und führte zum Klassenprojekt „Globalisierung“...

Vereinfacht gesagt: Nachdem sich im Innern die „Internationalisten“ gegen die „Isolationisten“ durchgesetzt hatten, etablierte der machtvolle US-Staat – die USA verfügten 1945 über fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandsproduktes – ein historisch einzigartiges Projekt: Den globalen Kapitalismus unter seiner Schirmherrschaft und einem von ihm – mithilfe von US-dominierten internationalen (Wirtschafts-, Finanz- und Militär-)Institutionen und auch einem System globaler Militärbasen aufrechterhaltenen – Imperiums neuen Typs, ein Imperium ohne Kolonien, das American Empire. Der imperial durchgesetzte globale Kapitalismus beschreibt somit das Projekt der Durchsetzung eines zunehmend vereinheitlichten (Frei-)Handelsraums, der durch US-dominierte internationale Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfond (IWF), die Weltbank und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gewährleistet werden sollte und bis heute wird.

Im Kontext des Kalten Krieges beschränkte sich diese „Globalisierung“ zunächst auf die „Grand Area“ des „Westens“ und erlaubte anfänglich – als System eines „eingebetteten Liberalismus“ – die Entwicklung keynesianisch regulierter, nationaler Wohlfahrtsstaaten. Die kurze Zeit dieses „Goldenen Zeitalters des Kapitalismus“, die für viele heute noch immer als kapitalistische Normalität und nicht als historische und regionale Ausnahme erscheint, endete aber bereits mit der Profitklemme gegen Ende der 1960er und frühen 1970er Jahre und führte zum Klassenprojekt „Globalisierung“, mit dem nach und nach diese Wohlfahrtsstaaten abgewickelt („entbetteter Liberalismus“) und kapitalistische Sozialverhältnisse nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in den Ostblockstaaten 1989/91 über die ganze Welt ausgebreitet wurden.

American Empire und Transnationalisierung der kapitalistischen Klasse

Das Entscheidende für unsere Ausgangsfragen ist: Der US-Staat hat mit der Schaffung des globalen Kapitalismus unter dem American Empire die Bedingun-

gen des Imperialismus seither fundamental verändert. Wer den neuen Imperialismus im Allgemeinen und die neue deutsche aggressive Außenpolitik verstehen will, muss die qualitativen Veränderungen des Kapitalismus nach 1945 begreifen. Denn der globale Kapitalismus und die neue imperiale Rolle des US-Staates haben die Erscheinungsform und Stoßrichtung des Imperialismus – eng definiert als die „offene oder latente Gewaltpolitik zur externen Absicherung eines internen Regimes“ – im Vergleich zum klassischen (Kolonial-)Imperialismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts stark verändert. Während die kapitalistische Krisenhaftigkeit grundsätzlich gleich geblieben ist, die Ursprung imperialistischer Politik in einem System kapitalistischer Nationalstaaten bleibt, stellt der globale Kapitalismus die Imperialismustheorie und -analyse vor neue Herausforderungen.

Die wesentliche Veränderung ist diese: Imperialismus geht immer von Staaten aus. Diese sind als Verdichtungen von Kräfteverhältnissen der Klassen zu denken. Heutzutage sind die (dominanten) Klassen, die sich in den Nationalstaaten verdichten, keine nationalen Bourgeoisien mehr. Der globale Kapitalismus hat die Qualität des Kapitalexports fundamental verändert, insofern er heute nicht mehr in Gestalt kurzfristiger Portfolioinvestitionen, sondern vor allem als ausländische Direktinvestitionen transnationaler Konzerne funktioniert. Entsprechend ist der Welthandel heute vor allem Intrafirmenhandel dieser Konzerne, die sich globale Wertschöpfungsketten geschaffen haben und die Arbeiterklassen der einzelnen Länder und die Nationalstaaten auf der Suche nach billigen Arbeitskräften, geringen (Arbeitsschutz- und Umwelt-)Auflagen sowie staatlichen Subventionen gegeneinander ausspielen.

Diese qualitative Veränderung in der kapitalistischen Internationalisierung (begleitet von der „Internationalisierung des Staates“ im Sinne der nach 1945 entstandenen US-dominierten internationalen Institutionen) hat die Klassenzusammensetzung der Nationalstaaten und die Stoßrichtung imperialistischer Politik dramatisch verändert. Im Gegensatz zum klassischen Imperialismus der „zwischenimperialistischen Konkurrenz“ haben wir es heute im Großen und Ganzen nicht mehr oder nur sehr bedingt mit nationalen Bourgeoisien (im Sinne einer „deutschen Bourgeoisie“ gegen eine „britische“ oder „US-Bourgeoisie“) zu tun, die miteinander konkurrieren und (letztlich) „ihre“ Nationalstaaten in ihrem Expansionsinteresse bis zum (Welt-)Krieg „instrumentalisieren“. Vielmehr ist mit den transnationalen Konzernen in Grundzügen eine „transnationale kapitalistische Klasse“ entstanden, die in fast allen Nationalstaaten die dominante Kapitalfraktion ist. Deren Hauptinteresse besteht dabei in der notfalls militärischen Durchsetzung und Aufrechterhaltung des globalen Kapitalismus und des „(demokratie-)freien Marktes“ (im Sinne von bilateralem oder bestenfalls multilateralem Investitionsschutz a la TTIP/TPP/CETA, die die Profite über nationalstaatliche Souveränität und Demokratie stellen etc.). Die Stoßrichtung des Imperialismus ist damit nicht mehr die zwischenimperialistische Konkurrenz von starken, aber sich ungleich entwickelnden Nationalstaaten (Deutschland vs. USA/GB), sondern eine Art asymmetrischer Ultraimperialismus der USA und ihrer verbündeten, kapitalistischen Kernstaaten des „Westens“ zur gemeinsamen Kontrolle der Staaten des globalen Südens, vor

allem wenn diese sich nicht den Regeln des „freien Marktes“ unterwerfen.

Diese transnationale Bourgeoisie erhält – soziologisch gesprochen – ihre Klassenkohäsion dabei nicht nur durch weltwirtschaftliche Investitionsverflechtungen und wirtschaftliche und politische Transatlantik- und Globalinstitutionen (z.B. das Davoser Weltwirtschaftsforum, die Atlantik-Brücke, transnational orientierte Think Tanks etc.), sondern auch ganz banal durch sozialräumliche Nähe (Diversitätsaufsichtsräte, Auslandswohnsitze, kosmopolitische Eheschließungen, internationale Exklusivressorts oder Festveranstaltungen etc.). Die Dominanz dieser transnationalen kapitalistischen Klasse und die Belastungsfähigkeit ihrer Kohäsion wird dabei in Zeiten weltkapitalistischer Groß- und Formationskrisen wie der heutigen getestet, von denen es – historisch betrachtet – bislang vier gegeben hat (Große Depression 1873-1896, Weltwirtschaftskrise 1929-1939, Fordismuskrise 1967-1979 und globale Finanzkrise 2007-heute). Dabei hat sich gezeigt, dass die nach 1945 mit dem Projekt „globaler Kapitalismus“ geschaffene Dominanz des transnationalen Kapitals und die transnationale Klassenkohäsion stark war und ist. Trotz aller bleibenden zwischenimperialistischen Spannungen verpflichteten sich die Nationalstaaten innerhalb des American Empire in der Fordismuskrise und der heutigen Krise, durch Verzicht etwa auf protektionistische Maßnahmen eine Fragmentierung der kapitalistischen Weltwirtschaft wie während der Großen Depression und der Weltwirtschaftskrise und die daraus folgenden Weltkriegsauseinandersetzungen zu vermeiden, ja vielmehr ihre Durchdringung durch das transnationale Kapital auf dem Weg von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen etc. noch zu vertiefen.

Der heutige Welthandel ist vor allem ein Intrafirmenhandel. In der globalen Wertschöpfungskette werden die Arbeiterklassen der einzelnen Länder und die Nationalstaaten auf der Suche nach billigen Arbeitskräften, geringen (Arbeitsschutz- und Umwelt-)Auflagen sowie staatlichen Subventionen gegeneinander ausgespielt.

Probleme und Herausforderungen des US-Empire und deutscher Subimperialismus

Das bedeutet dabei nicht, dass das American Empire universell ist. Die Durchsetzung des globalen Kapitalismus hat seit der neoliberalen Wende weltweit auf dem Wege der Marktöffnung zu einer hundertmillionenfachen Proletarisierung früherer Subsistenz- und Kleinbauern, einer Schattenglobalisierung (Menschen- und Drogenhandel, [Zwangs-]Prostitution, neue Sklaverei etc.), Staatszerfallsprozessen und neuen Kriegen geführt und auch die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus und Terrorismus stark befördert. In dem Maße, in dem der Kapitalismus globalisiert wird, entsteht auch eine zunehmend wachsende Zahl globaler Krisenherde, die immer neue kriegerische Feuerlöschaktionen der NATO-Staaten des „Westens“ erforderlich machen. Zugleich hat das American Empire zwischenimperiale Grenzen, die zu Konflikten führen – mit (Teilen von) Lateinamerika seit der kontinentalen Linkswende in den 2000er Jahren, mit Russland und durchaus auch mit

China, das für das American Empire weiterhin eine große historische Herausforderung darstellt. Und der Ring der durch Marktöffnung und/oder zwischenimperiale (Stellvertreter-)Konflikte zerfallenden Staaten zieht sich vom Irak, Syrien und Libyen bis zur Ukraine immer stärker um die europäische Dependence des American Empire. Auch hieraus ergeben sich innerimperiale Konflikte und Spannungen: Zum Beispiel profitieren die USA von der Eindämmungspolitik gegen Russland, während sie Deutschland und der mit Russland durchaus stark verflochtenen und energiepolitisch abhängigen EU tendenziell eher schadet.

Die „unsichtbare Hand des Marktes“, so einmal einer der zentralen Ideologen dieses Systems, der New-York-Times-Kolumnist Thomas L. Friedman, „funktioniert niemals ohne die versteckte Faust“ des Staates: „McDonalds“ könne „nicht ohne McDonnell Douglas prosperieren“...

Zugleich aber zeigt sich auch hier, dass der Zusammenhalt der transnationalen Bourgeoisie beständig ist. Denn die Durchsetzung ihres Kollektivinteresses eines einheitlichen Weltmarktes mit universellen und nationalstaatlich verbindlichen Regeln und Investitionssicherheit für ihr anlagensuchendes Kapital erfordert die finanziellen und militärischen Machtmittel des Staates. Die „unsichtbare Hand des Marktes“, so einmal einer der zentralen Ideologen dieses Systems, der New-York-Times-Kolumnist Thomas L. Friedman, „funktioniert niemals ohne die versteckte Faust“ des Staates: „McDonalds“ könne „nicht ohne McDonnell Douglas prosperieren“ und die „unsichtbare Faust, die die Welt sicher mache, damit die Technologien des Silicon Valleys wirtschaftlich erfolgreich sein“ könnten, seien „die US-Armee, die US-Luftwaffe, die US-Kriegsflotte und die US-Marinesoldaten.“

Die Aufrüstungsbemühungen Deutschlands und der EU werden deshalb in den USA auch nicht als Bedrohung angesehen, sondern mit einem allgemeinen „Endlich!“-Erleichterungsseufzer ausdrücklich begrüßt. Denn insofern die USA die Rolle des „Globocop“ nicht mehr

alleine schultern können, weil die Zahl der Krisenherde zu- und die wirtschaftliche Macht der USA – wenigstens im Vergleich zu 1945 – abgenommen hat, sind sie auf „neue Verantwortung“, d.h. auf eine stärkere Beteiligung des deutschen Staates an den finanziellen und Menschenleben-Kosten der militärischen Durchsetzung und Aufrechterhaltung des globalen Kapitalismus angewiesen. Und die „neue Macht“ Deutschlands schreckt sie allerhöchstens, weil die von Deutschland diktierte Austeritätspolitik in Europa den Fortbestand des Euroraums gefährdet oder der Wertverfall des Euro die neue exportorientierte US-Wettbewerbs- und Wachstumsstrategie gefährdet.

Die EU ist damit zweifellos ein Imperium, das von Deutschland dominiert wird, und zugleich eine Form transnationaler Staatlichkeit, deren Bestand aus Sicht der europäischen Bourgeoisien oberste Priorität hat, will man die eigenen Interessen im Weltmaßstab durchsetzen. Damit verfolgt diese deutschdominierte EU zweifellos eigene „euroimperialistische“ Interessen, die immer wieder durchaus Risse im transatlantischen Verhältnis hervorbringen mögen. Diese lassen sich, wie gesagt, am Beispiel der Ukraine-Krise studieren, wo die Bundesregierung sich zunächst als ein besonders aggressiver Akteur in Sachen Sanktionspolitik gegen Russland hervortat, dann aber zurückruderte und einen moderateren Kurs einschlug. Es hatte sich gezeigt, dass die von den USA forcierte Politik auf dem Maidan in Kiew einen Bürgerkrieg in der Ukraine zur Folge hatte. Daraufhin piff das mit Russland viel enger verflochtene und von Russlands Energieressourcen abhängige „deutsche“ Kapital die Bundesregierung im September mit dem gemeinsamen „Ukraine-Plan“ von Siemens, BASF und russischen Großbanken zurück, und später rief auch das Davoser Weltwirtschaftsforum zur Mäßigung auf. Und trotzdem: Der deutsche Euroimperialismus bleibt aufgrund der Transnationalisierung der kapitalistischen Klasse und der bleibenden Vormachtstellung der USA ein Subimperialismus. Eine Herauslösung Deutschlands aus dem Westen und eine neuerliche zwischenimperialistische Konfrontation der USA nach dem Vorbild der beiden Weltkriege stehen nicht zu befürchten.



*Ingar Solty, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter im Forschungsprojekt *The Question of Europe in an Era of Economic and Political Crises* an der York University in Toronto, Kanada. Seit 2015 arbeitet er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung an einer Studie zur neuen Außen-, Europa- und Geopolitik der Bundesrepublik Deutschland und zu linken Außenpolitikalternativen.*

Die drei Stufen des neuen russischen Kapitalismus

In den vergangenen vier Jahrzehnten vollzogen die ehemalige Sowjetunion und das heutige Russland mehrere strategische Wechsel in ihrer Wirtschaftspolitik. Die dabei entstandenen Brüche, Widersprüche und Auswirkungen beschreibt **Boris Kagarlitskiy**.

Die sozio-ökonomische Geschichte des post-sowjetischen Russland kann kurz in drei Phasen unterteilt werden. Die erste Stufe beginnt mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, auch wenn dessen Vorgeschichte viel früher anfängt, nämlich Mitte der 1970er Jahre, als die Führung der damaligen Sowjetunion beschloss, dass die Exporte auf dem Weltölmarkt deutlich steigen müssen und dass Anleihen bei westlichen Banken längst überfällige Strukturreformen des wirtschaftlichen und politischen Systems ersetzen könnten.

Das Anwachsen einer systemischen Krise in der Sowjetunion kann auf die Erschöpfung der Möglichkeiten einer zentralisierten, bürokratischen Verwaltung zurück geführt werden.

Das Anwachsen einer systemischen Krise in der Sowjetunion kann auf die Erschöpfung der Möglichkeiten einer zentralisierten, bürokratischen Verwaltung zurück geführt werden, die der Aufgabe, einer komplizierten und weiträumigen Wirtschaft Herr zu werden, nicht mehr gewachsen war. Doch diejenigen Bürokraten, die einen Ausweg aus der Krise suchen sollten, haben sich dabei von ihren eigenen Interessen leiten lassen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 fand eine Wende zum Kapitalismus und dem „freien Markt“ statt; auf der einen Seite wurden die staatliche Monopole in Eigentum überführt und auf der anderen Seite wurden auf primitivste Weise die Wirtschaft, die Hochtechnologie und moderne Produktionsanlagen sowie Unternehmen zerstört, die dem scharfen Druck der ausländischen Konkurrenz in einer „offenen Wirtschaft“ nicht Stand halten konnten. Diese Politik hat sich in den Köpfen der Menschen mit dem Namen des damaligen Präsidenten Boris Jelzin und dem damaligen Ministerpräsidenten Jegor Gaidar tief eingebrannt, der übrigens aus der Führung des Landes im Jahr 1994 entlassen wurde. Demokratische Freiheiten in Form der politi-

schen Reformen von Michail Gorbatschow, die in den letzten Jahren der Sowjetunion erreicht wurden, begannen langsam zu bröckeln. Im Jahre 1993 wurde dem Land durch einen Staatsstreich eine neue präsidentielle Verfassung auferlegt, das Parlament wurde zu einem dekorativen Körper und Wahlbetrug hat sich als eine gängige Praxis etabliert. Dieser Kurs hat zu einem raschen Anstieg der sozialen Ungleichheit geführt. Auf einmal traten Superreiche auf das Spielfeld, die ihr Vermögen durch die vorangegangenen Privatisierungen erworben hatten. Die Privatisierungen bewirkten einen schlagartigen Rückgang des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund ist jedoch die endgültige Abschaffung des Sozialstaats, die in der Mitte der 1990er Jahre begann, auf massiven Widerstand gestoßen und wurde in der Folge gestoppt. Russland behielt die kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung. Die russische Wirtschaft, die immer primitiver wurde, war in erster Linie auf den Export von Öl, Gas und petrochemischen Rohstoffen sowie Metallerzeugnisse in ausländische Märkte angewiesen. Russland ordnete sich in der Peripherie des weltweiten neoliberalen Systems ein und erhielt den erniedrigenden Titel „Schwellenland“ - als handele es sich nicht um eine europäische Großmacht mit einem hochentwickelten Wissenschaftssektor und einer damals modernen Industrie. Die kleine Elite, die sich in den 1990er Jahren herauskristallisiert hatte, bestand aus oligarchischen Gruppen, die untereinander konkurrierten. Deren Einfluss basierte auf der Kontrolle über Ressourcen und Macht. Allerdings hatte dieses Modell eine schwere Krise im Jahr 1998 erlebt, als unter dem Einfluss der Finanzkrise in Asien der Rubel fiel und der Ölpreise zu sinken begann. Die damalige Regierung unter Sergej Kirijenko war gezwungen, Zahlungsunfähigkeit (Schulden) zu erklären, kurz darauf wurde ein neues Kabinett unter der Führung von Jewgeni Primakow gebildet. Dieses Kabinett, das meist sozialdemokratische Ansichten vertrat, war durchaus in der Lage, die Wirtschaftskrise



im Land abzuwenden und die Situation zu stabilisieren, wurde aber fast sofort danach abgesetzt. Bald trat auch Boris Jelzin ab und übergab damit die Präsidentschaft seinem politischen Nachfolger - Wladimir Putin.

Der Name Putin steht unweigerlich in Verbindung mit der zweiten Stufe der Entwicklung des neuen russischen Kapitalismus. Den Zeitraum von 2000-2013 kann man als eine Zeit der Stabilisierung und des Übergangs von der oligarchischen hin zu einer korporativen Ordnung bezeichnen. Es formte sich nicht nur eine stabile Regierungssystem sondern auch eine herrschende Elite, die strategische Entscheidungen treffen konnte (allerdings ließ die Qualität dieser Entscheidungen viel zu wünschen übrig). Der Schlüssel zur Macht wird ein dynamischer Kompromiss zwischen den Großunternehmen und Interessengruppen. Die Macht in der Person des Präsidenten und seiner Umgebung unterstützt diesen Kompromiss, sie nimmt ständig die Anpassung der Rahmenbedingungen vor um sicherzustellen, dass alle Beteiligten mit ihrer Position zufrieden sind. Der Kampf zwischen den Oligarchen, der typisch für die letzten Jahre der Jelzin-Ära war, war schlagartig vorbei und die Unternehmer, die sich nicht mit neuen Regeln, unter Berücksichtigung der Interessen anderer Mitglieder der herrschenden Klasse, abfinden wollten, wurden entweder ins Exil oder - wie Michail Chodorkowski - ins Gefängnis geschickt. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg dieser Politik war der Zufluss einer stetig wachsenden Menge von Geldmitteln für die Wirtschaft und die Staatskasse aus dem Ausland aufgrund steigender Preise für Öl und andere Rohstoffe. Dadurch war es möglich, nicht nur einen Kompromiss zwischen den Eliten, sondern auch eine deutliche Erhöhung des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung zu gewährleisten, gerade weil die neue Regierung (im Gegensatz zu der Jelzin-Ära) soziale Bedürfnisse der Massen berücksichtigte. Der einzige große soziale Konflikt trat im Jahr 2005 auf, als die Regierung versuchte, die „Monetarisierung von Vergünstigungen“ zu implementieren und damit Rentnern und anderen Bürgern die

kostenlosen Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und einige andere Vergünstigungen weg zu nehmen. Dies provozierte Massenproteste, was die Regierung dazu zwang, von ihren Plänen zurück zu treten; das Recht auf kostenlosen ÖPNV wurde wiederhergestellt. Insgesamt ist jedoch die Politik der Regierung Putin als eine light Version des modernen Neoliberalismus zu verstehen. Beispielsweise wurde die progressive Steuer aufgehoben, Wohnungsbau, Verkehr, Gesundheit, Bildung wurden allmählich kommerzialisiert und privatisiert. Dabei versuchte die Regierung, ruckartige Veränderungen zu vermeiden, um Konflikte wie im Jahr 2005 nicht zu provozieren.

Russische Unternehmen fingen an, die internationalen Märkte für sich zu entdecken, in dem sie Unternehmen nicht nur in der früheren Sowjetunion und dem einstigen Ostblock sondern auch in Westeuropa, Kanada und Afrika aufkauften. Als Ergebnis kehrt der russische Staat in die internationale Arena zurück und vertritt jetzt eine aktivere Außenpolitik. Zur gleichen Zeit gerät die Innenpolitik immer mehr unter die Kontrolle der Administration des Präsidenten im Rahmen des Programms der „gelenkten Demokratie“ von Wladislaw Surkow, einem engen Vertrauten Putins. Nach diesem Konzept werden individuelle bürgerliche und politische Freiheiten respektiert und eingehalten, aber die Ergebnisse der politischen Prozesse bedürfen hin und wieder einer Korrektur. Insbesondere beschränkt sich der Wahlprozess auf den Wettbewerb unter den System-Parteien, die völlig loyal gegenüber der derzeitigen Regierung sind. Und die Regierung wirkt auf die Gesetzgebung ein durch eine eigens dafür kreierte Partei: „Einiges Russland“. Sie wirkt als Verbindungsstelle zwischen der Regierung, Organen der Gesetzgebung und der kommunalen Verwaltung, wie es bei vielen öffentlichen Organisationen in der Sowjetzeit üblich war.

Die unter Putin proklamierte Stabilitätspolitik hatte jedoch ihre Schwächen. Zunächst hat sie strukturelle Probleme und Widersprüche, die sie aus den 1990er Jahren geerbt hatte, eingefroren, anstatt sie zu lösen.

Damit setzte sich der Verfallsprozess der Industrie und Infrastruktur fort und es begann sich eine Krise im Bereich der Bildung und dem sozialen Sektor zu entwickeln. Trotz des Umsatzwachstums blieb die Konjunktur stark abhängig von der Situation auf dem Weltmarkt und die globalen Rohstoffpreise und die Entwicklung des Binnenmarktes waren äußerst schwach. Trotz des Geredes über Importsubstitution, Modernisierung, Innovation usw. hat sich nichts an der Praxis geändert, da echte Anreize für diese Art der Prozesse im System nicht vorgesehen waren. Inzwischen hatte das russische Modell des Neoliberalismus die gleichen Widersprüche und Probleme hervor gebracht, die auch für den Neoliberalismus auf globaler Ebene typisch waren. Und so steuerte das System logischer Weise auf eine Krise zu.

Putins Schlüssel zur Macht wurde ein dynamischer Kompromiss zwischen Großunternehmen, Interessengruppen und der Mehrheit der Bevölkerung. Voraussetzung hierfür war der Zufluss einer stetig wachsenden Menge von Geldmitteln aus dem Ausland aufgrund steigender Preise für Öl und andere Rohstoffe.

Putins Modell des dynamischen Kompromisses benötigt nicht nur ständigen Zufluss von Petrodollars, es musste auch ständig an Umfang zunehmen, um den wachsenden Appetit der Unternehmen zu sättigen, denen es nicht gelang, eine inländische Wachstumsquelle für die Wirtschaft zu schaffen. Vom Außenumsatz hingen sowohl die friedlichen Beziehungen innerhalb der Eliten als auch die soziale Stabilität des Landes ab. Die weltweite Krise von 2007-2009 zeigte die Schwächen des bestehenden russischen Modells; radikale Veränderungen folgen jedoch nicht, da die von der US-Notenbank betriebene Politik der Lockerung den globalen Finanzmarkt mit Dollar überschwemmte. Diese Mittel wurden von vielen Banken in Spekulationsgeschäfte investiert, unter anderem auch in Öl. Die steigenden Preise für das „schwarze Gold“ lösten zwar eine zweite Welle der Stabilisierung in Russland aus, aber man muss trotzdem sagen, dass die Ära der Stabilität zu Ende war.

Die dritte Phase in der Geschichte des russischen Kapitalismus begann 2011-12, als unter dem Einfluss der Krise die Widersprüche innerhalb der herrschenden Kreise wuchsen; gleichzeitig brach sich eine über viele Jahre angestaute Unzufriedenheit der hauptstädtischen Mittelklasse Bahn, die einen aktiveren Einfluss auf das gesellschaftliche und politische Leben nehmen wollte. In vielen Großstädten gab es vermehrt Massenproteste, die jedoch bis Mitte 2012 nachließen. Gleichzeitig radikalisierte sich die neoliberale Politik der Regierung, die unter dem Einfluss der Krise und der westlichen Ländern zu einer rigiden Sparpolitik griff. Das Ergebnis war ein sofortiges Ende des Wirtschaftswachstums - und später die Rezession. Diese Situation wurde von zwei Faktoren verschärft. Die westeuropäischen herrschenden Eliten versuchten, durch äußere Expansion einen Weg aus der Krise finden, indem sie der Ukraine das Assoziierungsabkommen aufdrängten, was konkret die Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu Russ-

land bedeutete. Gleichzeitig beendete die US-Notenbank die Politik der quantitativen Lockerung, was automatisch zum Ausscheiden von Spekulanten aus dem Öl-Geschäft führte und folglich auch zu einem starken Rückgang der Preise. Im Gegenzug war Russland gezwungen, sich der westlichen Expansion zu widersetzen und seine Interessen in der Ukraine zu vertreten. Nach dem Staatsstreich in Kiew brachen Massenproteste im Südosten des Landes aus, die auf der Krim, in Donezk und Lugansk zu einer De-facto-Trennung von der Zentralregierung führten. Ähnliche friedliche Proteste fanden auch in Charkow und Odessa statt, diese wurden aber brutal unterdrückt. Die Verbrennung von 46 Gegnern des neuen Regimes in Kiew, die am 2. Mai 2014 im Gewerkschaftshaus in Odessa stattfand, war ein Wendepunkt, der eine friedliche Entwicklung der Ereignisse unmöglich machte.

Moskau hatte sich bereit erklärt, die strategisch wichtige Krim in den russischen Staat einzugliedern, worauf Russland auch historisch ein Anrecht hatte, Donezk, Lugansk und anderen Regionen des südöstlichen Ukraine aber blieb das verwehrt. Aus dieser Not entstand die Initiative, einen neuen Staat aufzubauen – Neurussland. Doch ganz ohne Unterstützung konnte die russische Führung die aufständischen Regionen nicht lassen - gerade unter dem Druck der Öffentlichkeit. Schwankend zwischen dem Wunsch, sich mit dem Westen auszusöhnen, und der Angst vor den eigenen Bürger, die diese Versöhnung nicht akzeptieren würden, blieb die Regierung inkonsequent und schwächte sich zunehmend. Die Kombination von wachsenden inneren Spannungen, dem Bruch innerhalb der Eliten und dem äußeren Konflikt mit dem Westen macht es unmöglich, die Politik des dynamischen Kompromisses fortzusetzen und die Stabilität zu bewahren. Trotz der Tatsache, dass Putin der rechtmäßig gewählte Präsident ist und tatsächlich die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, wird sein Position von Tag zu Tag schwächer. Die Massen, die über eineinhalb Jahrzehnte durch wachsenden Konsum beruhigt wurden, hören auf, dem Kreml gegenüber loyal zu sein.

Aber wenn westliche bürgerliche Kreise dies als ein Zeichen der Schwächung Russlands sehen, irren sie; das Erwachen der russischen Gesellschaft kann nur in einer Form geschehen – in der Form eines Massenaufstandes gegen den Neoliberalismus und die prowestlichen russischen Eliten.



Boris Kagarlitskiy ist Soziologe und Direktor des Institute of Globalization and Social Movements (IGSO) in Moskau.

China heute: jenseits von gut und böse

Für manche ist China die neue Gefahr aus dem Osten. Andere sehen es als Gegenpol zu US-amerikanische Allmachtsphantasien. Doch eigentlich wirtschaftet China so, wie es der Kapitalismus als System eben tut, meint **Renate Dillmann**.

Chinas Aufstieg hat die Geschichte um eine Ironie bereichert: Die Volksrepublik fordert die bestehende Weltordnung und deren westliche Nutznießer nämlich ausgerechnet dadurch heraus, dass sie die sozialistische Systemgegnerschaft aufgegeben und sich auf die Prinzipien ihrer Widersacher eingelassen hat. Die etablierten Weltmächte reagieren längst praktisch auf den ungewollten Konkurrenten und jonglieren dabei zwischen Benutzung und Eindämmung. Auch die Linken haben ein ambivalentes Verhältnis zu China. Sie freuen sich, dass das Land den USA außenpolitisch in die Quere kommt und sie verurteilen seinen harten kapitalistischen und undemokratischen Kurs im Innern. Der vorliegende Beitrag will dagegen versuchen, die Genese des chinesischen Kapitalismus und seine Konsequenzen für Innen und Außen darzustellen. Dabei wird sich zeigen, dass und wie diese beiden Seiten zusammengehören und dass das Land heute weder ein ‚kommunistischer Schreckensstaat‘ ist, noch Anlass für linke Hoffnungen bietet.

Pingpong mit dem Hauptfeind

Zu Beginn der 1970er Jahre entschloss sich die Volksrepublik zu einer radikalen Änderung ihrer Außenpolitik: Sie nahm Verbindung zu den USA auf, der Führungsmacht des bis dahin nach Kräften attackierten imperialistischen Lagers. In der Folge konnten die Vereinigten Staaten die Sowjetunion welt- wie rüstungspolitisch mehr unter Druck setzen. Es war ihnen damit auch gelungen, China, das dem Weltkapitalismus mit seiner Doktrin von der „Unvermeidbarkeit des Krieges“ zwischen Imperialismus und Sozialismus bis dahin trotzig und unberechenbar gegenüberstand und seit 1964 selbst über die Atombombe verfügte, ein Stück weit einzubinden in ihre Ordnung der Welt. Mit der (Wieder-)Aufnahme bilateraler Beziehungen zu Washington mitten im laufenden Vietnamkrieg und trotz der militärischen Ausbreitung der USA in Südkorea, Japan, den Philippinen etc. signalisierte Beijing seine Bereitschaft,

sich mit einer führenden Rolle der USA in der Welt und im Pazifik zu arrangieren. Umgekehrt akzeptierten die USA dafür eine atomar bewaffnete Volksrepublik als Regionalmacht und nahmen kurz darauf hin, dass „Rotchina“ den (vorher dem US-Verbündeten Taiwan zugesprochenen) Sitz im Sicherheitsrat der UN besetzte. Die USA haben dem kommunistischen China also das Angebot auf einen Platz in „ihrer“ Welt gemacht – unter der Bedingung, dass die chinesische Parteiführung sich damit abfand, wie es in dieser Welt zugeht: 1. freier Handel zwischen den Staaten der „freien Welt“ 2. unversöhnliche Feindschaft zwischen dem westlichen und dem sowjetischen Lager. Selbstverständlich war das Angebot des damaligen Nixon-Kissinger-Gespans mit dem Wunsch verbunden, dass dies im Idealfall zur Unterordnung des unhandlichen Landes führen sollte. Amerika hat deshalb die neu eröffneten Beziehungen mit einigen ökonomischen Angeboten (Lockerung der bis dahin geltenden Embargopolitik) flankiert – in der klaren Hoffnung, dass sich das wirtschaftlich nicht gerade gefestigte Land alsbald in ausnutzbare Abhängigkeiten hineinreihen würde (darin ähnlich übrigens der aktuellen Kuba-Politik der USA!).

China seinerseits hat die richtungweisende Entscheidung getroffen, dass es seine nationalen Interessen in Kooperation mit dieser kapitalistischen Welt und all ihren – bis dahin vorwurfsvoll angeklagten – Gemeinheiten besser zur Geltung bringen kann als im Kampf gegen sie. Die berechnende Anerkennung, die ihm die USA angeboten haben, hat es als Gelegenheit betrachtet, sich neu aufzubauen und in der Konkurrenz der Staaten zu behaupten.

Mit dieser Entscheidung Chinas begann die Selbstauflösung des Ostblocks; sie läutete das Ende der Zweiteilung der Welt ein. Ein „Weltsystem“ ist die in der Folge entstandene Welt allerdings nur in einer Hinsicht: Die paradoxe Gemeinsamkeit moderner Staaten besteht darin, dass alle miteinander konkurrieren. Sie respektieren sich als frei und souverän, um auf der Basis

wechselseitiger Benutzung den jeweils größten Nutzen aus freiem Handel und Kapitalverkehr auf dem gesamten Planeten gegeneinander zu sichern. Das führt natürlich zu entsprechenden Gegensätzen zwischen ihnen. Darum wissen alle Beteiligten, bewaffnen sich nach Kräften, erpressen sich und gestalten damit bereits diesen Frieden genannten Zustand ziemlich ungemütlich. Diese kapitalistische Ordnung der Welt gilt als riesiger menscheitsgeschichtlicher Fortschritt – auch wenn sie für viele Nationen eher zu Verschuldung und failing states führt. Nutznießer sind eine Handvoll potenter kapitalistischer Staaten, zu denen neben den USA auch Deutschland, Japan und die größeren EU-Mitglieder gehören. Die Menschen auf dem Globus sind mehrheitlich das Mittel in diesem Konkurrenzkampf, in den sich Staaten begeben. In den Dritte-Welt-Ländern stürzt das die Bewohner in einen ständigen Kampf ums unmittelbare Überleben, aber auch die Bevölkerungen der etablierten oder aufsteigenden Staaten sind in ihrer großen Masse Verlierer der Konkurrenzerfolge ihrer Nationen und nicht Nutznießer der Weltwirtschaft – das kriegen sie tagtäglich an ihren Arbeitsplätzen zu spüren, wenn sie denn einen haben.

Chinas ökonomischer Aufstieg

Das ist, in groben Zügen, die kapitalistisch geordnete Welt, in die China mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg hineingeplatzt ist. Seine Kommunistische Partei hatte das Land zuvor vom westlichen Ausland abgeschottet und eine sozialistische Planwirtschaft aufgebaut, (Stichworte: Volkskommunen, Staatsbetriebe, sowjetische Unterstützung, „großer Sprung nach vorn“). Aus Unzufriedenheit über deren Resultate – gemessen am Maßstab eines schnellen Wiederaufstiegs der chinesischen Nation nach den Jahren ihrer imperialistischen Ausplünderung – hat der Mao-Nachfolger Deng Xiaoping das alte „Reich der Mitte“ ökonomisch geöffnet und Land und Leute mehr und mehr für kapitalistische Benutzung zur Verfügung gestellt. Das mit einem ziemlich bemerkenswerten Resultat: China hat es in den vergangenen dreißig Jahren seines staatlich initiierten und gelenkten Kapitalismus geschafft, sich zu einer der wenigen wichtigen Wirtschaftsnationen in der Welt hochzuarbeiten. Damit handelt es sich um einen interessanten Sonderfall gegenüber dem „normalen Schicksal“ eines Entwicklungslandes, bei dem nach der Logik von Geschäft und Gewalt die Aufnahme von Beziehungen mit den in jeder Hinsicht überlegenen kapitalistischen Erfolgsnationen regelmäßig zu einseitiger ökonomischer Abhängigkeit und prinzipieller Beschränkung des politischen Handlungsspielraums führt. Dieser Ausnahmefall ist erklärungsbedürftig, ohne dass dies hier geleistet werden

kann. Deshalb lediglich einige Andeutungen: Sonderwirtschaftszonen lassen den Rest des Landes in seiner Funktionsweise unberührt; ausländische Unternehmen werden auf chinesische Partner verpflichtet, die dadurch weltmarktfähig werden, ebenso auf lokale Zulieferer und Technologietransfer; nur produktive, keine spekulativen Investitionen, Vermeidung von Auslandsverschuldung. Die chinesische Währung darf nur eingeschränkt gehandelt werden, auch wenn es in dieser Frage aktuell erste Schritte in Richtung freien Devisenhandels gibt. Auf Basis der Handlungsfreiheit, die sie mit diesen Maßnahmen stets gewahrt hat, hat die KP allmählich eine eigene chinesische Akkumulation herbeigeregelt, die sich schnell über die ersten Sonderwirtschaftszonen hinaus ausgeweitet hat. Umgekehrt haben sich die ausländischen Investoren auf die für sie eigentlich unannehmbar restriktiven Bedingungen einer kommunistischen Staatspartei aus einem einzigen Grund verpflichten lassen: Der Zutritt zu diesem letzten großen weißen Fleck auf der Weltkarte des Kapitals mit seinen 1,3 Mrd. Bewohnern war und ist für sie schlicht unwiderstehlich – als Billiglohnland, vor allem aber auch als riesiger Markt.

Einmal erfolgreich angestoßen fand so eine „ursprüngliche Akkumulation“ statt – die durch viel staatliche Gewalt flankierte Schaffung einer allgemeinen Basis kapitalistischer Gewinnproduktion.

Erfolgreicher Kapitalismus braucht eine entsprechende Außenpolitik

Von Anfang an beruht das erfolgreiche Auftreten Chinas auf dem Weltmarkt darauf, dass die chinesische Staatsgewalt das Geschäft an allen Ecken und Enden betreut und fördert. Sie setzt nicht nur im Inneren die Bedingungen dafür, dass Lohnarbeit bei privaten Unternehmen nach und nach die normale Erwerbsform für immer mehr Menschen wird. Sie sorgt auch dafür, dass das chinesische Wachstum – gleichgültig, ob durch ausländische oder einheimische Firmen in Gang gesetzt – im Verkehr nach außen nachhaltig alles vorfindet, was es braucht.



Die immer größeren Warenexporte benötigen entsprechende Absatzmärkte – und die funktionieren keineswegs nach dem Motto „schön, dass ein Neueinsteiger auch etwas zu verkaufen hat“. Deshalb trat China der WTO bei und kämpft dort zusammen mit Brasilien und Indien für bessere Exportbedingungen. Mit den ASEAN-Staaten will es eine Freihandelszone errichten. In ganz Asien baut es neue Verkehrswege, die chinesische Währung Yuan wird immer mehr bei der Abrechnung der Exportgeschäfte als Alternative zum Dollar verwandt. Den nötigen Nachschub von Rohstoffen sichert sich China inzwischen überall auf der Welt. Auch auf diesem Feld haben seine Führer gelernt, dass es nicht reicht, das nötige Geld auf den Tisch zu legen und damit alles zu ordern, was ein frischgebackenes kapitalistisches Land so braucht. Besonders in Sachen Energie beanspruchen die etablierten kapitalistischen Nationen die Welt als ihr Terrain und diktieren vielen der ressourcenreichen Länder die Bedingungen. Auf der Suche nach verlässlichen Lieferländern, die sich im Falle eines Falles nicht einfach gegen China erpressen lassen, werden die Chinesen deshalb mit Vorliebe fündig bei Ländern, die in einer gewissen Distanz zum Westen stehen wie etwa Sudan, Iran, Russland. Mit dem, was sie sonst noch brauchen, bieten sie einer ganzen Reihe von Staaten in Südamerika und Afrika einen Ausweg aus ihrer bisherigen ökonomisch trostlosen Lage – zudem sie für den Abtransport der Waren gleich noch die entsprechenden Verkehrswege bauen und mit ihren Krediten günstig finanzieren. Nichts anderes war und ist übrigens der politökonomische Witz von Entwicklungshilfe! Mit dieser Politik baut sich China inzwischen als regelrechte Alternative zu den Mächten in Nordamerika und Europa auf. Auf Basis der erfolgreichen Akkumulation von Kapital im Inneren hat die chinesische Regierung eine geballte Offensive chinesischer Kapitale „angeordnet“. Sie weiß, dass die Größe des Kapitals die Kernbedingung kapitalistischen Konkurrenz Erfolgs ist, und hat mit staatlich initiierten Firmenfusionen und unterstützt durch staatliche Kreditzusagen ausgewählte chinesische Unternehmen geformt, die als global player agieren sollen. Per Kapitalexport verschaffen sich diese Unternehmen im westlichen Ausland Technologie, Markennamen und Vertriebswege.

Was auch immer Chinas Politiker über Außenpolitik gedacht haben mögen – heute beherzigen sie den Lehrsatz, dass erfolgreiches Geschäftemachen mit dem Ausland von dem „politischen Einfluss“, letztlich also der Gewalt abhängt, die ein Staat gegen andere aufbieten kann. Und dessen Umdrehung: Das Geschäft, dem sie den Weg in alle Erdenwinkel bahnen, soll sich für sie ummünzen in einen Zuwachs an strategischer Machtentfaltung. Das Programm einer modernen imperialistischen Großmacht – das haben die USA vorgemacht – sieht eben nicht mehr so aus, andere Staaten zu überfallen, auszuplündern oder zu Kolonien zu machen. Stattdessen respektiert sie deren Eigeninteresse, um aus den ökonomischen Beziehungen entstehende Abhängigkeiten als Einfallstor zu benutzen: Die eigenen, in diesem Fall chinesischen, Interessen werden damit im Idealfall zu einem festen Bestandteil in den nationalen Abwägungen und Entscheidungen anderer Staaten, ja ihrer Staatsraison.

Die Weltmacht USA sieht sich herausgefordert

Mit den Erfolgen und seinem Aufstiegsprogramm macht sich China nicht eben beliebt bei denen, die in der Staatenwelt bisher das Sagen und die Wirtschaftserfolge auf ihrer Seite hatten. Die etablierten Hüter der internationalen Konkurrenz bemerken, dass sich der Neueinsteiger ökonomisch und politisch unangenehm breitmacht. Vor allen anderen sehen sich natürlich die USA herausgefordert – was nicht an ihrem besonders hässlichen Nationalcharakter liegt, sondern an ihrer Stellung in der aktuellen Weltordnung: Sie kämpfen darum, den Nutzen aus dem von ihnen selbst durchgesetzten freien Welthandel zu behaupten. Dass chinesische Waren die amerikanischen Märkte „überschwemmen“, dass von chinesischen Devisengewinnen massenhaft US-Schatzbriefe gekauft werden und damit der amerikanische Haushalt vom Goodwill der chinesischen KP abhängt, wird in den USA als Bedrohung wahrgenommen. Das begründet ihre durch und durch widersprüchliche Haltung gegenüber China: Einerseits will man das Land weiterhin und sogar verstärkt als Produktionsort und Absatzmarkt nutzen; die damit verknüpften Wirkungen, ein stetig andauernder chinesischer Zuwachs an ökonomischen und militärischen Macht-Mitteln, sollen andererseits auf jeden Fall unter Kontrolle gehalten werden. Eine rivalisierende Weltmacht wird erklärtermaßen nicht geduldet.

Also bringen die USA sämtliche Mittel, über die sie verfügen, in Anschlag. Ökonomisch wird China innerhalb der WTO mit allerhand Klagen überzogen, Beschwerden über den „künstlich niedrigen“ Yuan und die deshalb ungerechten Handelsvorteile reißen nicht ab; eine neue Freihandelszone (TTIP) soll Amerika und Europa Vorteile gegenüber der chinesischen Konkurrenz verschaffen. Strategisch eröffnet Obama – neben der sowieso schon laufenden Stützpunktpolitik der USA gegenüber China (Taiwan, Japan, Afghanistan, Pakistan) – eine pazifische Offensive mit Japan, Australien, den Philippinen. Gleichzeitig enthält die amerikanische Stellung zu China immer auch ein – ausgesprochen zwiespältiges – Angebot: Beijing möge sich, gerade angesichts der „drohenden Verschlechterung“ der doch so nützlichen Beziehungen lieber fügen, Rücksicht nehmen auf die Vorhaltungen der Weltmacht, sich einordnen in die pax americana und eine darin für Amerika nützliche, dann aber auch anerkannte Rolle spielen.

China will sich nicht unterordnen

Es ist nicht verwunderlich, dass China den ziemlich „unilateralen“ Weltordnungswillen der USA nicht nur allgemein als Einengung seiner Handlungsfreiheit, sondern eindeutig als Angriff auf sein Aufstiegsinteresse zur Kenntnis nimmt. Und es lässt keine Zweifel daran, dass es das keineswegs hinnehmen will. Früher haben die chinesischen Kommunisten die Welt einmal dafür angeklagt, dass in ihr der „US-“ und später der „Sozialimperialismus“ der Sowjetunion zu Unrecht die Interessen der „fortschrittlichen Völker“ „dominierten“. Heutzutage stören sich ihre Nachfolger daran, dass China in seinem Recht auf „friedliche Entwicklung“ – so nennen sie das Vorhaben ihres Landes, zu einer kapitalistischen Großmacht aufzusteigen, – behindert wird. In ihren „Weißbüchern“ bedauern sie, dass die ansonsten auf der Welt

bereits vorbildlich herrschenden „Haupttendenzen Frieden und Entwicklung“ durch das Treiben „einer Macht“ empfindlich gestört werden: Amerika „maßt sich an“, die Welt „hegemonial“, „unipolar“ zu beherrschen und jede Veränderung seiner Weltordnung strikt zu unterbinden. Dagegen setzt China sein Konzept einer „multipolaren Welt“ – und kündigt mit dieser Formel, die harmlos und beschwichtigend klingen soll, nicht weniger als seinen Kampf gegen Amerikas Vormachtstellung an.

Um Amerikas „Dominanz“ in der Welt zu begegnen, versucht China, den Antiamerikanismus anderer Staaten zu schüren und für sich auszunutzen (Aussöhnung mit Russland, Partnerschaft mit Europa, enge Beziehungen mit vielen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern etc.). Insgesamt will China die USA dazu bringen, sich mit dem ökonomischen und politischen Aufstieg des „Reichs der Mitte“ abzufinden. Und zwar nicht nur mit dem, was bisher passiert ist, sondern damit, dass dieser Aufstieg, einmal in Gang gekommen, wie eine Art Naturgesetz weiter gehen wird. Zwar sei den Beteiligten in Washington und Beijing klar, dass es Gegensätze gibt und weiter geben müsse; gleichzeitig aber könnten doch auch beide Staaten voneinander profitieren und mit ein wenig gutem Willen eine „Win-win-Situation“ schaffen – so etwa argumentieren Chinas Politiker. Mit dieser Ideologie vom beiderseitigen Nutzen tragen sie ihren Anspruch wie ein Angebot an die USA vor. Praktisch setzen sie dabei darauf, dass auch deren Ökonomie inzwischen existentiell vom Geschäft mit China abhängt, so dass die USA vor eine harte Schadensabwägung gestellt werden, wenn sie die Ebene des „friedlichen“ Konkurrierens verlassen – nicht nur die in chinesischem Besitz befindlichen Dollars bzw. Staatspapiere lassen grüßen.

Kein Hoffnungsträger

Das heutige China ist geradezu ein Lehrstück über den notwendigen Zusammenhang von Geschäft und Gewalt in der Weltordnung. Seine Führer haben ihre frühere sozialistische Planwirtschaft Stück für Stück und mit viel staatlicher Betreuung transformiert in eine kapitalistische Ökonomie. Die immanenten Notwendigkeiten des kapitalistischen Geschäfts bescheren ihnen inzwischen eine ganze Agenda an außenpolitischen Tätigkeiten. Ein bedauernswerter „Sachzwang“ der Globalisierung ist das allerdings keineswegs gewesen. Zunächst hatte der „freie Westen“ mit dem Kalten Krieg die Existenz eines kommunistischen Staatenblocks nicht hingegenommen. Dann hat gerade China aus seinen nationalen Berechnungen heraus freiwillig die Seiten gewechselt, sich in die kapitalistische Konkurrenz gestellt und mit diesem Entschluss entscheidend dazu beigetragen, dass die Welt heute tatsächlich „globalisiert“ ist, sprich: dass überall die Freiheit des Kapitals herrscht. Seitdem ist Chinas Regierung damit befasst, die Eigengesetzlichkeiten eines erfolgreichen Kapitalismus machtvoll durchzusetzen. Denn wer sich einmal dafür entscheidet, auf die „kapitalistischen Produktivkräfte“ zu setzen, der muss die Wachstumsbedürfnisse des Kapitals a) respektieren und b) nach Kräften fördern, wenn die

Sache Erfolg haben soll – ganz egal, wie „antiimperialistisch“ oder „friedliebend“ er bis gestern agiert hat.

Mit diesen Überlegungen sollten zugleich einige gängige Vorstellungen widerlegt sein:

- Es ist sachlich falsch, Chinas außenwirtschaftliche oder -politische Konkurrenzpraktiken als besonders bösartig zu charakterisieren. Sie haben ihren Grund in den (übrigens: im Westen entwickelten und allen sozialistischen Ländern immerzu gepredigten!) marktwirtschaftlichen Prinzipien des Umgangs mit Land und Leuten, die das asiatische Land nun eben auch bei sich installiert hat. Die Rede von der neuen „gelben Gefahr“ drückt insofern zuallererst den westlichen Anspruch auf diese Welt, ihre Ressourcen und den Nutzen aus dem globalen Handel aus.
- Es ist ein unangebrachter Idealismus zu glauben, man könne den Kapitalismus einsetzen zur Entwicklung von Technik und Produktion zum Segen für Land und Leute und seine hässlichen Seiten irgendwie außen vor halten. Die Analyse von Chinas Ökonomie und seiner Außenpolitik (die zu dieser Ökonomie gehört und sich keineswegs jenseits, auf irgendwelchen luftleeren Feldern politologischer Kategorien von „Macht und Interesse“ abspielt) macht deutlich, dass der Kapitalismus „System“ hat bzw. eines ist.
- Wer fragt, ob Amerika als eher „unbeliebter Weltmacht“ in China endlich ein Gegenpart erwächst, dem man Erfolg wünschen kann, sagt mehr über sich und seine ohnmächtige Lage aus als über China. Denn diese Frage, zumindest wenn sie von links gestellt wird, verwechselt Chinas Zwecke als aufsteigende Großmacht mit den eigenen Hoffnungen auf ein Ende des globalen Kapitalismus. Ähnliches geschieht bereits mit lateinamerikanischen Ländern, auf die revolutionäre Fantasien projiziert werden. Dass es zwei verschiedene Paar Schuhe sind, ob sich die Geschädigten dieser Welt die Interessen nicht mehr gefallen lassen, unter denen sie zu leiden haben, oder ob eine konkurrierende Macht einer anderen ein paar Striche durch ihre Rechnungen macht – auf diesen Unterschied sollte man schon Wert legen.



Renate Dillmann, Dr. rer.soc., arbeitet als freiberufliche Journalistin und lehrt an der EFH Bochum.

Veröffentlichung: China – Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht VSA-Verlag 2009 (3. Aufl.).

Die sozialistische Entwicklungsstrategie der VR China

Die Volksrepublik China ist ein sozialistisches Land, das sich unter der Leitung der Kommunistischen Partei auf einen langen Weg zum Sozialismus begeben hat. Thesen dazu formuliert **Theodor Bergmann**.

Meine Ausgangsposition ist: Die VR China ist ein sozialistisches Land, das sich unter der Leitung einer KP auf den langen Weg zum Sozialismus begeben hat. (...)

Reform und Öffnung

In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung, die mit der Reform und Öffnung ab etwa 1978 von den Reformen um Deng Xiaoping eingeleitet wurde, werden Plan und Markt als komplementär angesehen, nicht als Gegensätze. Die in Nationale Kommission für Reform und Entwicklung umbenannte Plankommission kontrolliert und lenkt die sozialökonomische Entwicklung, deren Ziele im Fünfjahresplan formuliert sind. Der Staat behält die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ (deren Bereich immer wieder zu überprüfen ist). Zum Staat gehören die Apparate der Provinzen, Regionen, Städte. Zu den zentral zu kontrollierenden und teilweise noch zu entwickelnden Bereichen, den „Kommandohöhen“, gehören heute u. a.:

- Kontrolle der Landnutzung, Sicherung der Ernährung
 - Kraftwerke, Eisenbahnen, Bewässerung, Staudämme, Hochwasserschutz, Grundstoffindustrien, Straßenbau
 - Verteidigungsindustrie
 - Gesundheitswesen, Sozialversicherung, Familienplanung
 - Bildungswesen: Volksschule, sekundäre und tertiäre Stufe
 - Verteidigung
 - Kontrolle des Außenhandels und des Finanzwesens.
- Außer dem staatlichen und dem vom Staat kontrollierten Sektor (Staatseigentum) gibt es mehrere andere Eigentumsformen an den Produktionsmitteln: Genossenschaften, Joint Ventures, kapitalistische Firmen. Es gibt Kapitalisten; aber das bedeutet keineswegs, dass das Land kapitalistisch ist (oder wird). Chinas aktuelle Wirtschaftspolitik entspricht der Neuen Ökonomischen Politik NÖP von Lenin und der KPdSU. Mit dem eingeladenen Kapital versucht der Staat, modernste Technologie

zu „erwerben“ und damit die nachholende Entwicklung zu beschleunigen, abzukürzen.

Nachholende Entwicklung

Nachholende Entwicklung will die sozialökonomische und kulturelle Entwicklung der „Ersten Welt“ nachholen. Sie muss daher die Rückstände schneller aufholen, als das in den entwickelten Ländern geschehen ist. Der Entwicklungsprozess war und ist überall mit einem sozialen und strukturellen Wandel verbunden, der den Menschen Schmerzen verursacht. Selbstversorgende, wenn auch oft hungrige Kleinbauern wurden Lohnarbeiter und allmählich aus einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich. „Selbständige“ Handwerker wurden Fließband- und Maschinenarbeiter.

Noch ungelöste Probleme

Die Aufgaben und Probleme, die die chinesischen Kommunisten zu lösen haben, werden im Folgenden nur aufgezählt:

- Begrenzung des quantitativen Produktionswachstums
- Schließung ineffektiver und umweltschädlicher Kleinbetriebe (Township and village enterprises) aus früheren Entwicklungsphasen, Schließung gefährlicher Bergwerke
- Umweltschutz
- Förderung des Binnenmarktes, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
- umfassender Schutz der 120 Mio. Wanderarbeiter, Einschulung ihrer Kinder in den Städten
- Modernisierung der alten Industriezone in Nordost-China (im „Rostgürtel“)
- vollständiger Ausbau der Sozialversicherung einschließlich der Krankenversicherung für die gesamte Bevölkerung
- verstärkte Förderung der Agrarproduktion, des Dorfes und der Agrarbevölkerung
- Entwicklungspriorität für die westlichen Regionen

Die Deng Xiaoping-Theorie

Bei den ökonomischen Reformen und der Öffnung kommt ein neues, völlig anderes Verständnis der post-revolutionären Aufgaben der Kommunisten zum Ausdruck, das Deng Xiaoping der KP China vermittelt hat. Das Wesen der „Deng Xiaoping-Theorie“ sehe ich in folgenden Hauptpunkten:

1. Hauptaufgabe nach der Revolution ist nicht die Verschärfung des Klassenkampfes, sondern die Entfaltung der Produktivkräfte, die Befriedigung der Massenbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards.
2. China befindet sich in einer frühen Phase des sozialistischen Aufbaus. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist ein langwieriger Prozess, kann nicht in großen Sprüngen und kurzen Fristen vollendet werden. Er wird vielleicht hundert Jahre dauern. Inzwischen aber müssen die Erbauer der neuen Gesellschaft auch an den materiellen Ergebnissen ihrer Anstrengungen teilhaben. Es gibt daher heute kaum rote Spruchbänder, anspornende Parolen und ferne Verheißungen einer lichten Zukunft, dafür mehr sichtbare und spürbare materielle Verbesserungen für breiteste Schichten der Bevölkerung.

Meine Thesen

- Plan und Markt sind nicht gegensätzlich, sondern komplementär. Anhand der Ergebnisse bisheriger Pläne sind die Planung, ihre Ziele, Umfang, Methoden und Instrumente ständig zu überprüfen. Sofern der physiologische Bedarf durch die Produktion gedeckt ist, kann auf weitere zentrale Planung bei bestimmten Produkten und in bestimmten Produktionszweigen und Sektoren verzichtet werden. Planung und Markt sind ständig neu gegeneinander abzugrenzen.
- Eine sozialistische Übergangsgesellschaft darf nicht die gesamtgesellschaftliche Produktion in einer – der staatlichen – Eigentumsform, an den Produktionsmitteln organisieren. Die unterschiedlichen – gesellschaftlichen und privaten – Eigentumsformen haben je spezifische Funktionsbereiche. Es genügt, wenn die Gesellschaft die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ beherrscht, wenn das staatliche Eigentum eine Schlüsselstellung, das ökonomische Übergewicht behält.
- Nach der Trennung von Staat und Partei kann und muss sich die KP wieder ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden: geistige Führung der Gesellschaft durch Vorausdenken der neuen gesellschaftlichen Aufgaben, Erziehung ihrer Funktionäre und Mitglieder zu Verbildenen der Gesellschaft, Kampf gegen die sozialen Missstände und Fehlentwicklungen, die mit der Öffnung einhergehen. Die KP darf nicht mehr für ihre Mitglieder Karriereleiter und Privilegienverteiler sein.
- Der „Kampf der zwei Linien“, die Auseinandersetzung um die beste Entwicklungsstrategie ist nützlich und positiv. Je offener und transparenter diese lebenswichtige Debatte geführt wird, umso mehr wird sie

demokratisch, d. h. umso mehr können die Parteimitglieder und die Bevölkerung daran teilnehmen, die großen gesellschaftlichen Fragen verstehen und an den Entwicklungsperspektiven mitwirken. Gewerkschaften haben im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft eine doppelte Aufgabe:

- Eine junge Arbeiterklasse (an sich) muss durch Aufklärung, Bildung, Erfahrung zu Solidarität und Verständnis ihrer Aufgaben zur Klasse für sich erzogen werden.
- Die Interessen der Werktätigen sind gegenüber der staatlichen Planung und im einzelnen Unternehmen zu vertreten. Beide Aufgaben gehören zusammen. Dafür müssen die Gewerkschaften autonom sein, nicht mehr Instrumente des Staates oder der KP.
- Das sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem muss sich der Bevölkerung als dem Kapitalismus überlegen erweisen und kann das auch. Den Kapitalismus einholen und überholen bedeutet jedoch nicht, alle seine Fehlentwicklungen nachzuvollziehen. Die Überlegenheit muss und soll sich nicht bei allen Gütern und Dienstleistungen in höherer Quantität ausdrücken, sondern, sobald die Grundbedürfnisse menschenwürdig befriedigt sind, in einer anderen, besseren Qualität; z. B. mehr sozialer Wohnungsbau, allgemeine Alphabetisierung, Öffnung der Universitäten für alle fähigen Arbeiter- und Bauernkinder, besserer öffentlicher Verkehr, geringe Arbeitslosigkeit, möglichst geringe soziale Ungleichheit, Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Bereichen, individuelle Entwicklungschancen für alle.
- Der Fortbestand des sozialistischen Großversuchs VR China bildet ein Gegengewicht gegen die weltpolitische Dominanz der kapitalistischen Führungsmächte. Der Fortbestand liegt damit im Interesse der sozialistischen Bewegung insgesamt. Schönfärberei schadet dem Verständnis; vielmehr gilt es, anhand realistischer Darstellung die Probleme und Schwierigkeiten der Verwirklichung des Sozialismus zu erklären. Das Verhältnis von SozialistInnen zum kommunistischen China sollte das einer kritischen Solidarität sein.

Nachdruck in gekürzter Fassung aus dem Aufsatz: „China im Aufbruch – wohin?“, Marxistische Blätter, April 2008. Wir bedanken uns für die Überlassung.



Theodor Bergmann, Jg. 1916, 1955 Promotion an der Uni Hohenheim zum Strukturwandel in der Landwirtschaft Schwedens. Ab 1965 wiss. Mitarbeiter, später Professor für international vergleichende Agrarpolitik. Nach seiner Emeritierung 1981 widmete er sich verstärkt der Geschichte der Arbeiterbewegung, besonders der der KPD-O. Er ist Mitglied der Partei DIE LINKE.

Linksregierungen in Lateinamerika

Die linksgerichteten Regierungen Lateinamerikas benötigen eine Strategie, die über das bisher Erreichte hinausweist. Möglicherweise bedarf es anderer Konzepte als dem des nahen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, sagt **Dieter Boris**.

Im Vergleich zu den 1960er und 70er Jahren schien Lateinamerika seit den danach eintretenden politischen und ökonomischen Rückschlägen lange Zeit wenig Spektakuläres zu bieten. Doch haben sich dort seit der Jahrhundertwende neue politisch-ökonomische Modelle herausgebildet, die verdienen, auch in anderen Teilen der Welt genauer rezipiert zu werden. Vielleicht hat man schon vergessen, dass eine weitgehende Umsetzung des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells erstmals in Lateinamerika, genauer gesagt in Chile nach dem blutigen Putsch von Pinochet (1973), mit brachialer Gewalt exekutiert wurde. Es folgten dann in den 1970er und vor allem 80er Jahren – im Kontext der in Lateinamerika „ausgebrochenen“ Schuldenkrise von 1982 – fast alle Länder Lateinamerikas, die nun mehr oder weniger intensiv in den Einzugsbereich der neoliberalen Heilslehre gerieten. Dies war auch unter formell demokratisch gewählten Regierungen der Fall, so dass der sogenannte „Konsens von Washington“ oberste Maxime allen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Handelns wurde: Völlige Öffnung der Ökonomien, Liberalisierung aller Preise, weitestgehender Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Abbau sozialstaatlicher Sicherungen, Privatisierung von Unternehmen und bis dahin öffentlicher Dienstleistungen (im Bildungs- Gesundheits- und Sozialwesen, bis hin zur Privatisierung von Gefängnissen und Polizei).

Obwohl die Traditionen und institutionellen Grundlagen für eine „vollkommene Herrschaft des Marktes“ noch weit weniger als beispielsweise in Europa gegeben waren, wurden in Lateinamerika diese neuen „Regeln der Deregulierung“ in den meisten Ländern mit besonderer Schnelligkeit und Intensität umgesetzt. Nach einer kurzen Phase allgemeiner Euphorie erschienen die Wirkungen dieser wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Orientierung spätestens nach zwei Jahrzehnten bei wachsenden Bevölkerungsteilen als derart negativ, dass ihre Regenten abgewählt oder durch Massenbewegungen zum Rückzug gezwungen wurden. Wieder figurierte Lateinamerika als der erste historische Schauplatz einer abermaligen Wende, diesmal im Sinne der Abkehr vom neoliberalen Diskurs. Die für eine Reihe von

Ländern folgende sogenannte postneoliberale Phase der Politik wurde von Linksregierungen getragen. Diese mittlerweile seit mehreren Legislaturperioden in Regierungsverantwortung stehenden Regime haben bereits einige wesentliche gesellschaftliche Veränderungen im progressiven Sinne bewerkstelligen können, die bislang in fast allen Fällen ihre jeweilige Wiederwahl begründeten.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts sind in Lateinamerika politische Entwicklungen eingetreten, die nicht nur als Abkehr von bisher allseits akzeptierten neoliberalen Leitbildern anzusehen sind, sondern auch - zumindest in einigen Ländern - eine Linkswende herbeiführten. Der durch Massenbewegungen erzwungene Sturz von Präsidenten neoliberaler Provenienz (z.B. Argentinien, 2001; Ecuador, 2000), erdrutschartige Siege linker Kandidaten in Präsidentschaftswahlen (Venezuela, 1998; Bolivien, 2005), oft verbunden mit einem sehr deutlichen Wandel der bisher üblichen sozio-strukturellen Merkmale von politischen Führungsfiguren (z. B. Aufstieg von profilierten Gewerkschafts- und Indigenen-Repräsentanten in die höchsten Staatsämter - Brasilien, Bolivien) sowie die Entfaltung zahlreicher Initiativen zur Realisierung neuer, partizipativer Formen der Demokratie und zur Verringerung der äußeren Abhängigkeit und Unterordnung unter Diktate aus den Metropolen - all dies trug dazu bei, dass viele Zeitgenossen im Laufe der letzten Jahre innerhalb und außerhalb Lateinamerikas aufgehört haben. Seither hat eine Diskussion darüber eingesetzt, inwieweit tatsächlich von einer neuen Entwicklungstendenz gesprochen werden kann oder ob die Momente der Kontinuität zu den vorherigen Politikorientierungen nicht doch überwiegen und die neuen Akzente eher als äußerliche Inszenierungsbemühungen einiger ins Amt gelangter Linksregierungen anzusehen sind.

Gegenwärtig können viele Linksregierungen bereits auf zwei oder sogar drei Regierungsperioden zurückblicken und eine substantielle Schwächung dieses Gesamttrends lässt sich zurzeit nicht erkennen. Zwar hat es mittlerweile einige Rückschläge gegeben, wie die-

jenigen, die mit dem Tod von Präsident Hugo Chávez vom 5. März 2013 verbunden waren; zwar hat sich der von ihm noch gewünschte Nachfolger, Nicolás Maduro, inzwischen auch in Präsidentschaftswahlen (überraschend knapp) durchsetzen können, aber die gesamte Übergangsperiode in eine Nach-Chávez-Ära ist mit zusätzlichen Instabilitäten und Problemen behaftet. Der geglückte Rechtsputsch in Honduras (Juni 2009) sowie die durch einen „parlamentarischen Putsch“ erfolgte Absetzung von Fernando Lugo in Paraguay (Juli 2012) sind zweifellos als Schwächung des kontinentalen Linkstrends zu werten. Dennoch haben sich, insgesamt betrachtet, die Linksregierungen und ihr Kurs eher konsolidiert, und auch konservative Gegenkandidaten - wie z. B. bei den Wahlen in Venezuela im Oktober 2012 und im April 2013 - müssen, wenn sie nicht von vornherein ins Hintertreffen geraten möchten, bestimmte soziale und politische Fortschritte der Linksregierungen akzeptieren und deren Fortführung versprechen. Vieles spricht dafür, dass die Linksregierungen vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik ihre Popularität erringen und ausbauen konnten. Insbesondere der Umstand, dass eine fast zehnjährige Prosperitätsperiode durch die (auch in Lateinamerika spürbaren) Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise nicht entscheidend und dauerhaft unterbrochen wurde, hat zu den Wiederwahlerfolgen maßgeblich beigetragen.

Getragen wurde der Regierungs- und teilweise Richtungswechsel in den nun links regierten Ländern von einem mehrheitlichen Willen, die mit der neoliberalen

Politik verbundenen Verschlechterungen der Lebenslage aufzuhalten und eine neue Entwicklungsdynamik zu initiieren. Hierbei sollte der Staat wieder eine größere Rolle spielen, aber auch eine intensivere Partizipation der Bevölkerung, eine tendenziell umverteilende und Armut reduzierende Politik sowie die Betonung einer größeren nationalen bzw. regionalen Eigenständigkeit/Autonomie gehörten zu den programmatischen Leitlinien dieser Regierungen. Es liegt auf der Hand, dass diese Zielsetzungen nicht ohne harte Auseinandersetzungen - trotz zum Teil hoher elektoraler Mehrheiten - durchzusetzen sind. Die Transformationsversuche der Linksregierungen waren und sind mit erheblichen Barrieren konfrontiert. Zum einen darf nicht vergessen werden, dass gerade in der vorausgehenden neoliberalen Ära insbesondere die großen Unternehmen sich stärken und noch mehr konzentrieren konnten. Das heißt, der Hauptgegner bei den intendierten Veränderungen war ökonomisch und in seinem politisch-kulturellen Einflussvermögen keineswegs geschwächt, sondern durch die Regierungswechsel allenfalls und zunächst in eine defensiv-abwartende Haltung versetzt worden. Zum zweiten bilden die Akkumulations- und Verwertungschancen dieser Kapitalgruppen gewissermaßen das Rückgrat der jeweiligen Ökonomien, da sie bedeutende Teile des Deviseneinkommens auf sich konzentrieren; eine deutliche Schwächung oder Blockierung ihrer Aktivitäten könnte für die Linksregierungen verhängnisvolle Folgen haben, weswegen diese eine relativ moderate,



die Eigeninteressen dieser Kapitalgruppen im wesentlichen mitberücksichtigende Politik ansteuern mussten. Drittens konnten manche Linksregierungen nicht in jedem Fall mit einer dauerhaften parlamentarischen oder außerparlamentarischen Unterstützung für ihre Vorhaben rechnen.

Wie in jedem Transformationsprozess ist die Frage, wohin und wie sich die Umwandlung und Veränderung vollziehen soll, zentral und kontrovers: sozialstaatlicher Kapitalismus mit einzelnen Reformen, Staatskapitalismus mit noch größerer Staatsintervention, Sozialismus, d. h. vollständige Gesellschafts- und Wirtschaftsformensformen? Die positive Fixierung eines Zielpunkts ist in den meisten Ländern mit Veränderungsintentionen bislang nicht erfolgt, was – realistisch betrachtet – im Augenblick auch gar nicht möglich ist. Die Abgrenzung gegenüber einem „Davor“, also Negationen, überwiegt immer noch: Verringerung von Armut und Ungleichheit, stärkere Staatsintervention in den Wirtschafts- und Gesellschaftsprozess bei gleichzeitiger Demokratisierung staatlicher Institutionen, Rückeroberung des öffentlichen Raums und Erreichen partizipativer, unmittelbarer Demokratieformen, Wiedererlangung nationalstaatlicher Souveränität bzw. Ausbau der lateinamerikanischen Regionalprojekte. In diesem Sinne steht damit die Rolle des Staates im Mittelpunkt der Debatte.

Resümierend kann festgehalten werden: Weder eine radikal anti-etatistische Position, die jegliche staatliche Form als Kern allen Übels (und der Entfremdung) begreift, noch eine „staatsvergötternde“ Position (Staatsidolatrie im Sinne Gramscis), die dem Zentralstaat die absolute und detaillierte Ordnungskompetenz zuweist, sind im Transformationsprozess sinnvoll und realistisch. Der dritten relevanten Position in der gegenwärtigen Debatte, die die Möglichkeit des „Umbaus des Staates“ sieht, zufolge kann der Staat in Lateinamerika in solchen Perioden – bei Kontrolle und Modifizierung seiner bisherigen Formen und Funktionen – von progressiven Regierungen genutzt werden. Allerdings ist es dann kein Staat mehr im herkömmlichen Sinne, der gegenüber der Gesellschaft und den sozialen Bewegungen mehr oder minder verselbständigt agiert, sondern in einer Konstellation handelt, in der Führung und Basis in einem ständigen Austausch und Kommunikationsprozess stehen.

Damit sind auch die Begriffe von „Staat“ und „Gesellschaft“, deren Entgegensetzung und Wechselverhältnis sowie die Vorstellung einer grundlegenden gesellschaftlich-politischen Umwälzung anders als in manchen früheren Diskussionen konzipiert. Nicht mehr die plötzliche Attacke (in der Regel gewaltsam) auf die „Schaltstellen der Macht“, angeführt von einer kleinen Avantgarde, kann als prototypisch – selbst in peripheren Gesellschaften – angesehen werden. Vielmehr sind solche tief greifenden Umwälzungen eher als ein längerer Lern- und (Selbst-) Veränderungsprozess zahlreicher ge-

sellschaftlicher Bewegungen, die auf ihrem Weg auch staatliche Ressourcen für ihr Vorankommen nutzen (können), zu verstehen. Derartiges muss einer schließlichen „Eroberung“ der Staatsmacht zwar vorausgehen, kann aber letzteres nicht ersetzen; was gegenwärtige Revolutionstheoretiker wie John Holloway u. a. anzunehmen scheinen. Diese Einsicht hatte der italienische Linkssozialist und Marxist Lelio Basso auf einer Konferenz in Chile im März 1973 (also sechs Monate vor dem Pinochet-Putsch) formuliert. Isabel Rauber hat daran anknüpfend diesen zentralen Aspekt zeitgemäß und in Bezug auf die aktuellen lateinamerikanischen Transformationsprozesse folgendermaßen umrissen: „Diese strategische Konzeption, die für den Beginn des gesellschaftsumgestaltenden Prozesses nicht die Übernahme der Macht zur Voraussetzung ansieht, die nicht die Veränderung der sozialen Beziehungen zwischen Männern und Frauen von Direktiven abhängig macht, die vom staatlichen Überbau, von der Regierung mittels der Aktion einer Partei (als Avantgarde) ausgehen, ist das, was ich Aufbau der Macht von unten nenne. Diese Konzeption beinhaltet eine neue Weise, die soziale Transformation im 21. Jahrhundert zu begreifen und zu verwirklichen ...“ Diese Sicht schließt aber keineswegs aus, sondern ein, den Kampf um die Regierung als „Schlüsselfrage“ für den Veränderungsprozess zu begreifen.

Doch jenseits der theoretischen Debatte, die nur selten die politische Praxis der linksgerichteten Regierungen direkt zu beeinflussen scheint, bleibt ein gewisser Pragmatismus im Regierungshandeln. Es fehlt offenbar für eine neue Etappe die erforderliche strategische Zielstellung, die über das bisher Erreichte hinausweist. So betrachtet sind diese Entwicklungen nach vorne hin offen. Möglicherweise sind die Kurzformeln von einem (zunächst) anzustrebenden „andinen“ und „kommunitären Kapitalismus“ (A. Garcia) ernster zu nehmen als die von einem nahen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Der Text ist ein gekürzter Auszug aus: Bolívars Erben, Linksregierungen in Lateinamerika (PapyRossa Verlag)



Dieter Boris ist Marxist im Unruhestand, Lateinamerika gilt seine Leidenschaft – insbesondere Analysen der Linken von Subcomandante Marcos bis Hugo Chávez. Als Professor für Soziologie prägte er die Marburger Schule in der Tradition Wolfgang Abendroths mit. Seit Jahren steckt er viel Kraft in die Arbeit als Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Gewerkschaften in der arabischen Welt

Die Gewerkschaften im arabischen Raum kämpfen sowohl an vorderster Front zur Verteidigung der nationalen Würde und Unabhängigkeit als auch für eine Zähmung und Überwindung des Kapitalismus, sagen **Harri Grünberg** und **Issam Haddat**.

Dieser Beitrag versucht vornehmlich, die neuen Perspektiven aufzuzeigen, die im Nahen Osten mit dem „arabischen Frühling“ für die Gewerkschaftsbewegung entstanden sind. Dabei wird auch die Entwicklung von Gewerkschaften in Israel gestreift, da auch hier vor wenigen Jahren breiter sozialer Protest aufbrach und die traditionelle Gewerkschaftsbewegung erschütterte. Die Entwicklungsgeschichte der ziemlich jungen arabischen Gewerkschaftsbewegung weist - trotz aller in den 22 Staaten der arabischen Welt bestehenden Unterschiede - in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung viele gemeinsame Züge auf.

1. Die Anfänge gingen einher mit der fortschreitenden Ablösung der feudalen durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung während der Kolonialzeit. Befördert wurde diese Entwicklung insbesondere von den die arabische Welt beherrschenden Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien. Im Sykes-Picot-Abkommen von 1916 hatten sie die arabischen Besitztümer aufgeteilt, die sie nach dem Ersten Weltkrieg den Osmanen im sogenannten arabischen Mashreq (Osten) wegnahmen. Mit den Kolonialmächten beschleunigte sich die kapitalistische Entwicklung, die sich aber auf wenige Zentren wie Kairo, Damaskus, Bagdad, Damaskus konzentrierte. Dadurch wurde auch das Entstehen einer Gewerkschaftsbewegung Ende des Ersten Weltkrieges in Ägypten, Palästina, Jordanien, Syrien und im Irak vorangetrieben. Lange Zeit hindurch blieb diese aber sehr klein.

Ein Sonderweg in der Entwicklung gewerkschaftlicher Organisationen wurde in Algerien eingeschlagen, wo die Gewerkschaftsbildung bereits 1867 einsetzte, aber ausschließlich den europäischen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten auf algerischem Boden, die sich aus den europäischen Siedlern rekrutierten, vorbehalten war. Eine Ausnahme bot später die in den 1920er Jahren gegründete, kommunistisch beeinflusste, *Confédération Générale des Travailleurs*, die von Anfang an algerische Arbeiter in ihre Reihen aufnahm. 1954 wurde aus der CGT auf algerischem Boden mit algerischen Vorsitzenden und Anführern die UGSA (Allgemeine

Union der algerischen Gewerkschaften) gebildet. Diese musste aber bereits nach sechs Monaten der kämpferischen UGTA (Allgemeine Union der algerischen Arbeiter), die der FNL (Nationale Befreiungsfront) nahestand, weichen. Auch die 1956 ins Leben gerufene USTA (Union de Syndicat des Travailleurs algeriens) von den Aktivistinnen und Aktivistinnen der Massali al-Hajd-Bewegung Front Nationale wurde blutig von den UGTA-Mitgliedern bekämpft und praktisch vernichtet, da die UGTA mit der französischen Kolonialverwaltung kollaborierte, obwohl sie der FNL nahestand.

Die Entwicklungsgeschichte der jungen arabischen Gewerkschaftsbewegung weist - trotz aller in den 22 Staaten der arabischen Welt bestehenden Unterschiede - in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung viele gemeinsame Züge auf.

2. Die jungen Gewerkschaftsformationen dienten eher als politische Kampfinstrumente im antikolonialen Kampf denn als an den sozio-ökonomischen Auseinandersetzungen beteiligte Organisationen. Die starke Bindung an politische Parteien war seither evident; es waren Anbindungen insbesondere an kommunistische Parteien, aber auch an patriotisch-liberale Parteien, z.B. die Sozialistische Partei von Akram Hourani in Syrien, die Verfassungspartei von Habib Bourgiba in Tunesien, die Wafd-Partei (national-liberal) in Ägypten und die Union Nationale des Forces Populaires, (UNFP) von Ben Barka in Marokko, der 1965 durch den marokkanischen Geheimdienst in Paris ermordet wurde.

3. Dass die arabische Arbeiterbewegung im Zuge des antikolonialen Kampfes entstand und sich deshalb der politischen Führung des Befreiungskampfes unterstellte, dass sie zugleich aber auch die Interessen der jungen arabischen Arbeiterklasse vertreten wollte, war die Voraussetzung für die praktisch in all diesen Ländern zu beobachtende Vereinnahmung und Bevormundung der Gewerkschaftsorganisationen nach Erlangen der Unabhängigkeit durch den jeweiligen Staat. Damit wurde die Wirkung der Gewerkschaften absolut abhängig von der

herrschenden Politik und den herrschenden Parteien. Dies galt auch in der als besonders bürgerlich-liberal geltenden libanesischen Republik, wobei im Libanon auch noch die konfessionelle Teilung von Bedeutung war. Die Gewerkschaften spielten eine tragende Rolle im antikolonialen Befreiungskampf, zugleich waren die fortschrittlichen politischen Führungen der „arabischen antiimperialistischen Revolution“ aber nicht bereit, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu akzeptieren. Sowohl linksnationalistische und arabisch-sozialistische Führungen als auch marxistische Kräfte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung formulierten ihre strategische Aufgabe wie folgt: Während sie die fortschrittlichen Maßnahmen der arabisch-nationalistischen oder arabisch-sozialistischen Regierungen unterstützten und diese Regierungen gegen den Imperialismus verteidigten, kritisierten sie zugleich eine mangelnde Entwicklung in Richtung Sozialismus sowie einen nicht ausreichenden Respekt vor der Unabhängigkeit von Organisationen der Arbeiterklasse einschließlich der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften spielten eine Schlüsselrolle bei der Niederringung der reaktionären Regierung der Moslembrüder. Den Sturz der Mursi-Regierung bezeichnet der Verbund von ägyptischen unabhängigen Gewerkschaften als Revolution.

Der Aufbruch

Ende Januar 2011, mitten unter den Millionen Demonstranten und Demonstrantinnen auf dem Maidan al-Tahrir (Platz der Befreiung) in Kairo rief der erfahrenste, alte Gewerkschafter Ägyptens und linke Nasserist Kamal Abu Aita die Bildung des ersten Verbunds von ägyptischen unabhängigen Gewerkschaften, EFITU, aus. Abu Aita wurde, nachdem sich Ägypten vom Spuk der Moslembrüder und der Herrschaft von Muhammad Mursi befreit hatte, im Juni 2013 von der Regierung unter al-Sisi zum Arbeitsminister ernannt. Er kündigte eine neue Zeit im Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften an: Er verweigerte jegliche Teilnahme an Konferenzen der Gewerkschaftsorganisationen mit dem Hinweis, dass die Gewerkschaften als vom Staat unabhängige Kraft agieren sollen. Aus diesem Verbund ging 2013 die demokratische Ägyptische Arbeiterunion hervor. Andere Formationen folgten und heute bestehen 1500 unabhängige Gewerkschaften, die sich in fünf Verbänden organisieren. Die Gewerkschaften spielten eine Schlüsselrolle bei der Niederringung der reaktionären, von den Moslembrüdern gestellten Regierung. Aita gab im Namen der EFITU eine Erklärung heraus, in der die ägyptische Armee und ihre Rolle bei den Protesten, die am 30. Juni 2013 begonnen hatten und im siegreichen Aufstand vom 3. Juli mündeten, begrüßt wurde. Den Sturz der Mursi-Regierung bezeichnet EFITU als Revolution. Frühere Vorstöße zur Bildung von Gewerkschaften, die von staatlicher Willkür unabhängig sein würden, hatte es in Algerien nach dem sogenannten algerischen Frühling (Oktober 1988 und nach der Ratifizierung der neuen Verfassung 1989, in der die Bildung von freien Gewerkschaften und das Recht auf Streik garantiert wurden) gegeben. Das war das erste Mal, dass in einer arabischen Verfassung das Recht auf unabhängige Ge-

werkschaftsbildung und das Streikrecht festgeschrieben wurden.

Danach wurden über 70 unabhängige Gewerkschaften gebildet. Die Handlungsfreiheit wurde ihnen aber erst nach der relativen Beruhigung der Sicherheitslage nach der so genannten schwarzen Dekade des Kampfes und Bürgerkrieges gegen den Islamismus ab 2002 wieder möglich. Diese unabhängigen Gewerkschaften formierten sich hauptsächlich im Bereich des öffentlichen Sektors (zehn Gewerkschaften im Gesundheitswesen und zwölf im Bereich von Schulbildung und Wissenschaft sowie anderen Verwaltungen). Sie erstritten sich eine relativ gute soziale Position in der Gesellschaft, an den erfolgreichen, nicht selten auch lang andauernden Streikwellen, beteiligten sich viele der betroffenen Arbeiter und Angestellten, insbesondere Frauen. Die unabhängigen Gewerkschaften erhielten so auch eine gute Unterstützung seitens der relativ unabhängigen Medien und der Breite der Gesellschaft – im Gegensatz zu der vom Staat gelenkten UGTA, die vor allem im staatlichen industriellen Sektor (ÖL, Metallverarbeitung) stark ist, mittlerweile aber sehr viele Mitglieder und Anhänger verloren hat.

In Ägypten verhielt es sich ähnlich: Die ersten unabhängigen Gewerkschaften wurden zwischen 2009 und 2011 vor dem „arabischen Frühling“ organisiert – insbesondere in den Bereichen der Finanzverwaltung, des Gesundheitswesens, des Rentensystems und des Schulsystems. Die vom Staat bekämpften „wildem Streiks“ sowohl im Bereich der Textilindustrie und im metallverarbeitenden Gewerbe brachen bereits seit 2006 auf und wurden zum Motor einer sozialen Bewegung, die zum Ziel hatte, die verkrustete Organisation der offiziellen staatlichen Gewerkschaftsbewegung aufzubrechen und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung zu erstreiten und zu verteidigen. Es entstand die bekannteste Organisation vom 6. April 2006, die noch heute politisch und sozial aktiv ist. (Nämlich?)

Diese neuen Formationen sowohl in Algerien als auch in Ägypten wurden gefördert und ermöglicht durch das mit der ILO unterzeichnete Abkommen, das das Recht auf die Bildung von Gewerkschaften und die Organisation von Gewerkschaftsarbeit festschreibt.

Im Zuge des arabischen Frühlings kam es auch in Jordanien zu Neugründungen von unabhängigen Gewerkschaften, die sich trotz eines staatlichen Verbots in einem Gewerkschaftsbund zusammenschlossen. Obwohl diese Neugründungen nicht vom Staat anerkannt wurden, sind sie dennoch geduldet. In dieser Richtung bahnt sich auch im Libanon eine neue Entwicklung an durch den Austritt der früheren kommunistisch orientierten Gewerkschaft aus dem offiziellen, staatlich anerkannten Allgemeinen Libanesischen Arbeiterbund, und der Wiederannahme ihres alten Namens als Patriotische Union für die Gewerkschaften der Arbeiter und der im Dienstleistungssektor Beschäftigten. Die Wiedereignung des alten Namens ist Programm für sich. Sie ist die einzige Gewerkschaft, die die konfessionelle Spaltung der Bevölkerung überwinden will und die Verbindung des antiimperialistischen Kampfes mit einer antikapitalistischen Orientierung der libanesischen Ge-

sellschaft und Politik vollzieht. Damit unterscheidet sie sich von den konfessionell gelenkten anderen Gewerkschaften.

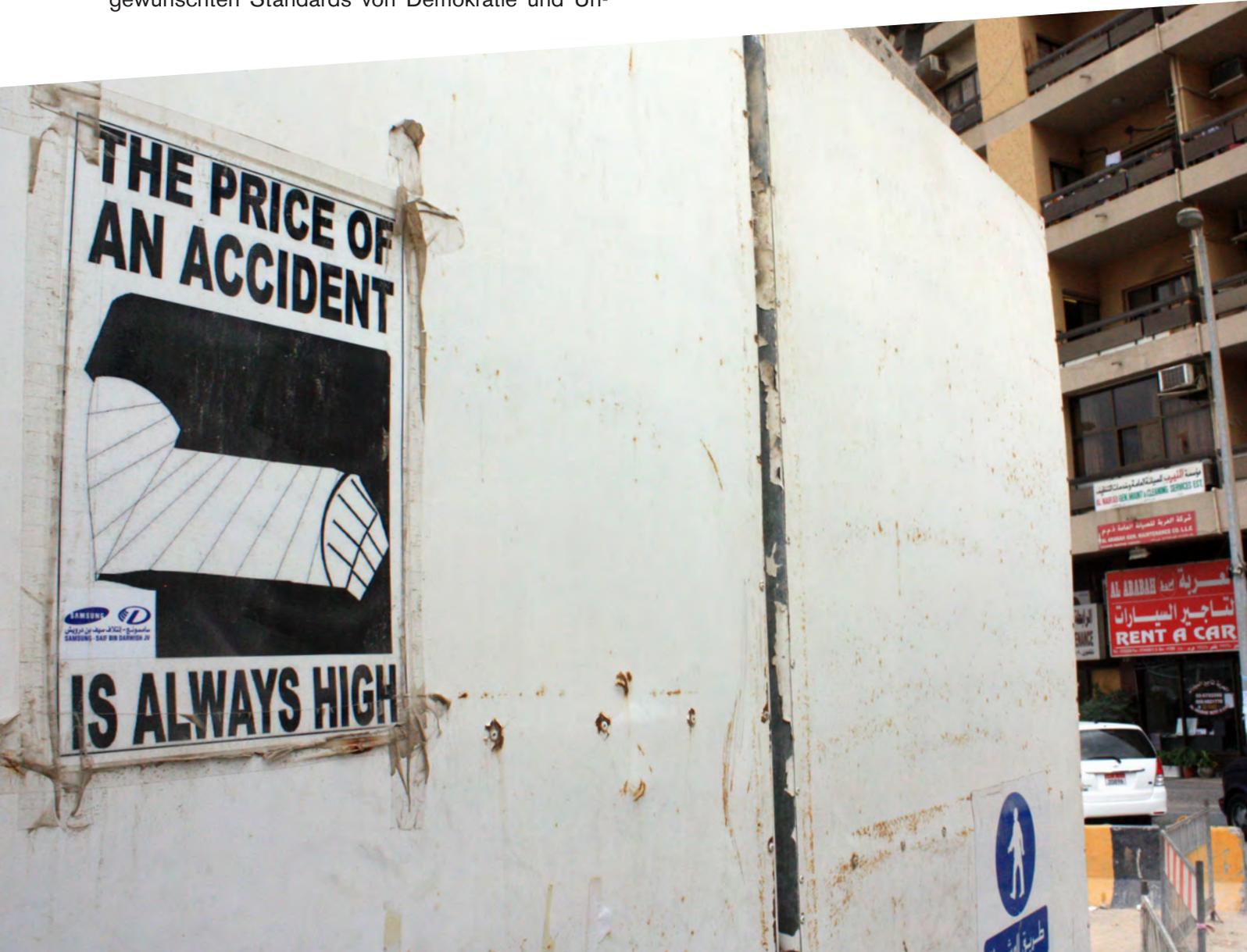
Hindernisse und Herausforderungen

Während auf palästinensischem Boden die Gewerkschaftsarbeit gegen eine gewisse multilaterale Einschränkung ihrer Arbeit seitens der Besatzer und der eigenen Autonomieregierung zu kämpfen hat, so ist in Syrien unter den Bedingungen des Bürgerkrieges jegliche Arbeit von Gewerkschaften unmöglich geworden. Gewerkschaftsarbeit braucht den Frieden. Lange genug galt unter den arabischen Kommunisten die Pluralität in der Gewerkschaftsbildung als Tabu und man hielt fest an der altbekannten Orientierung in der Gewerkschaftsarbeit: Reformierung und Revolutionierung der Gewerkschaftsarbeit innerhalb der staatlich zugelassenen Gewerkschaftsverbände. Heute stehen wir insbesondere dank der jüngsten Erhebungen im sogenannten arabischen Frühling vor neuen vielversprechenden Entwicklungen:

1. Der Diskurs über Unabhängigkeit und Demokratie in der Gewerkschaftsstruktur und -arbeit in der arabischen Welt ist kaum mehr zu unterbinden oder zu überhören.
2. Ein Bund von unabhängigen arabischen Gewerkschaften (auch wenn darunter manche nicht den gewünschten Standards von Demokratie und Un-

abhängigkeit entsprechen) ist inzwischen in den offiziellen Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) integriert und steht dem den herrschenden politischen Regimen untergebenen arabischen Gewerkschaftsbund „Internationaler Verbund der arabischen Arbeiter“ entgegen. Viele der international aktiven Arbeiterorganisationen und Arbeiteraktionen nehmen diese neue Entwicklung in der arabischen Welt zur Kenntnis und orientieren inzwischen ihre Aktivitäten entsprechend.

3. Diese neue internationale Aufmerksamkeit und die Neuorientierung der Bewegung sind sehr wichtig, damit die neue unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Fragen der Organisation der demokratischen Strukturen und der Kaderbildung sowie im Austausch der Kampferfahrungen Beistand erfährt. Denn sie wird weiter von den Machthabern unter Druck gesetzt: angefangen von der Nichtanerkennung bis zur Verhaftung von Aktivisten.
4. Die relative Mitgliederschwäche der neuen unabhängigen Organisationen sowie manche unnötige und kontraproduktive Zersplitterung (in manchen Werken gibt es mehrere unabhängige Gewerkschaften) schwächen die Kraft, die Wirkungsmöglichkeit und die Möglichkeiten der Einflussnahme bei der Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse (Arbeitszeit, Löhne).



5. Ein Großteil der Gewerkschaftsarbeit und Gewerkschaftsbildung findet im Bereich des öffentlichen staatlichen Sektors statt und wird in jenen Bereichen vermisst, wo Gewerkschaftsarbeit am meisten gebraucht wird: im privaten Sektor, wo die Mehrzahl der Lohnabhängigen beschäftigt ist und die miserabelsten Verhältnisse bestehen (z.B. ist in Ägypten die Arbeitszeit staatlich mit 52 Stunden festgelegt, im privaten Sektor sind aber 58 Stunden üblich).
6. Die Rolle der Frauen, die sich in den massiven Streiks der letzten Jahre besonders hervorgetan haben, wird durch diese Entwicklung in der Gewerkschaftsarbeit besonders gefördert.

Unabhängige Gewerkschaften wirken im Sinne des Fortschritts und des Friedens, denn ohne eine starke Zivilgesellschaft wird in der arabischen Welt der Kampf um die Trennung zwischen Staat und Religion nicht vorwärts kommen.

Große Schlachten und langanhaltende Kämpfe haben Hunderttausende bis Millionen von Arbeitern und Bediensteten in den letzten vier Jahren des „arabischen Frühlings“ geführt: um Lohn und Brot, um das Recht auf Arbeit und das Recht auf unabhängige Gewerkschaften. Aufrichtig für ihre eigenen Interessen und gegen politische Bevormundung und Lenkung durch Geheimdienstler verteidigen sie ihre Rechte immer noch unter Bedingungen brutaler körperlicher und mentaler Unterdrückung. Von uns allen haben sie dafür höchste Solidarität verdient. Sie wirken im Sinne des Fortschritts und des Friedens, denn ohne eine starke Zivilgesellschaft wird in der arabischen Welt der Kampf um die Trennung zwischen Staat und Religion nicht vorwärts kommen. Gewerkschaften werden auch künftig angesichts eines aggressiver wirkenden Imperialismus an vorderster Front zur Verteidigung der nationalen Würde und Unabhängigkeit kämpfen, ebenso wie sie für eine Zähmung und Überwindung des Kapitalismus streiten. Sie werden die Solidarität der Gewerkschaften aus dem industrialisierten Norden benötigen, auch im Kampf für die Unabhängigkeit ihrer Nationen gegen den Imperialismus und gegen die imperialistische Dominanz.

Koach La Ovdim, (Macht den Arbeitern) die Basis einer neuen Gewerkschaftsbewegung in Israel

So wie in der arabischen Welt bewegt sich auch in Israel einiges in Richtung unabhängiger Gewerkschaften. Bis in die 80er Jahre waren 80 Prozent der Lohnabhängigen in Israel Mitglied der Histadrut. Aber die Histadrut war nie eine Gewerkschaft im klassischen Sinne zur Entwicklung des Arbeiterbewusstseins und zur Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen. Rudimentär vertrat sie dies zwar, faktisch war die Histadrut aber vor allem Krankenkasse und ein Finanzimperium. Sie war tief eingebunden in das Projekt der Staatsgründung Israels, war Teil des zionistischen Projektes und setzte dieses in der Arbeitswelt durch. Sie schloss in der Zeit vor der Staatsgründung Israels arabische Arbeiter aus und kämpfte

dafür, dass jüdische Betriebe nur jüdische Arbeiter beschäftigten. Sie war Teil der Kampagne „Kauft nur jüdische Produkte aus jüdischen Unternehmen“. 2007 fiel der Organisationsgrad auf 25 Prozent zurück. Im Mai 2007 wurde eine Initiative gestartet, um eine Alternative zur Histadrut zu bilden. Ins Leben gerufen wurde Koach La Ovdim (Macht für die Arbeiter) – eine Organisation, die den Lohnabhängigen Israels eine demokratischere Alternative anbieten wollte. Koach La Ovdim orientierte sich an dem Modell der skandinavischen Gewerkschaftsbewegung. Ihre Gründungsmitglieder waren Aktivisten und Aktivistinnen aus Streikbewegungen. Sie hatten keinerlei finanzielle Unterstützung und keinerlei Unterstützung von politischen Parteien. 2012 zählte Koach La Ovdim etwa 8000 Mitglieder – eine bescheidene Anzahl im Vergleich zu den 500.000 Mitgliedern der Histadrut. Trotz ihrer schwachen Mitgliederbasis gelang es ihr aber, bedeutsame Präzedenzfälle zu schaffen. Insbesondere glückte es ihr, Betriebe gewerkschaftlich zu organisieren, die bisher noch nie eine Gewerkschaftsvertretung gehabt hatten. Und es gelang Koach La Ovdim, jüdische und palästinensische Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf um ihre Rechte zu vereinen. Heute ist Koach La Ovdim Teil des neuen linken Netzwerkes in Israel. Ein Höhepunkt wurde im Jahr 2011, während der großen sozialen Proteste in Israel, erreicht. Ausgangspunkt war der Arbeitskampf der Chemiearbeiter in Haifa, der mehrere Monate anhielt. Dort wurde die Idee umgesetzt, eine Zeltstadt der Protestierenden zu errichten. Eine Idee, die dann von den Massenprotesten im Juli 2011 übernommen wurde. Die interessanteste Frage wird sein, ob es Koach La Ovdim gelingen wird, eine neue Arbeiterbewegung zu errichten, die auf universellen Werten aufbaut und ein Klassenbewusstsein schafft, das sich von der bisher mehrheitlich von der Histadrut verkörperten nationalsozialen Arbeiterbewegung Israels unterscheidet. Eine solche neue, klassenbewusste Arbeiterbewegung wird die Aufgabe haben, eine Brücke zu den israelisch-palästinensischen Lohnabhängigen zu schlagen und somit eine Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln, die einen Beitrag zu einer friedlichen Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes leistet und für eine regional-internationalistische Perspektive eintritt.



Harri Grünberg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des MdB Wolfgang Gehrcke und Mitglied des BundessprecherInnenrates der Sozialistischen Linken. Issam Haddad



Issam Haddad, libanesisch-palästinensischer Kommunist, Mitgestalter des Forums der arabischen Linken, das sich regelmäßig in Beirut trifft.

Interview

TTIP, CETA, TISA...

Der schleichende Putsch der Konzerne

Die breite Bewegung gegen die Handelsabkommen ist ein wichtiger Kristallisationspunkt für eine kritische europäische Öffentlichkeit. Ein Gespräch mit **Annette Sawatzki**.

r+r: Der Widerstand gegen TTIP, CETA und TISA wird immer breiter. Dennoch hat man oft das Gefühl, dass die Kritik an den Abkommen relativ abstrakt bleibt. Viele Menschen sind auch verwirrt von so vielen Abkürzungen und fragen sich, was solche Abkommen mit ihrem Lebensalltag zu tun haben. Wie sind die Zusammenhänge?

Annette Sawatzki: Alle drei Abkommen sind wichtige Bausteine der Handels- und Investitionsstrategie der EU. Mit dem Lissabon-Vertrag hat die EU für diese Bereiche fast alle Kompetenzen bekommen. Insgesamt verhandelt die Kommission derzeit parallel über rund 30 Abkommen. Auch wenn diese sich im Detail unterscheiden, verfolgen sie alle dieselbe Agenda: Es geht darum, die Interessen von Großkonzernen und Finanzindustrie noch ungebremster durchzusetzen, profitbeschränkenden Umwelt- und Sozialklimbim abzubauen, die parlamentarische Demokratie weitgehend zu entmachten. Es handelt sich um einen schleichenden Putsch der Exekutive zugunsten von Kapitalinteressen.

Diese Abkommen haben verfassungsähnlichen Status. Durch sie wird Völkerrecht geschaffen mit sehr weitreichenden Festlegungen, wie auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene künftig noch Politik gemacht werden darf. Mit Handel hat das größtenteils überhaupt

nichts mehr zu tun. Es handelt sich um Deregulierungsabkommen, die praktisch alle Bereiche erfassen, die in irgendeiner Form mit wirtschaftlicher Tätigkeit zu tun haben. Markt statt Staat ist die Devise. Zwar wird in den Präambeln dieser Verträge standardmäßig beteuert, das staatliche „Recht auf Regulierung“ werde respektiert. Doch das ist Augenwischerei. Die Präambeln sind die einzigen Vertragsteile, die rechtlich unverbindlich sind. Sie enthalten beruhigende Rhetorik für die Tribüne – während der verbindliche Rest der umfangreichen Vertragswerke das exakte Gegenteil festschreibt.

TTIP stellt das weitestreichende, ehrgeizigste Projekt dar, mit dem EU und USA auch das geographisch umfangreichere, multilaterale Dienstleistungsabkommen TISA vorprägen wollen. Insofern ist es nachvollziehbar, dass sich die öffentliche Debatte immer noch fast ausschließlich um TTIP dreht. Jedoch wird CETA, das EU-Kanada-Abkommen, als erstes in die Ratifizierung gehen – voraussichtlich im September. Mit CETA würden die besonders umstrittenen Konzernklagerechte erstmals in einem EU-Abkommen verankert. 80 Prozent der 51.000 US-Unternehmen, die mit TTIP diese Klagerrechte gegen europäische Staaten bekämen, unterhalten Niederlassungen in Kanada und könnten deshalb schon auf der Basis von CETA klagen.

Welche konkreten Auswirkungen hat das?

Im Auftrag von Campact hat eine Detailstudie des Handelsexperten Thomas Fritz erstmals gezeigt, welche Auswirkungen diese Abkommen auf eine Stadt haben. Hamburg haben wir als Gegenstand gewählt, um der Debatte vor der Bürgerschaftswahl am 15.02.2015 eine möglichst faktenreiche Grundlage zu liefern. Unsere Leitfrage war: Welche Investoren sind da, mit welchen Interessen – und wie würden die Abkommen das Machtgefüge zwischen ihnen und der Stadt verändern? Welche Handhabe hat die Stadt dann noch, um gemeinwohlorientierte Politik zu machen? Die Ergebnisse lassen sich zwar nicht immer 1:1 auf andere Städte und

TTIP Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership), EU-USA

CETA Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement), EU-Kanada

TISA Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement), plurilateral, EU + 22 Staaten

Bundesländer übertragen, doch sie geben sehr konkrete Anhaltspunkte für das, was dort zu erwarten ist. Beispielsweise ist ExxonMobil interessiert, in Hamburg zu fracken, und hat eine erste Aufsuchungsgenehmigung für Schiefergasvorkommen bekommen. Zwar hat die Umweltbehörde erklärt, dass Exxon sich nur mal umsehen, aber keinesfalls fracken darf, weil dies Trinkwasserbrunnen und Naturschutzgebiete bedroht. Doch sobald CETA in Kraft tritt, kann das praktisch nicht mehr verhindert werden. Schon die Aufsuchungsgenehmigung begründet nach dem CETA-Investitionskapitel die „legitime Erwartung“ Exxons, irgendwann auch tatsächlich zu fracken, und die Enttäuschung solcher „legitimer Erwartungen“ wird mit CETA schadenersatzpflichtig. Exxon hat wie viele US-Multis eine Niederlassung in Kanada und könnte über diesen Umweg klagen, falls die Genehmigung zum Fracken verweigert wird – mit hervorragenden Erfolgsaussichten.

Investoren wird ein Rechtsanspruch auf ein stabiles Regulierungsumfeld gegeben – das heißt, weder auf gesetzlicher noch auf administrativer Ebene darf es irgendwelche Änderungen geben, die möglicherweise Profite beeinträchtigen.

Ähnliches ist z.B. im Mietrecht zu erwarten. An dem Wohnungskonzern Deutsche Annington, die kürzlich die Gagfah gekauft hat, ist kanadisches und US-Kapital beteiligt, darunter die weltgrößte Schattenbank Blackrock. Diese Investoren können z.B. die Umsetzung der Mietpreisbremse in einem Bundesland angreifen oder auch soziale Erhaltensverordnungen, Sanierungsaufgaben oder Vorschriften wie den sozialen Drittmix, mit dem z. B. Hamburg einen kleinen Teil des Sozialwohnungsbestands erhalten will. Stets kann geltend gemacht werden, dass durch solche „willkürlichen“ und „nicht notwendigen“ Maßnahmen die erwarteten Gewinne der Investoren beeinträchtigt würden.

So sind derzeit bei Neuvermietungen Renditesprünge von 60 Prozent realisierbar. Die GroKo-Mietpreisbremse sieht vor, dies im Regelfall auf 10 Prozent zu begrenzen. Für die Investoren geht es um sehr viel Geld: um die erwartete Rendite auf unbegrenzte Zeit, und zwar aus über 350.000 Wohnungen, die die Annington bundesweit vermietet. Schon die Klage gegen ein einzelnes Bundesland, das die Mietpreisbremse umsetzt, führt zum gewünschten „regulatory freeze“ – danach wird sich kein anderes Land mehr trauen. Die Mietpreisbremse besteht dann auf dem Papier, wird aber nicht angewandt, weil die enormen Schadenersatzforderungen für die Länder und Kommunen schlicht unbezahlbar wären.

Die Mietpreisbremse aber trifft doch deutsche und ausländische Immobilieninvestoren gleichermaßen. ISDS (Investor-Schiedsverfahren) sollen es doch speziell ausländischen Investoren ermöglichen, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen.

Auch nicht-diskriminierende Maßnahmen, die aus- und inländische Investoren gleichermaßen treffen, sind angreifbar. Das zeigt übrigens aktuell Vattenfall mit seiner Klage gegen den Atomausstieg, von dem RWE und

e.on ja ebenfalls betroffen sind. Mit CETA sind Klagen schon möglich, sobald die „legitimen Erwartungen“ des Investors enttäuscht wurden. „Legitim“ sind Erwartungen, sobald sich der Investor aufgrund irgendeiner Äußerung staatlicherseits dazu motiviert fühlte, zu investieren oder eine Investition nicht zu beenden.

Aber es betrifft grundsätzlich nur künftige Maßnahmen und nur den Privatsektor?

Nein, es geht darüber hinaus, beispielsweise bei der Verteilung öffentlicher Gelder. Subventionen und geldwerte Vorteile, die z.B. im Bildungs- und Kulturbereich an öffentliche oder gemeinnützige Träger vergeben werden, können auf Basis der Abkommen auch von profitorientierten Anbietern für sich reklamiert werden. Aus Sicht der Abkommen stellen diese Subventionen eine Wettbewerbsverzerrung dar, eine „indirekte Enteignung“, die vertragswidrig und damit entschädigungspflichtig ist. Das betrifft schon bei CETA beispielsweise die öffentlichen Theater, die Universitäten und Volkshochschulen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und höchstwahrscheinlich den gesamten Bereich der Sekundarschulen. In der Folge steht die öffentliche Hand vor der Alternative, entweder die Förderung öffentlicher und gemeinnütziger Anbieter ganz einzustellen oder Konzerne gleichermaßen am Subventionskuchen zu beteiligen. In Zeiten knapper Kassen wird es in jedem Fall auf einen Kahlschlag im Bildungs- und Kulturbereich hinauslaufen, dessen Ausmaß alles bisher Dagewesene weit übersteigt.

Seitens der politisch Verantwortlichen heißt es aber immer wieder, der Kultur- und Medienbereich sei geschützt, man habe ihn von den Verhandlungen ausgenommen.

Die EU hat bei CETA eine Ausnahme für den Bereich der audiovisuellen Medien formuliert und will dies bei TTIP ebenso halten. Diese Ausnahme erstreckt sich aber nicht auf die ISDS-Klagerechte, d.h. gegen „indirekte Enteignung“ beispielsweise durch die europäische Filmförderung oder durch die Rundfunkgebühren können Hollywood oder die amerikanischen Besitzer von ProSieben-SAT1 per ISDS vorgehen.

Der Printbereich – Stichwort Buchpreisbindung – ist überhaupt nicht geschützt. Wer in den CETA-Annexen nach dem offiziellen WTO-Item „printing and publishing services“ sucht, sucht vergebens. In den Vertragsanhängen jedoch müssen die Vertragsparteien alle Bereiche explizit auflisten, bei denen sie sich nicht oder noch nicht dem Deregulierungsregime unterwerfen wollen, das ansonsten zwangsläufig und umfassend greift. Dieser sogenannte Negativlisten-Ansatz steht im Gegensatz zu dem beim GATS und anderen WTO-Abkommen praktizierten Positivlisten-Ansatz. Bei letzterem wurden nur die Bereiche gelistet, die man öffnen und deregulieren wollte. Das Risiko, dass man unbeabsichtigt dereguliert, war dabei nicht ausgeschlossen, aber doch vergleichsweise gering. Beim „list it or lose it“-Ansatz jedoch ist das Risiko groß, Bereiche zu übersehen oder zu vergessen, die man eigentlich weiterhin schützen will. Und per definitionem ungeschützt bleiben Bereiche, die es noch gar nicht gibt, weil die technologische Entwicklung nicht so weit ist.

ILO Kernprinzipien	ILO Kernarbeitsnormen
Vereinigungsfreiheit	No.29 (1930) Zwangs- und Pflichtarbeit No.87 (1948) Vereinigungsfreiheit und Schutz der Vereinigungsrechte
Abschaffung der Zwangsarbeit	No.98 (1949) Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen No.100 (1951) Gleichheit des Entgelts
Beseitigung der Kinderarbeit	No.105 (1957) Abschaffung der Zwangsarbeit No.111 (1958) Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf
Gleichheit	No.138 (1973) Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung No.182 (1999) Schlimmste Formen der Kinderarbeit

Außer den Kernarbeitsnormen 105 und 182 haben die USA keine weiteren der Kernarbeitsnormen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der UN) ratifiziert.

Merkel hat das begrüßt?

Nicht in diesen Worten, sie rühmt einfach die „Chancen“, die die Abkommen für die Nanotechnologie und andere neue Bereiche bieten würden. Dass diese „Chancen“ in der Verpflichtung bestehen, die Nanoindustrie für alle Zeiten von jeglicher staatlichen Regulierung unbehelligt zu lassen, das sagt sie natürlich nicht. Da könnten die Leute ja Angst bekommen oder ihre Werte verletzt sehen, auch und gerade in ihrer Partei. Den katholischen Bischöfen ist es aufgefallen. Sie haben in ihrem sehr pointierten Positionspapier nicht nur ISDS eine klare Absage erteilt, sondern auch solche Punkte angeprangert, die der christlichen Bewahrung der Schöpfung zuwiderlaufen. Aber man muss nicht Christ sein, um ein Verbot der Regulierung von Technologien, deren Folgen komplett ungewiss sind, wahnsinnig zu finden.

Man muss nicht Christ sein, um ein Verbot der Regulierung von Technologien, deren Folgen komplett ungewiss sind, wahnsinnig zu finden.

Was ist mit Arbeitnehmerrechten – inwieweit sind diese angreifbar?

Das ist zum Beispiel bei öffentlichen Ausschreibungen der Fall, denn Tariftreue-Vorschriften in den Vergabegesetzen werden auf Basis der Abkommen angreifbar. Das ist in einzelnen Branchen der Fall wie bei Hafendiensten, wo z. B. Arbeitsschutzaufgaben beim Umgang mit Gefahrgütern weggefeht werden können. Aber es geschieht auch auf Weisen, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen, aber weitreichende soziale Verheerungen anrichten können. Zum Beispiel deregulieren CETA und TTIP den E-Commerce, also den grenzüberschreitenden Handel mit Gütern und Dienstleistungen auf elektronischer Basis. In diesen Bereich fallen auch Dienste wie zum Beispiel Uber, die Fahrdienstvermittlung via App, bei der man Fahrer ohne Tarifbindung, ohne Prüfung und ohne Versicherung zum Dumpingpreis buchen kann. Uber wurde in Hamburg und Berlin wegen unlauteren Wettbewerbs verboten und klagte

erfolglos dagegen. Karlsruhe ließ Übers Verfassungsbeschwerde nicht einmal zu. Doch mit TTIP und auch schon mit CETA wäre ein solches Verbot nicht mehr möglich.

Dabei ist Uber nur eine Leiharbeits-App. Über die Plattform TaskRabbit können Privatleute und Unternehmen in USA schon heute jegliche Art von Arbeitsleistung einkaufen. Arbeitskräfte, für die es weder Mindestlohn noch Sozialversicherungspflicht, weder Urlaub noch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt, die sich gegenseitig unterbieten und rund um die Uhr bereit halten müssen für immer neue Werkverträge. Eine moderne Sklaverei, gegen die es politisch keine Handhabe mehr geben wird, wenn CETA und TTIP in Kraft treten. Betroffen sind davon potenziell alle Branchen und Qualifikationsniveaus.

Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen gehen dagegen auf die Barrikaden. Haben die Proteste die Verhandler auf dem falschen Fuß erwischt?

Sicher hat man nach dem spektakulären Scheitern von ACTA (Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen) damit gerechnet, dass zumindest TTIP auf Kritik stößt und entsprechend strategisch geplant. Aber dass sich Millionen Menschen kritisch mit Handelspolitik auseinandersetzen, auf die Straße gehen und Unterschriften sammeln, das hat wohl niemand für möglich gehalten.

Studien zu den wirtschaftlichen Effekten...

Die Befürworter der Abkommen, allen voran die EU-Kommission, haben eine Reihe von Gutachten in Auftrag gegeben, die die positiven Auswirkungen herausstellen sollen. Die Ergebnisse sind überaus mau: 0,045 Prozent BIP-Wachstum pro Jahr – im „ehrgeizigsten“ Szenario, d. h. bei maximaler Deregulierung. Dabei ist klar, dass die winzigen Zugewinne in den Taschen weniger landen werden, denn die Logik der Abkommen begünstigt die größten Player auf den Märkten und dabei insbesondere deren Shareholder. Weniger konkurrenzfähige Betriebe werden eingehen. Selbst eine Studie

der EU-Kommission geht davon aus, das mindestens eine Million Menschen in Europa aufgrund von TTIP den Arbeitsplatz verlieren wird. Dabei arbeiten diese Befürworter-Studien meist mit methodisch fragwürdigen Grundannahmen aus der neoklassischen Schule, die negative Effekte von vornherein ausschließen. Eine negative Entwicklung der effektiven Nachfrage kommt in keiner der Jubel-Studien in Betracht.

Die erste Studie, die mit aus meiner Sicht plausiblen Grundannahmen arbeitet (von Jeronim Capaldo, Associate der Internationalen Arbeitsorganisation) kommt zu dem Schluss, dass dauerhaft 660.000 Jobs in Europa vernichtet werden, insbesondere in den bisher besonders exportstarken Regionen wie Deutschland. Für die arbeitende Bevölkerung in Deutschland prognostiziert Capaldo im Schnitt 3400 Euro Einkommensverlust pro Kopf und Jahr. Unstrittig ist, dass vor allem TTIP zu umfangreichen Umlenkungen von Handelsströmen führen wird. Der innereuropäische Handel wird zugunsten des transatlantischen zurückgehen, der Handel mit anderen wichtigen Partnern wie Asien wird schrumpfen und auch Entwicklungsländer werden massiv verlieren.

Man kann recht sicher davon ausgehen, dass die Folgen von TTIP noch gravierender sein werden als die der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, die jetzt 20 Jahre besteht. Vor der Unterzeichnung des NAFTA-Vertrags hörte man von den politisch Verantwortlichen ähnliche Töne wie jetzt – der damalige US-Präsident Clinton versprach „millions of new, good American jobs“. Im Ergebnis gingen jedoch allein in den USA rund eine Million Jobs verloren. Zwar wurde ein Teil davon ins Billiglohnland Mexiko verlagert, doch auch Mexiko zahlte drauf: Dort wurden Millionen Jobs in der Landwirtschaft vernichtet, weil der Markt von hochsubventionierten US-Agrarexporten überschwemmt wurde. Kleinbauern wurden massenhaft in die Pleite gedrängt, ihr Land von US-Multis aufgekauft. Sie löschten die Sortenvielfalt aus, die beim mexikanischen Mais weltweit einzigartig war, und bauen dort inzwischen flächendeckend genmanipuliertes Getreide an. Die mexikanische Hungerkrise von 2007 hätte es ohne NAFTA höchstwahrscheinlich nicht gegeben.

Dennoch sieht es so aus, als habe die EU-Kommission in manchen Punkten aus der Kritik gelernt und bewege sich zumindest etwas auf die Gegner der Abkommen zu, etwa was Transparenz oder auch die Konzernklage-Rechte betrifft.

Die Kritik an den Geheimverhandlungen wurde plötzlich mit einer vermeintlichen „Transparenz-Offensive“ gekontert, der Zorn der ausgeschlossenen Gewerkschaften und NGOs dadurch zu beschwichtigen versucht, dass man sie in allerlei Beiräte einband. Doch immer noch dürfen Parlamentarier nur ausgewählte Verhandlungsdokumente sehen, und dies nur in einem überwachten Lesesaal. Nachdem sich über 150.000 Bürger kritisch an dem öffentlichen Konsultationsverfahren zu den Konzernklagerechten beteiligten, wird so getan, als habe man dieses Klagesystem reformiert und damit einen Kompromiss mit den Kritikern gefunden. Bei anderen besonders umstrittenen Themen wie der Nahrungsmittelsicherheit – Stichwort Chlorhuhn – wird so getan, als seien sie aufgrund der Kritik vom Verhandlungstisch genommen. Tatsächlich werden diese Themen nur zeitlich

geschoben: Sie sollen nicht mehr direkt im TTIP-Vertrag geregelt werden, sondern von dem neu von TTIP einzurichtenden Regulationsforum. Dieses soll den Vertrag künftig eigenmächtig erweitern und interpretieren, ohne dabei noch demokratischer Kontrolle unterworfen zu sein.

Würde Gabriel ein Umdenken anstoßen wollen, müsste er bereit sein, CETA, TTIP und auch TISA scheitern zu lassen. Das ist jedoch nicht der Fall.

Sigmar Gabriel hat jetzt die Idee eines Investitionsgerichtshof ins Spiel gebracht. Würde dies das Problem der ISDS-Klagerechte lösen?

Grundsätzlich könnte ein öffentlicher, internationaler Wirtschaftsgerichtshof eine Lösung sein, wobei dann jedoch, anders als in Gabriels Vorschlag, auch Staaten oder zivilgesellschaftliche Organisationen Klagerechte gegen Investoren haben müssten. Es wäre wichtig und sinnvoll, Menschenrechtsverletzungen und Umweltverheerungen durch Konzerne auch auf internationaler Ebene ahnden zu können. Politisch durchsetzbar ist das jedoch derzeit kaum – gerade die USA, die nicht mal das Statut des Internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung von Kriegsverbrechen ratifiziert haben, werden einem solchen Gerichtshof kaum zustimmen. Würde Gabriel ein Umdenken anstoßen wollen, müsste er bereit sein, CETA, TTIP und auch TISA scheitern zu lassen. Das ist jedoch nicht der Fall, sein Vorschlag ist nur eine Nebelkerze. Seit Monaten bearbeitet die SPD-Führung ihre Basis, damit diese ihren Widerstand gegen ISDS aufgibt. Der Parteikonvent hat im Herbst 2014 ein Nein zu ISDS beschlossen, also verdonnert Gabriel die Partei dazu, neu abzustimmen – so lange, bis es ihm passt.

Noch im Herbst hat Gabriel sich gegen ISDS stark gemacht...

Aus heutiger Sicht war das wohl lediglich ein Schachzug, um sich das Vertrauen seiner Basis zu sichern – „seht her, ich sehe dieses System genauso kritisch wie ihr“. Dann hat er sich plötzlich um 180 Grad gedreht und fährt seither eine Idiotisierungsstrategie. So durfte das von ihm beauftragte verfassungsrechtliche CETA-Gutachten nur Auswirkungen von ISDS auf die Gesetzgebung untersuchen – obwohl man weiß, dass rund 80 Prozent der ISDS-Klagen nicht Gesetze, sondern Exekutiventscheidungen und Urteile ordentlicher Gerichte zum Gegenstand haben. Und dann erklärt er, aus CETA sei ISDS sowieso nicht mehr rauszubekommen, weil die deutschen Kritiker europaweit allein stünden – obwohl zu dem Zeitpunkt schon die Parlamente in Frankreich, Österreich und den Niederlanden beschlossen hatten, CETA mit ISDS abzulehnen.

Gabriel sagt, ohne TTIP gehe Europa unter – auch im Hinblick auf das wachsende wirtschaftliche und politische Gewicht Asiens.

TTIP und die anderen Abkommen schwächen Europa. Zum einen wird die stärkere ökonomische Abhängigkeit von den USA die machtpolitische Asymmetrie weiter verfestigen. Zweitens werden die Verträge die europäische Integration an zahllosen Punkten ins Schleudern bringen. Unter ihrem Regime wird es keine Rolle mehr

spielen dürfen, welche Regeln für Europa am besten wären und was Europas Bürger und Bürgerinnen wollen; man wird nur noch das tun dürfen, was die Abkommen erlauben bzw. vorschreiben. Das wird nicht nur im Hinblick auf die Sonderrechte für Investoren zu enormen Verwerfungen führen. In diesem Bereich gibt es schon jetzt haarsträubende Fälle: So stellte Rumänien aufgrund von EU-Vorgaben bestimmte Subventionszahlungen ein und wurde daraufhin per ISDS-Klage verdonnert, 200 Millionen Euro Schadenersatz an Investoren zu zahlen. Doch wenn es diesen Schadenersatz zahlt, verstößt es gegen EU-Recht und muss zusätzlich Vertragsstrafe an die EU zahlen. Deutschland wird das wahrscheinlich auch tun müssen, weil es sich im ersten ISDS-Verfahren mit Vattenfall auf einen Vergleich einließ, Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg absenkte und damit EU-Recht brach. Solche kafkaesken Prozesse lassen nicht nur die demokratische Akzeptanz des europäischen Projekts weiter erodieren, sondern stellen selbst sein bloßes administratives Funktionieren in Frage.

Völlig absurd ist Gabriels Suggestion, mit solchen Abkommen würden europäische Werte, Menschenrechte und Schutzstandards gegen „die Asiaten“ verteidigt. Sie dient einzig dazu, Panik und rassistische Ressentiments zu mobilisieren. In der Schublade der EU-Handelskommissarin liegt das fertig verhandelte Handels- und Investitionsabkommen mit Singapur, der autoritär regierten Steueroase. Dieses Abkommen segnet Bürgerrechtsverletzungen, Zwangsarbeit und andere Scheußlichkeiten offiziell ab und gibt zugleich der in Singapur konzentrierten globalen Finanzindustrie besonders weitgehende Klagerechte gegen Demokratien. Auch mit China will die EU ein Investitionsabkommen abschließen. Während die Chinesen beim Thema ISDS bisher eher zurückhaltend sind, drängt die EU-Kommission darauf, dieses anti-rechtsstaatliche Instrument aufzunehmen.

Welche Aktionsmöglichkeiten gibt es?

Die Vorbereitungen für den nächsten internationalen Aktionstag gegen TTIP, CETA, TiSA und die „Freihandelsagenda“ am 18. April laufen auf Hochtouren. Dabei wird es in verschiedenen Städten Demos, Markierung von „TTIP-freien Zonen“, Sammeln von Unterschriften für die EBI (Europäische Bürgerinitiative) geben. Derzeit wird eine zentrale Aktions-Webseite eingerichtet. Auch im Rahmen der Proteste gegen den G7-Gipfel werden die Handelsabkommen eine Rolle spielen. Zudem gibt es erste Planungen für eine zentrale Großdemonstration wahrscheinlich am 10. Oktober 2015 in Berlin.

Ob bei Aktionstagen, am 1. Mai oder im Alltag - es ist wichtig, weiterhin Unterschriften für die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative zu sammeln. Die EBI hat in Rekordzeit schon über 1,5 Millionen Unterschriften zusammen bekommen und mittlerweile in über einem Dutzend EU-Staaten die offiziellen Mindestquoten geknackt. Nächstes Etappenziel ist es, größte EBI aller Zeiten zu werden. Das ganz unabhängig vom Ausgang der Klage, die das EBI-Bündnis beim Europäischen Gerichtshof gegen die skandalöse Ablehnung der Initiative durch die EU-Kommission eingereicht hat. Es geht darum zu zeigen, dass die Beschwichtigungsversuche nicht fruchten, weil die Bürger und Bürgerinnen das fal-

sche Spiel der Kommission durchschauen. Dabei wird diese von über 350 Organisationen getragene Bewegung gegen die Handelsabkommen zu einem wichtigen Kristallisationspunkt für eine kritische europäische Öffentlichkeit, für eine gemeinsame zivilgesellschaftliche Bewegung über die Staatsgrenzen hinweg. Beim Widerstand gegen die Austeritätspolitik ist das bisher noch nicht gelungen, doch Anknüpfungspunkte zwischen den Themenfeldern gibt es nicht zu knapp.

Die von über 350 Organisationen getragene Bewegung gegen die Handelsabkommen wird zu einem wichtigen Kristallisationspunkt für eine kritische europäische Öffentlichkeit, für eine gemeinsame zivilgesellschaftliche Bewegung über die Staatsgrenzen hinweg.

Nach wie vor wichtig ist es auch, mit Abgeordneten, Kommunal- und Landespolitikern ins Gespräch zu kommen. Nicht nur durch die SPD geht ein tiefer Riss zwischen Führung und Basis. Auch konservatives und liberales „Fußvolk“ ist oft schlichtweg geschockt, wenn es mit den konkreten Folgen der Verträge konfrontiert wird. Die Parteispitzen versuchen, das immer wieder einzufangen, deshalb muss die Debatte vor allem in den Kommunen geführt werden. Immer mehr davon erklären sich in kommunalen Resolutionen zu „TTIP-freien Zonen“ - dazu bietet vor allem Attac hilfreiches Material an. In Frankreich haben sich inzwischen über 50 Prozent des Staatsgebiets zu einer solchen „zone hors TAFTA“ (TTIP-freie Zonen) erklärt. Dort ist die Bewegung inzwischen auch im nationalen Parlament angekommen, wo sich beide Kammern, über Parteigrenzen hinweg, klar gegen die Konzernklagerechte positioniert haben. Um die Mythen und Falschinformationen zu kontern, mit denen EU-Kommission und Lobbyisten die Öffentlichkeit zu beeinflussen suchen, sind z. B. auch Leserbriefe ein probates Mittel. Auf Twitter wird inzwischen der internationale #TTIPTuesday zu einem festen Datum - jeden Dienstag twittern Aktivistinnen und Aktivistinnen massenhaft zu den Abkommen und setzen Entscheider mit kritischen Fragen und Hinweisen unter Druck. Notwendig wird es sein, die Debatte jetzt stärker auf CETA, auf den konkret vorliegenden Vertragstext und den schon bald bevorstehenden Schwur zu fokussieren. In Deutschland wird der SPD-Parteikonvent im Juni ein wichtiges Datum dafür sein.



Annette Sawatzki hat für Campact in der Kampagne gegen die geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen gearbeitet.

Linke Positionen zu Deutschlands Rolle in der Welt

Die anstehenden Schritte für eine linke Außenpolitik formuliert **Wolfgang Gehrcke**.

Die Welt ist aus den Fugen geraten

Das Überleben der Menschheit, der Erhalt des Planeten Erde ist in Gefahr. Globale Katastrophen wie Kriege, Ausplünderung von Naturressourcen, Hunger und Flucht in weiten Teilen der Welt sind Folgen des ungebremsten Kapitalismus. Von 1989 bis heute haben ca. 350.000 Menschen ihr Leben durch Kriege verloren. Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Georgien, Libyen, Syrien und jetzt die Ukraine – überall ist die Spur der Zerstörung wahrzunehmen. Viele Menschen sprechen heute bereits nicht nur vom Terror der Ökonomie, sondern vom Krieg der Ökonomie. Auf der Erde verhungern täglich 57.000 Menschen; durch schlechte Wasserversorgung sterben jährlich weltweit 100.000 Menschen an Cholera, 4,2 Millionen Menschen an vermeidbaren Durchfallerkrankungen. Hunger und Wassermangel, das ist auch der Krieg der Reichen gegen die Armen dieser Welt. Weltweit sind Millionen von Menschen in Folge von Kriegen, Gewalt, Mangel an Demokratie, aufgrund von Verfolgungen wegen ihrer Weltanschauungen, ihrer politischen Überzeugungen, ihrer sexuellen Orientierung auf der Flucht. Unter den Flüchtlingen befinden sich besonders viele Frauen, deren Unterdrückung weltweit gravierend zugenommen hat, und Kinder. Der Mangel an Lebensmitteln und die Folgen von Klimaveränderungen lässt die Anzahl der Binnenflüchtlinge in ihren Heimatländern und der Flüchtlinge über Ländergrenzen und Kontinente hinaus ansteigen. Die Aufnahmebereitschaft in den meisten entwickelten Ländern liegt weit unter jeglichem humanitären Anspruch. Allein im Jahr 2014 sind 3.500 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken. Das Überleben der Gattung Mensch ist möglich, die Welt ist reich genug, damit es sicher gestellt werden kann, wenn in einer anderen Art produziert, konsumiert und verteilt wird. Die internationale Politik der LINKEN muss und wird zu diesen Veränderungen beitragen und damit Antworten auf die tatsächlichen Menschheitsprobleme in die Gegenwarts- und Zukunftsdebatte einbringen.

Eine andere Welt ist möglich

Papst Franziskus sprach auf der Weltversammlung der sozialen Bewegungen mit Blick auf die geschilderten Zustände davon, „wir stecken mitten im dritten Weltkrieg, allerdings in einem Krieg in Raten“. Seine Schlussfolgerung: „Dieses System ist nicht mehr zu ertragen. Wir

müssen es ändern. Wir müssen die Würde des Menschen wieder ins Zentrum rücken und dann auf diesem Grund alternative gesellschaftliche Strukturen errichten, die wir brauchen.“ Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow bekannte: „Es fällt schwer, nicht schwarz zu sehen. Die Welt scheint sich an der Schwelle eines neuen Kalten Krieges zu befinden. Manche behaupten sogar, er habe bereits begonnen.“ Er warnt selbst vor der Möglichkeit eines Atomkrieges, wenn angesichts der angeheizten Stimmung, einer die Nerven verliert. Auf besondere Kritik stößt bei Michail Gorbatschow die deutsche Ukraine-Politik. „Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen.“ Gorbatschow weiter: „Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?“ Man muss sich diese Einschätzung von Gorbatschow nicht zu eigen machen, aber 60 deutsche ehemalige Politikerinnen und Politiker – Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Minister -, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Künstlerinnen und Künstler warnten in einer Erklärung „Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohungen und Gegendrohungen nicht endlich Einhalt gebieten.“

Die zentrale Botschaft der LINKEN lautet: Die LINKE will, dass Deutschland zu dem Grundsatz „Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen“ zurückkehrt. Drei Linien der internationalen Politik sind für die LINKE von höchster Bedeutung: Keine Entsendung der Bundeswehr in Auslandseinsätze, Abrüstung und Rückkehr zum Völkerrecht und der Kampf um globale soziale Gerechtigkeit.

Deutschlands Rolle in der Welt

Deutschland ist keine Großmacht, sondern eine „Mittelmacht im Werden“, die als globaler Player mehr Einfluss auf die Weltpolitik nehmen will. Das ist die zentrale Botschaft von Bundespräsident Gauck, der Bundeskanzlerin Angela Merkel, des Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier und der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Deutschland will dies über Allianzen mit der Großmacht USA und in der Europäischen Union sowie mit großem Einfluss in internationalen Organisationen und Bündnissen wie den Vereinten Nationen, dem

Internationalen Währungsfonds und der Weltbank und der NATO erreichen. Aus diesem „kooperativen Imperialismus“ resultieren Spannungen, die sich zu politischen Krisen ausweiten können. Der „Feuerschein“ der Krise in der Ukraine ist das höchst gefährliche Beispiel dafür. Die Botschaft der LINKEN lautet: Statt Ausweitung und Modernisierung der NATO, statt eines Raketenabwehrschildes in Europa treten wir für eine neue europäische Entspannungspolitik ein. Sicherheit in Europa ist für uns Sicherheit mit Russland und nicht gegen Russland. Da die Folgen einer weiteren Isolierung Russlands für die Deutschland und die gesamte Europäische Union auch wirtschaftlich unkalkulierbar sind, muss Schluss gemacht werden mit dieser Politik. Für die LINKE ist das Sicherheitsbedürfnis Russlands ebenso legitim wie das Sicherheitsbedürfnis Deutschlands, Polens und jedes anderen Staates. Die LINKE will die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einbeziehung Russlands. Statt der weiteren NATO-Ausdehnung gen Osten schlägt die LINKE vor, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu vitalisieren und auszubauen. 40 Jahre nach Helsinki ist eine Stärkung und Erneuerung des Völkerrechtes unverzichtbar. Die LINKE schlägt vor, aus den militärischen Strukturen der NATO auszutreten und statt militärischer Interventionen weltweit humanitäre Hilfe zu leisten. Diesem Zweck soll die Einrichtung eines zivilen Willy-Brandt-Korps dienen. Der Parlamentsvorbehalt für Einsätze der Bundeswehr soll nicht nur gesichert, sondern ausgebaut werden. Die LINKE ist die Partei der radikalen Abrüstung, auch mit einseitigen Schritten im eigenen Land einschließlich des Verbotes von Rüstungsexporten. Wir wollen keine „Armee im Einsatz“ und setzen bei der Neuformulierung der Verteidigungspolitik (Weißbuch) auf die Schaffung struktureller Nichtangriffsfähigkeit und auf eine radikale Reduzierung der Bundeswehr. Für die LINKE ist das Ziel einer atomwaffenfreien Welt unverändert eine anzustrebende Vision. Die LINKE will, dass die in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen nicht modernisiert, sondern abgezogen werden. Atomwaffenfreie Zonen in Europa und im Nahen Osten sind Ziele der LINKEN. Lateinamerika ist dafür ein überzeugendes Beispiel.

Die europäische Union umgestalten

Verändern muss sich auch die deutsche Politik im Verhältnis zur Europäischen Union. Die LINKE tritt ein für eine soziale EU, die die weitere Verarmung durch die Einführung hoher Arbeits- und Sozialstandards entschieden bekämpft. Der Banken- und Finanzsektor ist strikt zu regulieren, in öffentliche Hand zu überführen und über Bankenabgaben an der Finanzierung der Krise zu beteiligen. Die LINKE arbeitet mit PARTNERN in vielen europäischen Ländern zusammen für eine zivile und friedliche Europäische Union, die nicht weiter auf Militarisierung, sondern auf zivile Kooperation setzt. Für die LINKE ist eine europäische Armee keine anzustrebende Zukunftsvision. Sie trägt nicht zur europäischen Sicherheit bei, sondern mit einer europäischen Armee, wie sie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vorgesehen ist, würde ein starker Partner der NATO im weltweiten Kampf um den Zugriff auf Naturressourcen und Herrschaftsansprüche entstehen. Deshalb will die LINKE die Europäischen Verträge wie den Lissabon-

Vertrag neu verhandeln und eine EU-weite „Schuldenbremse“, „Troika“ und Austeritätspolitik bekämpfen. Für die LINKE ist es selbstverständlich, dass Griechenland das Recht auf einen eigenen Weg in der EU, in der Eurozone und damit in Europa hat.

Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung Ungleichheiten in und zwischen den Gesellschaften überwinden Krieg, Terror und Flucht entstehen im Umfeld von schreiender Ungerechtigkeit und struktureller Gewalt, das gilt auch für Terroranschläge vielfältiger Art. Die LINKE nimmt die deutsche G7-Präsidentschaft und den Gipfel auf Schloß Elmau zum Anlass, diese Zusammenhänge zu thematisieren und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einzufordern. Laut Umfragen sprechen sich zwei Drittel der Europäer für mehr Entwicklungshilfe aus. Die Bundesregierung ist bislang nicht bereit, sich in diese Richtung stärker zu engagieren. Die LINKE fordert: Armut und Perspektivlosigkeit bekämpfen – und dadurch Fluchtursachen bekämpfen! Soziale Ungleichheit beenden – im Weltmaßstab und zuhause in Deutschland! Wir wollen Gewalt nicht mit Gewalt beantworten – sondern Instrumente der zivilen Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung stärken und weiterentwickeln.

- Wir sprechen uns gegen Freihandelsabkommen der EU aus und verweigern die Ratifizierung.
- Wir unterstützen den Protest gegen den G7-Gipfel mit Veranstaltungen und parlamentarischen Initiativen.
- Wir entwickeln realpolitische Konzepte zur friedlichen Konfliktlösung.
- Wie entwickeln Vorschläge zur Stärkung und Reformierung der Vereinten Nationen.

Die Botschaft der LINKEN lautet: Eine dauerhafte weltweite Friedensordnung muss auf der Stärke des Rechts, des Völkerrechts, auf Abrüstung und Gewaltverzicht, auf globaler sozialer Gerechtigkeit beruhen. Die Verhandlungen über CETA und TTIP zementieren weltweite Ungleichheit, weltweiten Verzicht auf Souveränitäts- und Selbstbestimmungsrechte, auf Demokratie und auf die Möglichkeiten sozial-ökologischer Veränderungen. Statt CETA und TTIP strebt die LINKE Vereinbarungen über einen gleichberechtigten, fairen weltweiten Handel an. Das Dach und der Rahmen für diese Verhandlungen sind die Vereinten Nationen mit dem Friedensgebot in ihrer Charta, gleicher Sicherheit, dem gleichen Recht auf Entwicklung und dem Recht aller Menschen, Staaten und Völker auf ein Leben in Frieden und Wohlergehen.



Wolfgang Gehrcke ist Mitglied des deutschen Bundestags, außerpolitischer Sprecher der Linksfraction im Deutschen Bundestag, Obmann im Auswärtigen Ausschuss und Leiter des Arbeitskreis VII für Internationale Politik.

Imperialismus und kapitalistische Globalisierung

Über den neuen Imperialismus und die Auswirkungen auf die Bedingungen der arbeitenden Klassen schreibt **Ralf Krämer**

Imperialismus heute

Die Entwicklung des Weltmarkts und die Internationalisierung der Ökonomie sind von vornherein in der kapitalistischen Produktionsweise angelegt. Der Übergang zum Monopolkapitalismus war auch verbunden mit weltweitem Expansionsdrang der Großunternehmen und der aufstrebenden kapitalistischen Nationalstaaten, also mit der Herausbildung des modernen Imperialismus. Das bestimmt das Handeln und die Konflikte der großen kapitalistischen Staaten untereinander und gegenüber anderen Ländern seit dem 19. Jahrhundert bis heute, hat aber seine Formen stark gewandelt.

Kern des modernen Imperialismus ist der internationale Expansionsdrang des großen Kapitals und die Durchsetzung dieser Interessen mittels staatlicher Macht und gegebenenfalls Gewalt.

Heute sind die transnationalen Konzerne die ökonomischen Hauptakteure auf dem Weltmarkt und bei der Beherrschung der Ökonomie der weniger entwickelten Länder der Erde. Die transnationalen Konzerne bestimmen auf dem Weltmarkt die Preise, was angebaut und gefördert wird, dominieren die Handelsketten und Zulieferer. Die Ressourcen der weniger entwickelten Länder werden fortschreitend in Waren verwandelt und für die kapitalistische Weltmarktproduktion eingesetzt. Die ursprünglichen Besitzer werden faktisch enteignet, etwa durch Vertreibung von ihrem Land oder durch den Zwang, Saatgut mit patentierten Genen zu kaufen.

Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür oder sind bestrebt, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff auf alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Der moderne Imperialismus ist längst nicht mehr auf klassischen Kolonialismus angewiesen, sondern stützt sich auf die Zusammenarbeit inländischer Eliten und der Staaten in den meisten Ländern der Welt, deren Interessen mit denen des internationalen Kapitals verflochten sind. Oft ist das verbunden mit extremer Ausbeutung der Arbeitskräfte, Ausplünderung der Naturreichtümer, Landraub und Korruption,

wodurch eine Entwicklung dieser Länder massiv behindert wird. Der Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung und eine beherrschende Rolle in den internationalen Handels- und Finanzinstitutionen WTO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds usw.

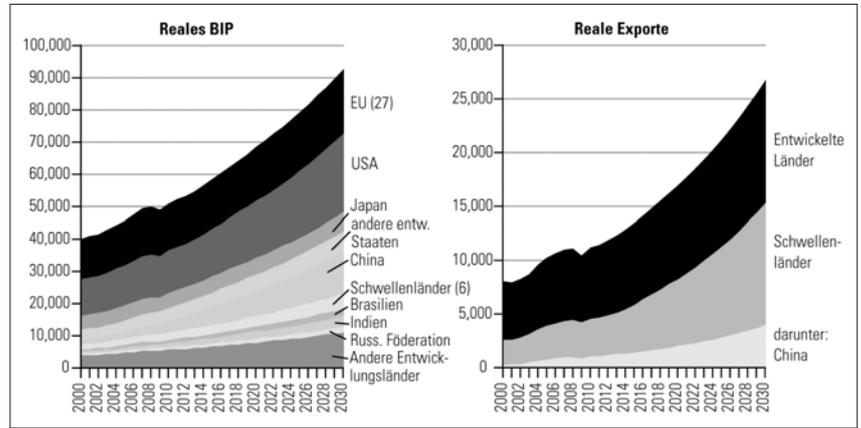
Allerdings ist auch der Einsatz von Sanktionen und Gewalt – von Blockaden über Subversion und „low-intensity-warfare“ bis zum offenen Krieg – weiterhin ein gebräuchliches Mittel, um kapitalistische Interessen durchzusetzen. Oft geschieht dies unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terrorismus“ oder gegen „Schurkenstaaten“. Tatsächlich geht es dabei hauptsächlich weder um Menschenrechte noch um „freedom and democracy“. Wenn sie den imperialistischen Interessen nützlich sind, wurden und werden sogar extrem repressive Systeme gestützt, wie etwa auf der arabischen Halbinsel oder im 20. Jahrhundert diverse lateinamerikanische Diktaturen.

Staaten, die sich der Ein- und Unterordnung unter die von den USA und den ihnen verbundenen imperialistischen Mächten der EU und Japan dominierte kapitalistische Weltwirtschaft widersetzen, werden als „Störenfriede“ betrachtet und mit allen Mitteln gefügig zu machen versucht. Auf der Liste der „Störenfriede“ stehen links regierte Staaten Lateinamerikas, der Iran und weitere kleinere Staaten, zunehmend aber auch Russland und China. Vielfach werden Maßnahmen ergriffen, um einen „Regime Change“ durchzusetzen. Insbesondere die USA sind hierbei als bei weitem stärkste und aggressivste imperialistische Macht mit ihren weltweiten militärischen Stützpunkten und Einsatzmöglichkeiten sowie ihren Überwachungstechniken und geheimdienstlichen Operationen aktiv. Dazu werden Oppositionskräfte finanziell und propagandistisch unterstützt, nötigenfalls auch Aufstände und Bürgerkriege vorangetrieben oder Militärinterventionen durchgeführt. Diese sind zwar oft in der Lage, bisherige Herrschaftssysteme zu zerstören, nicht aber, stabile Gesellschaften und Staaten aufzubauen.

Vor diesem Hintergrund entwickeln sich auf sozialen Problemen und kulturellen Modernisierungskonflikten aufbauende religiös-fundamentalistische sowie terro-

Extrapolation der weltweiten preisbereinigten Wirtschaftsleistung und Exporte 2000-2030 (in Milliarden US-Dollar zu Preisen von 2005). Nach Schätzungen der WTO wird sich das weltweite reale Bruttoinlandsprodukt in den nächsten 15 Jahren um fast drei Viertel erhöhen, der reale Export mehr als verdoppeln. Dabei sinkt der Anteil der entwickelten Länder erheblich. Das deutsche BIP betrug 2013 also knapp 5% des weltweiten, der deutsche Export knapp 8%. Davon geht etwa die Hälfte in andere EU-Staaten.

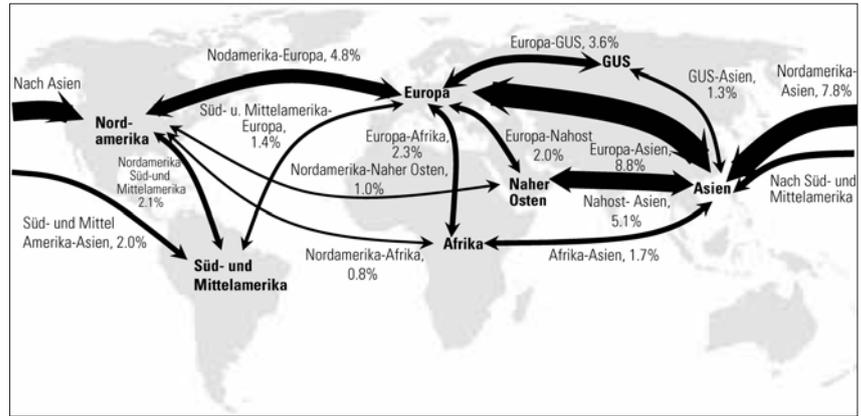
Quelle: WTO World Trade Report 2013



Trends in unterzeichneten IIA = Internationale Investitions-Abkommen. Beteiligung an zentralen großregionalen Abkommen und OECD Mitgliedschaft

Die Zentren des Welthandels sind Ostasien, die Europäische Union und Nordamerika, wobei Ostasien mit China an Gewicht zunimmt.

Quelle: WTO World Trade Report 2013.



ristische Bewegungen und Strukturen zu regionalen Machtfaktoren. Nicht selten werden sie vom Westen oder mit ihm verbündeten Staaten und ihren Eliten im Kampf gegen geopolitische Rivalen unterstützt und zu instrumentalisieren versucht.

Kapitalistische Globalisierung

Die ökonomischen Abhängigkeiten und Verflechtungen der nationalen Ökonomien im Weltmarkt haben sich in den letzten Jahrzehnten massiv erhöht. Sie erstrecken sich seit dem Zusammenbruch des sowjetisch dominierten Staatssozialismus und der Öffnungs- und Modernisierungspolitik Chinas sich fast über den gesamten Erdball. Großunternehmen bauen als transnationale Konzerne verzweigte internationale Wertschöpfungsketten und Vertriebssysteme auf, um möglichst kostengünstig produzieren und weltweit ihre Waren anbieten zu können. Dabei werden standardisierte Produktionslinien mit Niedriglöhnen und fehlenden oder niedrigen Sozial- und Umweltstandards in zumeist küstennahe Städte der ärmeren Länder vor allem Asiens verlagert oder für die EU nach Ost-Mitteuropa und für die USA nach Mexiko (Offshoring).

Der internationale Warenaustausch und auch die Direktinvestitionen sind seit den 1980er Jahren noch mal verstärkt angewachsen. Beim Abbau von Zoll- und nichttarifären Handelsschranken in immer weiteren Bereichen ist die auf Basis des schon 1948 in Kraft getretenen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1995 gegründete Welthandelsorganisation WTO führend. Eine wichtige Rolle spielen auch regionale Wirtschaftsgemeinschaften wie insbesondere die EU. Die Krise 2008/2009 brachte einen merklichen Rückschlag, änderte aber nicht den grundlegenden Trend, dass der Welthandel stärker wächst als die Wirtschaftsleistung.

Den weit überwiegenden Teil des Welthandels machen weiterhin Güter aus, doch der Anteil der Dienstleistungen wächst. Es handelt sich zum großen Teil um intra-industriellen Handel und um die Lieferung von Vorleistungen für Weltmarktproduktionen, die zum überwiegenden Teil durch transnationale Konzerne abgewickelt werden. Ein großer Teil des Welthandels findet zwischen Tochtergesellschaften derselben Konzerne statt. Oder in Netzwerken bzw. Gruppen von Unternehmen in verschiedenen Ländern, mit denen die einzelnen transnationalen Konzerne ihre globalen Wertschöpfungsketten organisieren.¹

Die internationalen Austauschbeziehungen sind von großen Ungleichgewichten gekennzeichnet. Während Deutschland und China in den letzten Jahren jährliche Überschüsse in der Handelsbilanz von jeweils mehr als 200 Mrd. US-Dollar aufweisen, die Öl- und Gasexporteure Russland und Saudi-Arabien Überschüsse in der Größenordnung von je 150 bis 200 Mrd. US-Dollar erzielen, verzeichnen die USA ein Defizit von über 500 Mrd. US-Dollar. Auch Indien und neuerdings Japan haben ein Defizit von über 100 Mrd. US-Dollar. Bei den USA stehen dem per Saldo Kapitaleinkommen aus dem Ausland von über 200 Mrd. US-Dollar gegenüber, bei Japan wird der Importüberschuss dadurch sogar überkompensiert. Auch Deutschland erzielt mittlerweile Kapitaleinkommen aus dem Ausland in Höhe von knapp 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Diese Kapitaleinkommen sind Resultat der in den vergangenen Jahrzehnten getätigten Kapitalexporte und insbesondere der Direktinvestitionen in Unternehmen im Ausland. Hier weisen die

¹ Vgl. Michael Krätke: Globale Wertschöpfungsketten in und nach der Großen Krise, in spw 4/2013. http://www.spw.de/data/spw_197_kraetke.pdf.

USA weiterhin den größten Nettoüberschuss auf, dann kommen Deutschland und Japan.²

Dass die USA ihre seit den 1980er Jahren anhaltenden und immer größer gewordenen Außenhandelsdefizite finanzieren können, ist nicht allein mit ihren Direktinvestitionen und ihrer industriellen Stärke zu erklären, sondern beruht auf der besonderen Rolle des US-Dollar.

Der US-Dollar ist die dominierende Währung auf dem Weltmarkt, den Finanzmärkten und bei den Währungsreserven. Der Dollar ist faktisches Weltgeld. Die USA sind in der eigenen Währung verschuldet und können anders als alle anderen Länder nie ein Problem mit ihrer internationalen Zahlungsfähigkeit haben, weil ihre Zentralbank jederzeit neues Quasi-Weltgeld schaffen kann. Da die USA die Regeln auf diesen Märkten bestimmen und sich sogar anmaßen, dass diese weltweit für alle Akteure gelten, die in Dollar handeln, sind sie in der Lage, höchst wirksame finanzielle Sanktionen gegen Banken, Unternehmen und fremde Staaten weltweit zu exekutieren. Man denke nur an Sanktionen gegen europäische Banken wegen Finanzgeschäften mit Kuba oder die Sanktionen gegen den Iran. Nebenbei sind die USA und der US-Dollar auch Ziel für hunderte Milliarden US-Dollar weltweiter Schwarzgelder jährlich. Und zu guter Letzt ist die weitaus überlegene militärische Stärke der USA der Garant dafür, dass Anlagen in US-Dollar eine ganz besondere Sicherheit haben – unter der Voraussetzung allerdings, dass die Eigentümer sich an die von den USA und ihren Verbündeten bzw. den von ihnen beherrschten internationalen Institutionen gesetzten Regeln halten.

Bei aller „Multipolarität“ oder einer vermeintlichen Übernationalität des kapitalistischen „Empire“, wie sie etwa die Theoretiker Hardt und Negri in ihrem gleichnamigen Buch behaupten, sind die USA bzw. das US-basierte Finanzkapital eindeutig die imperialistische Hauptmacht auf dem Globus.

TTIP, CETA, TPP, TISA ... Freihandels- und Investitionsabkommen und Globalisierungsideologie

Eine stark wachsende Bedeutung gewinnen in letzter Zeit die internationalen Handels- und Investitionsabkommen. Davon gibt es bereits über 3000, ganz überwiegend bilaterale Abkommen. Dabei geht es nicht nur um Abbau von Zollschränken, sondern zunehmend um so genannte „nichttarifäre Handelshemmnisse“, die beseitigt werden sollen, etwa Produktstandards. Es geht um einen Schutz von Auslandsinvestitionen vor entschädigungslosen Enteignungen, Benachteiligungen und Schädigungen verschiedenster Art, um Marktöffnungen auch bisher öffentlich organisierter Sektoren und das Recht auf Gewinntransfer ins Ausland. In den letzten Jahren sind zunehmend multilaterale, oft größere Weltregionen umfassende (megaregionale) Verträge abgeschlossen oder Verhandlungen dazu aufgenommen worden. Auch der Regelungsumfang der Verträge ist stark ausgeweitet worden, etwa durch umfassende

und vorbeugende Verbote bestimmter öffentlicher Eingriffe. Allein die EU verhandelte im Jahr 2013 über 20 solcher Abkommen.

Die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten der Staaten sollen durch die Freihandels- und Investitionsabkommen substanziell und zumindest von der Zielsetzung her unumkehrbar eingeschränkt werden. Dazu dienen „standstill“- und „ratchet“-Klauseln (Sperrklinken): Wenn bestimmte Sektoren einmal für den kapitalistischen Markt und private Unternehmen geöffnet worden sind, darf dies nicht wieder rückgängig gemacht werden. Zu diesen neuen Verträgen gehören das geplante CETA zwischen der EU und Kanada, das TTIP zwischen der EU und den USA und das TPP zwischen den USA und einer größeren Zahl von pazifischen Staaten, aber unter Ausschluss von China.³

Zu diesen vom „Westen“ vorangetriebenen Abkommen gehören regelmäßig Regelungen über Investorenschutz durch außergerichtliche Schiedsverfahren (ISDS = Investor-State Dispute Settlement). Was einem Staat da blühen kann, hat 2014 das Urteil gezeigt, demzufolge Russland die ehemaligen Eigentümer des zerschlagenen Yukos-Konzerns mit 50 Mrd. US-Dollar zu entschädigen habe. Es erfolgte auf Basis des Energie-Charta-Vertrages, ebenso wie die Klage von Vattenfall gegen Deutschland wegen des Atomausstiegs. Ein neues Element der Verträge sind Vereinbarungen über die regulatorische Kooperation, also Beteiligung der internationalen Kapitallobby bei der Weiterentwicklung von rechtlichen Regulierungen, noch bevor diese in den Parlamenten auch nur diskutiert werden.

Ein Hintergrund für diese Abkommen ist das Scheitern des Multilateralen Investitionsabkommens MAI Ende der 1990er Jahre und das Stocken der multilateralen Verhandlungen in der WTO. Das Problem der kapitalistischen Zentren ist, dass die ärmeren und sich entwickelnden Staaten nicht mehr bereit sind, sich umstandslos deren Vorstellungen zu unterwerfen, sondern eigene Bedingungen und Forderungen stellen. Dann versuchen die entwickelten kapitalistischen Staaten, das eben bilateral oder mit ausgewählten Partnerstaaten hinter verschlossenen Türen in ihrem Sinne zu regeln, damit Standards vorzugeben und den Rest der Welt unter Zugzwang zu setzen.⁴ Zentral sind dabei die Investitionsschutzregelungen, die dann auch gegenüber China und anderen Staaten durchgesetzt werden sollen, es geht nicht um Arbeits- und Sozialstandards. Dies gilt auch für das geplante Abkommen über Dienstleistungshandel TISA, das von der EU und 22 weiteren selbst ernannten „Really Good Friends of Services“ verhandelt wird und weitreichende Liberalisierungen festschreiben soll. Das TTIP soll dabei den transatlantischen Wirtschaftsraum stärken und zusammen mit den anderen Abkommen der USA einen dominanten Weltmarktblock gegenüber China zusammenschmieden, als eine Art „Wirtschafts-NATO“ (Hilary Clinton).

³ Weitere Informationen zur Kritik der kapitalistischen Globalisierung und zu den geplanten Abkommen und Aktivitäten dagegen finden sich bei Attac: <http://www.attac.de> und beim Bündnis TTIP-Unfairhandelbar: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de>.

⁴ Vgl. Gabriela Simon: Mit TTIP gegen den Rest der Welt, in: Telepolis 02.02.2015 <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43991/1.html>.

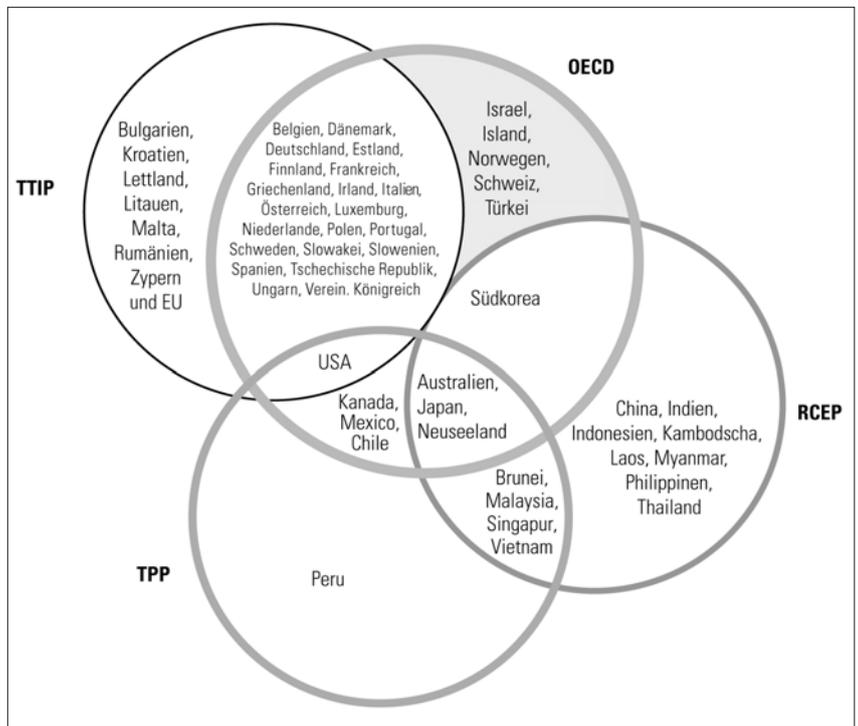
² Quellen: OECD Economic Outlook Annex Tables Nov. 2014, IMF World Economic Outlook Database July 2014.

Beteiligung an zentralen großregionalen Abkommen und OECD Mitgliedschaft

Die USA stehen im Schnittpunkt mehrerer internationaler Freihandels- und Investitionsabkommen, bei denen China jeweils außen vor gehalten wird. China versucht dagegen ein anderes asiatisch-pazifisches Abkommen zu entwickeln.

OECD = Organisation for Economic Co-operation and Development, TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership, TPP = Trans-Pacific Partnership, RCEP = Regional Comprehensive Economic Partnership

Quelle: UNCTAD World Investment Report 2014.



Es geht bei diesen Abkommen nicht nur um Handel, sondern um die dauerhafte Sicherung groß- und finanzkapitalistischer Interessen und die Festigung der Dominanz der bisherigen kapitalistischen Zentren in der Weltwirtschaft. So geht Imperialismus heute.

Es wird die alte Freihandelsideologie wieder aufgewärmt. Dabei zeigen nahezu alle Beispiele erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung (zuletzt China), dass eine gewisse Kontrolle der Außenwirtschaft zum Schutz einheimischer Produktion und die Möglichkeit staatlicher Regulierungen dafür zentral waren und sind. Freihandel führt dagegen in den weniger entwickelten Ländern dazu, dass durch die Konkurrenz aus Ländern mit höherer Produktivität, Technik und ökonomischer und politischer Macht einheimische Produktionen niederkonkurriert und lediglich eine abhängige Weltmarktintegration im Interesse transnationaler Konzerne stattfindet. Abgesehen davon ist eine weitere massive Ausweitung internationaler und insbesondere interkontinentaler Warenströme und Personenverkehre für höchstens minimale ökonomische Vorteile auch aus ökologischen Gründen negativ zu beurteilen.

Gleichzeitig steigt in den entwickelten Ländern der Druck auf historisch erkämpfte Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards. Soziale und ökologische Standards sind in diesen Abkommen nicht vorgesehen. Selbst wenn sie ausdrücklich zulässig sind, werden sie durch die Abkommen untergraben. Denn der Abbau von Handelsschranken erschwert es, sie gegen die verschärfte Konkurrenz aus Ländern ohne solche Standards und ohne starke Gewerkschaften zu halten, ebenso wie der Druck auf die Löhne vor allem weniger qualifizierter Beschäftigtengruppen erhöht wird. Besonders problematisch ist das bei Dienstleistungen, z.B. über das Internet abgewickelter Informationsarbeit, und bei Entsendung von Arbeitskräften.

Demgegenüber sind die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften und anderer demokratischer

Bewegungen und ihre Fähigkeit, dem koordiniert zu begegnen und auf internationalem Niveau gültige soziale und ökologische Regulierungen durchzusetzen, mit großen Schwierigkeiten konfrontiert und völlig unzureichend entwickelt. Das Grundproblem bleibt, dass demokratische und soziale Gestaltung immer Regulierung und eine Beschränkung der Freiheit des Kapitals bzw. der Unternehmen bedeutet. Dies kann nur durch handlungsfähige Staaten durchgesetzt werden, die in ihrem Handeln über eine relative Selbstständigkeit gegenüber den Kapitalisten und erst recht gegenüber ausländischen Konzernen verfügen. Die Formierung und Interessenartikulation der lohnabhängigen und anderen unteren Klassen vollzieht sich im Wesentlichen auf der nationalstaatlichen Ebene und findet auch nur hier gewisse Durchsetzungsmöglichkeiten, sei es im Rahmen demokratischer Strukturen oder durch andere Formen der Machtentfaltung wie Streiks, Massendemonstrationen oder politische Bewegungen. Die kapitalistische Globalisierung erschwert soziale Regulierungen zur Durchsetzung der Interessen der arbeitenden Klassen in den entwickelten und noch mehr in den weniger entwickelten Ländern massiv und ist genau darauf auch gerichtet.



Ralf Krämer ist einer der Bundessprecher der Sozialistischen Linken und war Mitglied der Programmkommission der Partei DIE LINKE.

Letzte Hoffnung für den Euro?

Die Übergangsvereinbarung zwischen der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung beinhaltet beachtliche Zugeständnisse. Andererseits muss Syriza aber auch wichtige Wahlversprechen erst einmal zurücknehmen, sagt **Christian Gengenbach**.

Die Syriza-Regierung ist die erste, die eine tragfähige Lösung für die griechischen Staatsschulden finden will. Dazu hatte Syriza bereits vor der Wahl am 25. Januar 2015 Vorschläge vorgelegt, die alles andere als revolutionär sind, aber einen radikalen Bruch mit der offensichtlich gescheiterten Austeritätspolitik bedeuten. Dies traf von Anfang an auf den Widerstand anderer Euro-Staaten sowie der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die EZB hat durch ihre Entscheidung von Anfang Februar 2015, keine griechische Anleihen mehr als notenbankfähige Sicherheiten zu akzeptieren, die Lage im griechischen Bankensektor maßgeblich verschärft. Dieser sah sich bereits vor der Wahl mit massiven Kapitalabflüssen konfrontiert und jener Bank-run in Zeitlupe hat seitdem nicht nachgelassen. Die griechischen Ban-



ken hängen voll am Tropf der Zentralbank und das Volumen der Notfall-Liquiditätshilfen (English: emergency liquidity assistance, ELA) hat sich seit Januar verdoppelt. Schon im Falle Irlands und Zyperns hatte die EZB gedroht, ELA zu beenden und damit die Regierungen auf Austeritätskurs gepresst. Und diese Drohung schwebt auch wie ein Damoklesschwert über der griechischen Syriza-Regierung.

In der Euro-Gruppe hat vor allem der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble die griechischen Vorschläge zunächst kategorisch abgelehnt. Aber der „hässliche Deutsche“ steht nicht alleine da. Neben den traditionellen Austeritätsbefürwortern wie Finnland und den Niederlanden vertreten auch die Regierungen von Slowenien, Portugal und Spanien einen harten Kurs gegenüber Griechenland. Diese Regierungen haben ihren Ländern selbst harte Austeritätsprogramme verschrieben. Ihr politisches Überleben hängt davon ab, dass Syriza scheitert. Denn wenn sie eingestehen müssten, dass es eine Alternative zur brutalen Austerität gibt, werden auch die Bürger und Bürgerinnen Spaniens, Portugals oder Sloweniens fragen, warum ihre Regierungen diese Alternativen nicht zumindest versucht haben. In Spanien tritt mit Podemos eine Kraft zu den Wahlen im Herbst an, die wie Syriza eine andere Politik in Europa durchsetzen möchte und den Umfragen zufolge eine reelle Bedrohung für die konservative spanische Regierung, aber auch für die abgehalfterten Sozialdemokraten der PSOE ist.

Trotz aller Widerstände kam es Ende Februar zu einer Einigung zwischen der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung über eine notwendige Übergangsvereinbarung, die beachtliche Zugeständnisse an Syriza beinhaltet, bei der Syriza aber auch wichtige Wahlversprechen erst einmal zurücknehmen musste. So ist von einem Schuldenschnitt zunächst keine Rede mehr und die Regierung sicherte zu, alle Schulden komplett zurückzuzahlen. Auch die Kalkulation zur Finanzierung der Syriza-Wahlversprechen (also zur Umsetzung des Wahlprogramms von Thessaloniki) ist durch die Vereinbarung über den Haufen geworfen. Zudem muss die Auszahlung weiterer Tranchen der bestehenden Kreditvereinbarung von den Institutionen abgesegnet werden, was die griechische Regierung bei den meisten politischen Vorhaben stark einschränkt.

Die Übergangsvereinbarung zwischen der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung beinhaltet beachtliche Zugeständnisse, andererseits muss Syriza aber auch wichtige Wahlversprechen erst einmal zurücknehmen. Andererseits lockert die Vereinbarung die unrealistischen Vorgaben für einen Primärüberschuss im griechischen Haushalt, indem dieser an der wirtschaftlichen Entwicklung orientiert werden soll. Das sollte exzessive Kürzungsvorgaben wie in der Vergangenheit ausschließen. Auch dem Syriza-Programm gegen die humanitäre Krise wird prinzipiell zugestimmt. Die Vereinbarung war dabei bewusst schwammig formuliert und somit scheiden sich die Geister daran, ob man von einem Verhandlungserfolg für Syriza reden kann und wenn ja, wie groß dieser ist.

Klar ist, dass die Erpressungspolitik der Institutionen und der Euro-Gruppe nicht vorbei ist. Die Haushaltslage in Athen ist extrem angespannt, da die Steuereinnahmen stark eingebrochen sind. Die griechische Regierung ist deshalb auf die schnelle Auszahlung weiterer Kredittranchen angewiesen, um ihre Zahlungsverpflichtungen, im März vor allem an den IWF, bedienen zu können. Diese wird aber unter dem Vorwand mangelhafter Reformvorschläge vorläufig blockiert.

Noch steht ein Großteil der Griechen hinter der Regierung, aber innerhalb von Syriza gibt es schon große Unzufriedenheit. Im Zentralkomitee der Partei erhielt Tsipras' und Varoufakis' Kurs Ende Februar 2015 nur eine Zustimmung von 56%. Wenn in Berlin, Brüssel und Frankfurt weiter versucht wird, die von Syriza erreichten Zugeständnisse im Nachhinein zu revidieren, dann wird die griechische Regierung sich bald entscheiden müssen: entweder einzuknicken und auf Austeritätskurs einzuschwenken, oder auf Konfrontationskurs zu gehen. Beides wäre mit einem Bruch der Wahlversprechen verbunden, die Austeritätsdiktate zu beenden und gleichzeitig im Euro zu verbleiben. Vor diesem Hintergrund wären das von Finanzminister Varoufakis ins Gespräch gebrachte Referendum bzw. Neuwahlen erforderlich, um die Regierung mit einem Mandat auszustatten, zur Beendigung der Austerität den Euro notfalls zu verlassen. Ein sowohl für Griechenland als auch den Rest der Eurozone äußerst riskantes Unterfangen. Aber da es in Europa offensichtlich keine Einsicht zu einem notwendigen Politikwechsel gibt, wird Syriza diesen Schritt vielleicht gehen müssen, wenn sie nicht nach wenigen Wochen kapitulieren will.



Christian Gengenbach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von MdEP Fabio de Masi und Kreissprecher der LINKEN in Aachen.

Sozialistische Linke

Die **gewerkschaftlich orientierte** Strömung

WER sind wir? Die SL ist die *gewerkschaftlich orientierte Strömung* der Partei DIE LINKE. Wir knüpfen an linkssozialistische, linkssozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen an. *Klassenorientierung:* Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und die gemeinsamen Interessen der lohnabhängigen Mehrheit (Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner/innen, lernende Jugend) sind der Anker unserer Politik. Die Gründer/innen der SL kamen überwiegend aus der *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG)*, jedoch auch aus der *Partei des demokratischen Sozialismus (PDS)*. Wir haben heute über 800 Mitglieder in Ost wie West. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist *politische Bildung* (z.B. die jährliche Sommerakademie).

WAS wollen wir? Wir streiten für *gute Arbeit, Löhne und Renten; eine Ausweitung des öffentlichen Eigentums, öffentliche Investitionen und des Sozialstaats sowie Frieden*. Wir wollen die Lebensverhältnisse der Mehrheit verbessern, die Macht des Kapitals brechen und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft verwirklichen. Die SL will eine kampagnenfähige *Mitgliederpartei*, die sich auf gemeinsame Interessen von Lohnabhängigen konzentriert und eine starke Verankerung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sucht. Gewerkschaftliche Orientierung bedeutet kein unkritisches Verhältnis zu Gewerkschaften. Wir wollen unabhängige und kämpferische Gewerkschaften, die sich aus der Umklammerung der SPD lösen.

WARUM gewerkschaftliche Orientierung? Gewerkschaften sind die Interessenorganisationen der Lohnabhängigen. Sie können – z.B. über Streiks – dem Kapital direkt in die Speichen greifen.

WARUM Politik der Arbeit? Arbeit schafft den Reichtum der Gesellschaft und ist Voraussetzung für die Finanzierung des Sozialstaats. Wir brauchen gemeinsame Kämpfe: Hartz IV ist zum Beispiel nicht nur Armut per Gesetz, sondern auch Lohndrückerei. Wir wollen uns nicht in den Verhältnissen einrichten. Wir wollen den Kapitalismus überwinden. Es bringt aber nichts, nur radikale Sprüche zu klopfen oder Wünsch-Dir-Was-Forderungen zu erheben. Die LINKE muss *realistisch und radikal* sein, wenn sie Massen mobilisieren und Kräfteverhältnisse nach links bewegen will.

Strömungen: Machtkämpfe und Strömungen gibt es in allen Parteien. Anders als Seilschaften, die vor allem für persönliche Interessen streiten, wollen wir offen und demokratisch für unsere Ziele werben. Unser Ziel ist eine *starke LINKE*.

www.facebook.com/sozialistichelinke
www.sozialistische-linke.de info@sozialistische-linke.de

Erklärung der **UNTERSTÜTZUNG**

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja nein

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name, Vorname _____

Straße _____ PLZ und Ort _____

Landesverband _____ Kreis-/Bezirksverband _____

ggf. Parteifunktionen _____

aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen _____

Telefonnummern _____ E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte abtrennen und schicken an: Sozialistische Linke, DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



Mit **SPENDEN** die Arbeit aktiv unterstützen

DIE LINKE erhält keine Großspenden von Lobbyisten und Konzernen. Darauf sind wir stolz. Unabhängige Politik braucht unabhängige Spender.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,

politische Arbeit kostet auch Geld. Ob Publikationen, Reisekosten oder Veranstaltungen: Oft heißt es „Ohne Moos nichts los!“. Deswegen bitten wir dich, die Sozialistische Linke finanziell zu unterstützen. Dies geht am besten mit der Überweisung einer Spende oder per Dauerauftrag.

Einzelspenden bitte an:

Parteivorstand DIE LINKE
Konto-Nr. 132 257 31
BLZ 100 500 00
Berliner Sparkasse
WICHTIG: Stichwort **SPENDE Sozialistische Linke**

Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist die Partei DIE LINKE bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Einzugsrhythmus (Zutreffendes bitte deutlich markieren):
monatlich/ vierteljährlich/ halbjährlich/ jährlich

Kontoinhaber/in _____

Geldinstitut _____

IBAN _____

BIC _____

Akademie mit der Sozialistischen Linken

Sommer

Die Welt im Wandel - wie weiter mit der Linken? Wandel von Kapitalismus und Arbeitswelt | Die Welt ist aus den Fugen – internationale Konflikte, Ursachen und Lösungen | Linke Antworten auf die gesellschaftliche Verunsicherung und die Krise der Repräsentation | Strategische Fragen der LINKEN – Schritte zur Veränderung der Kräfteverhältnisse | **plus:** Mitgliederversammlung der Sozialistischen Linken

mit Katja Kipping, Bernd Riexinger, Peter Wahl, Susanne Hennig-Wellsow, Andreas Fisahn, Sofia Leonidakis, Fabio de Masi, Ingar Solty, Andrej Hunko, Annette Sawatzki ...

26.-28. Juni 2015
verdi „Das bunte Haus“, Bielefeld

www.soli-verein.de
sommerakademie@soli-verein.de